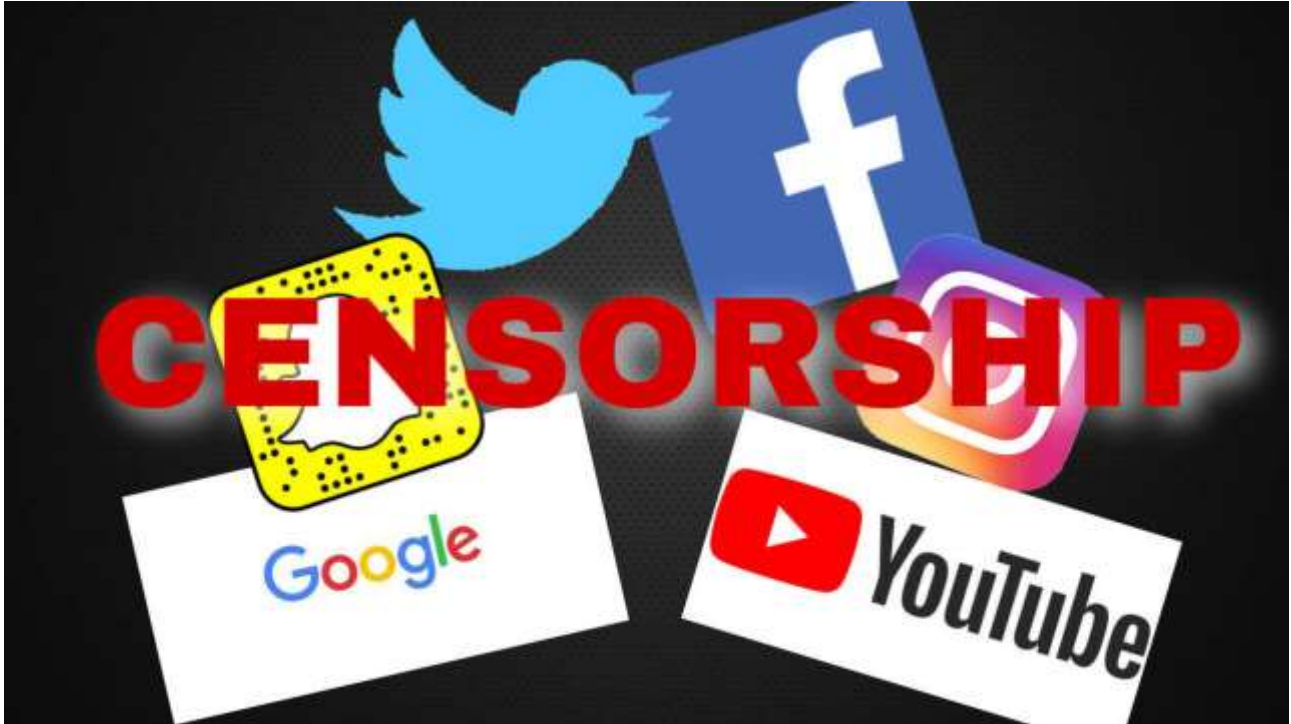


01) Die stille Zensur des technoglobalen Zeitalters

Von José Papparelli

17. 07. 2021



Bildquelle: El Correo de España

In Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union mit dem Titel „Meinungs- und Informationsfreiheit“ können wir Folgendes lesen:

1. *Jeder hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen zu vertreten und Informationen und Ideen ohne Eingriffe der öffentlichen Gewalt und ohne Rücksicht auf Grenzen zu empfangen und weiterzugeben.*
2. *Die Freiheit der Medien und ihr Pluralismus werden respektiert.*

Diese Rechte werden heute nicht erfüllt, weil in den sozialen Netzwerken, im Radio, Fernsehen, in den Print- und digitalen Medien, in der Wissenschaft, im Bildungswesen, in der Unterhaltungsindustrie und sogar in einigen gesellschaftspolitischen Foren diejenigen, die nicht mit dem Einheitsdiskurs der politischen Korrektheit übereinstimmen, dämonisiert, zum Schweigen gebracht und dann aus ihrem gesellschaftlichen Einflussbereich vertrieben werden. Es gibt keine Meinungsfreiheit und keinen Respekt vor Pluralismus mehr, in diesem Fall ausgeübt nicht von Seiten der öffentlichen Hand, sondern – vorerst – von Seiten privater Unternehmen.

Heute sind es die sozialen Netzwerke und ihr technologischer Rahmen, die darüber entscheiden, wer das Recht hat, Freiheit auszuüben und wer nicht. Facebook, Twitter, Instagram, YouTube und andere Plattformen stehen über der noch bestehenden Gesetzgebung der Nationalstaaten und setzen die Grenzen der Meinungsfreiheit nach ihren

eigenen Kriterien. Die sozialen Netzwerke entscheiden, welche Inhalte veröffentlicht werden können und welche nicht, welche Nutzer ihre Profile haben dürfen und welche nicht, und das alles mit dem Argument, sie vor allem vor „Hassreden oder -verhalten“ zu bewahren.

Aber wer, wie und nach welchen Kriterien wird bestimmt, was ein Hassverbrechen oder ein schikanöser Inhalt ist? Die Antwort ist einfach: Die heutige Zensur wird von mächtigen internationalen Techno-Finanzkonglomeraten ausgeübt, die mit der progressiven Ideologie der globalistischen Linken verbunden sind. Der einheitliche Diskurs hat ein erstickendes Klima des ideologischen Fanatismus auferlegt, in dem die politische Korrektheit zu His Master's Voice des Establishments geworden ist. Nichts entgeht dieser beklemmenden Atmosphäre, die sich über alles legt und unseren Alltag umgibt, auch wenn wir sie nicht immer mit völliger Klarheit wahrnehmen. Es genügt, auf das ständige Bombardement von Botschaften zu achten, die immer in die gleiche Richtung gehen und die ein unterwürfiges, unkritisches, schwaches und selbstgefälliges Subjekt formen. Sie versuchen, einen reinen Konsumenten zu produzieren, nicht mehr von Waren, sondern von Inhalten, die die primärsten Sinne wie Genuss, Komfort und die absurdesten, egoistischsten, hedonistischsten und sogar unnatürlichsten Launen befriedigen.



Das Aufkommen des rein relativistischen technoglobalen Zeitalters leugnet die Realität, die Natur und sogar die Wahrheit, und in dem Politik in Biopolitik umgewandelt wird. Der Turboglobalismus erzwingt ein algorithmisches Regime der Kontrolle und Unterdrückung, in dem die Virtualität der Netzwerke zunehmend das alltägliche und reale Leben der Menschen beeinflusst, auch wenn es nicht so scheint, als ob sie neue „datifizierte“ Subjekte wären, funktional für die Dystopie, die von denen erträumt wird, die damit spielen, wie Götter zu sein.

Heute kann alles sein, alles hat seinen Platz, alles ist möglich, was immer der Einzelne wünscht, wie er es wünscht und wann er es wünscht. Das einzige, was nicht erlaubt ist, ist Dissens. Der Andersdenkende wird buchstäblich aus dieser einen falschen Realität getilgt. Wer es wagt, zu widersprechen oder einfach zu sagen, dass „der König nackt ist“, wird zum „Volksfeind“, zum verdinglichten Untertan, zum Instrument des „absolut Bösen“, gebrandmarkt mit einer Unzahl disqualifizierender Adjektive, die je nach Bequemlichkeit

angewandt werden. Daraus ergeben sich neue und schwerwiegende Verbrechen wie „Homotransphobie“ und sogar theologische Sünden wie die, sich nicht um den Planeten zu kümmern, der unter dem von der UNO ausgerufenen Klimanotstand leidet.

Der Vorwurf, ein Rassist oder Sexist zu sein, führt zum Ziviltod oder gar zu einer Freiheitsstrafe, wenn die Unschuld nicht bewiesen werden kann. Die Umkehr der Beweislast setzt der Gleichheit vor dem Gesetz und der Gerechtigkeit, wie sie gedacht war, ein Ende. Und das alles im Rahmen der permanenten Pandemie, die zur Konstruktion des globalen Überwachungsregimes geführt hat. Der neue Dissident hat keinen Platz in der offenen, inklusiven, resilienten, nachhaltigen, digitalen, feministischen und ökologischen Gesellschaft. Aufgrund der Verdinglichung erzeugt die Eliminierung des Ketzers der neuen Ersatzreligion aus der Gesellschaft keine Gewissensbisse bei denen, die ihn metaphorisch hinrichten. Moralische Überlegenheit befürwortet sie und die Diskretion des Gesetzes schützt sie.

Zensur, auferlegt durch politische Korrektheit und Zwang zur freien Meinungsäußerung führen direkt zur erzwungenen Uniformität der Gesellschaft. Für die neuen progressiven Inquisitoren hat die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung eine unüberwindbare rote Linie, nicht progressiv zu sein. Noch nie gab es eine so grausame Tyrannei wie die gegenwärtige: die stille globale technologische Diktatur. Die neue Ordnung verbietet die Äußerung von Ideen, die nicht dem Diktat der nachhaltigen Entwicklungsziele entsprechen, in einer Welt, in der die Reichen Weltraumtourismus betreiben und der Rest Würmer und Kunstfleisch isst.

Wir haben kürzlich erlebt, wie Donald Trump buchstäblich aus den sozialen Medien verbannt und von den Medien zum Schweigen gebracht wurde. Twitter hat ihn wegen „Untergrabung der bürgerlichen Integrität und Verherrlichung von Hass“ dauerhaft zum Schweigen gebracht. Der Präsident der Vereinigten Staaten selbst, gewählt mit einer Wahlbeteiligung von mehr als 70 Millionen Stimmen, ist in dieser Schlacht schließlich gefallen. Wenn Big Tech so weit gekommen ist, ist die Gefahr für den Rest von uns Sterblichen konkret und real.

Twitter sperrt permanent Benutzer, deren Meinung als falsch erachtet wird. Facebook macht das Gleiche, und die Argumente dafür sind ähnlich: Hassreden, Rassismus, Homophobie oder das Infragestellen der Gewissheiten der WHO über Pandemien oder Impfungen. Und sie tun es zu unserem eigenen Wohl, damit wir nicht unter den Folgen von Fake News leiden müssen. Dazu nutzen sie künstliche Intelligenz und Algorithmen, die nach den Kriterien des Unternehmens unangemessene Inhalte erkennen und Benutzerkonten sperren oder sogar schließen. El Correo de España und Radio Ya beispielsweise haben gelitten und leiden noch immer unter den Folgen. Aber wir sind noch da.

Das Gefühl, das wir, die wir in beiden Medien mitarbeiten, haben, ist eine Mischung aus Wut und Ohnmacht, aber auch ein Gefühl neuer Kraft. Es ist wahr und offensichtlich, dass die globalitäre Macht in einem beschleunigten Tempo voranschreitet, aber sie hinterlässt auch gewisse Lücken und Risse, die sich öffnen und uns erlauben, Widerstand zu leisten und uns im Kampf für die wahre Freiheit zu stärken, die Freiheit der Menschen, die wissen, wer sie wirklich sind und was sie für ihre Kinder wollen.

Wir können es nicht akzeptieren, gedemütigt und der gleichförmigen Ordnung unterworfen zu werden, die die Mächtigen dem Sklaven anbieten. Sie wollen nicht nur unsere Freiheiten abschaffen, sondern auch unseren Geist, und das können wir nicht zulassen. Das Bedürfnis zu rebellieren entsteht, weil es eine natürliche und menschliche Reaktion auf Unterdrückung und Totalitarismus ist.

Aber das ist nicht genug, wir müssen auch die Würde des Stolzes wiedererlangen, die Kinder unserer Eltern und die Eltern unserer Kinder zu sein, wie es von Generation zu Generation bis heute der Fall war. Es wird keine leichte Aufgabe sein, aber das Wichtigste ist, dass Sie damit beginnen. Und wird sind noch da, wie gestern, wie heute und wie immer.



José Papparelli

Italienisch-argentinischer Journalist und Liebhaber der europäischen Identität, Spaniens und der Hispanidad. Ausgebildet in Kommunikationswissenschaften und Kulturmanagement, ist er ein Analytiker des politischen, sozialen und kulturellen Lebens.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Vielfalt – mit zweierlei Maß

Von Martin Josef Böhm

12. 07. 2021



Denkmal der nationalen Zusammengehörigkeit, Budapest. Imre-Steindl-Programm

Nehmen wir das Wort „**Vielfalt**“ in den Mund und denken indes an **Deutschland**. Uns kommt **das bunte Berlin** in den Sinn, **das internationale Hamburg**, **Menschen jeder Kultur, jeder Hautfarbe, ein wildes Sprachgemisch** in den Straßenschluchten der Großstädte.

An zweiter Stelle mag uns das Geschenk unseres föderalen Hintergrundes dämmern: Hansestädte, Freistaaten – ein innerdeutsches Allerlei zwischen Weißwurst und Bismarckhering, zwischen nüchterner norddeutscher Backsteingotik und bayrischem Barockprunk.

Globalisierte und europäische Multikulturalität

Deutschland ist nicht allein durch seine Einwanderung multikulturell, vielmehr war es schon seit jeher ein polymorphes Gebilde seiner deutschen Kulturen. Aber wohl nur **Wenigen fallen die autochthonen Minderheiten der Bundesrepublik ein, so etwa die Sorben, die Südschleswiger Dänen, die deutschen Sinti und Roma oder auch die Friesen**. Über diese seit Jahrhunderten hier lebenden Völker wird wenig gesprochen, auch weil sie **zahlenmäßig deutlich kleiner sind, als die Minderheiten, die sich durch die Zuwanderung der letzten Jahre und Jahrzehnte in Deutschland ansiedelten**. Allein die in Berlin lebenden Türken, mehr als 200.000, sind so zahlreich wie die vier genannten nationalen Minderheiten zusammen. Deutschland ist mittlerweile ein Land der modernen, globalisierten Multikulturalität.

Wenden wir unseren Blick dahingegen gen **Osten**, in die Nachfolgeländer des Habsburg-Vielvölkerstaates, ergibt sich ein anderes Bild – das eines **herkömmlichen, europäischen Multikulturalismus**.

Die größte in Mitteleuropa lebende Minderheit – neben den Roma – bilden die seit rund tausendeinhundert Jahren dort siedelnden Ungarn.

Die Auslandsungarn

Infolge des Trianon-Vertrages vom 4. Juni 1920 war Ungarn gezwungen, nicht nur mehr als **zwei Drittel seines Territoriums** abzutreten, sondern **verlor auch einen beträchtlichen Teil seiner magyarischen Bevölkerung**. Fortan lebten **mehr als drei Millionen Ungarn in Rumänien, in der Sowjetunion (heute in der Ukraine), in der Tschechoslowakei (später in der Slowakei) sowie im Königreich Jugoslawien (heute in erster Linie in Serbien, aber auch in Kroatien und Slowenien)**.

101 Jahre später ist die Zahl der in den jeweiligen Staaten lebenden Ungarn – trotz des allgemeinen Bevölkerungsanstieges im 20. Jahrhundert – um etwa eine Million auf **zwischen zwei und zweieinhalb Millionen geschrumpft**, die Tendenz ist weiterhin fallend. Mehr als **die Hälfte der Auslandsungarn lebt in Rumänien, knapp eine halbe Million in der Slowakei, etwa 250.000 in der serbischen Wojwodina sowie um die 150.000 in der Karpatenukraine**.



Reist man etwa in das ziemlich homogen ungarische Szeklerland in Siebenbürgen oder in das an Ungarn grenzende Gebiet in der Ukraine, empfangen einen **zweisprachige Ortsschilder und römisch-katholische, protestantische oder unitarische Kirchtürme** – weniger, wie vielleicht von vielen westeuropäischen Touristen erwartet, Zwiebeltürme orthodoxer Kathedralen.

Friedliches Nebeneinander in Gefahr

Durch die Ungarn lebt Mitteleuropa in den sonst ost- und südosteuropäisch geprägten Kulturen Serbiens, Rumäniens und der Ukraine weiter.

Zugleich gefährden die wiederkehrenden antimagyarischen Äußerungen vonseiten hoher Amtsträger – wie etwa die Worte des rumänischen Präsidenten Klaus Johannis, der im Mai 2020 die Ungarn Rumäniens der Bestrebung nach Sezession bezichtigte – **das friedliche Nebeneinander der Völker Mitteleuropas.**

Zudem offenbart sich gerade **in der Ukraine**, wo der Bevölkerungsschwund der Ungarn drastischer als in den anderen genannten Staaten erfolgt ist,

die Lage der Ungarn seit einigen Jahren als tatsächlich besorgniserregend.

Die politische Atmosphäre des Landes schafft eine den Minderheiten gegenüber **feindliche Stimmung**: Im Januar dieses Jahres, kurz vor dem Besuch des ungarischen Außenministers Péter Szijjártó in Kiew, **drohten ukrainische Rechtsextremisten den transkarpatischen Ungarn mit einem Blutbad.**

Vor drei Jahren wurde sogar **ein ungarisches Kulturhaus in Brand gesetzt.**

Antimagyarische Schmierereien, Pöbeleien und Drohbrieft kommen regelmäßig vor.

Zudem lastet vonseiten der ukrainischen Politik mindestens seit dem Krieg im Osten des Landes ein erhöhter **Druck auf allen Nicht-Ukrainern**. In diesem Zeichen steht neben dem **Bildungsgesetz**, welches die Marginalisierung anderer Sprachen neben dem Ukrainischen im Bildungswesen vorsieht, auch eine jüngere konkret diskriminierende Maßnahme: Einer Verordnung aus dem März 2021 gemäß dürfen **Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft** – was auf die Mehrheit der Ungarn der Karpatenukraine zutrifft – **keine öffentlichen Ämter mehr bekleiden**.

Bei aller Anerkennung der deutschen Presse für den **Souveränitätskampf der Ukrainer** und der damit verbundenen Hinwendung gen Westen verkennt man die **nationalistischen, den europäischen Werten diametral entgegenstehenden** Fahrwasser, in denen die ukrainische Minderheitenpolitik derzeit rudert. Auch **in Rumänien ist das Verhältnis zur ungarischen Minderheit bisweilen angespannt**, doch – da sind sich die Auslandsungarn meistens einig – gestaltet sich ihre Situation in der Ukraine am schwierigsten.

Partnerschaftliches Mitteleuropa

Währenddessen **tut die ungarische Regierung ihr Bestes, um die Auslandsungarn durch finanzielle und ideelle Zuwendungen beim Erhalt ihrer Kultur zu unterstützen** – und bis zum heutigen Tage ist mir kein Ungar fernab der Grenze begegnet, der diese Unterstützung nicht befürworten würde.

Eine Vielzahl verschiedener Hochschulen, Museen und Kultureinrichtungen wird mit Geldern aus Budapest betrieben. Baudenkmäler werden renoviert, die ohne diese Mittel dem Verfall preisgegeben wären. Mehr als 30 Jahre nach der Beseitigung des Kommunismus ist das institutionelle Leben der Ungarn jenseits der Schengen-Grenze wieder aufgeblüht, trotz der von Jahr zu Jahr abnehmenden Bevölkerung.

Im Sinne dieses Miteinanders der Ungarn stand **2020 – 100 Jahre nach Trianon** – auch das von der Regierung so bezeichnete „**Jahr des Zusammenhaltes**“. In diesem sollte aber nicht bloß die Schicksalsgemeinschaft der Ungarn im In- und Ausland bekräftigt werden.

Nach Ansicht von Ministerpräsident Viktor Orbán fanden „100 Jahre Einsamkeit Ungarns“ ein Ende.

Ungarn ist 30 Jahre nach der Wende einer der Motoren eines neuen, partnerschaftlichen Mitteleuropas.

Vor diesem Hintergrund mag es jedem, der in Budapest zugegen ist, nahegelegt werden, einen wahrlich mitteleuropäischen **Spaziergang um das Ungarische Nationalmuseum** zu unternehmen.

Dutzende Tafeln stellen dort die **nach dem Ersten Weltkrieg abgetrennten Gebiete mit ihren Denkmälern, ihren Trachten und der jeweiligen Mehrsprachigkeit** vor – eine Ausstellung der nicht nur ungarischen Vielfalt jenseits der eigenen Landesgrenzen. Und **ist „in Vielfalt geeint“ nicht auch das Motto der Europäischen Union?**

Vielfalt wird im gegenwärtigen Diskurs der Identitätspolitik jedoch vor allem auf sexuelle Orientierung, die Religion oder die Hautfarbe bezogen, wohingegen

die Kategorie Ethnie – insbesondere wenn es sich um europäische Ethnien handelt – mit Argwohn betrachtet wird.

Die historisch gewachsene kulturelle Vielfalt Europas ist aber nicht in erster Linie Produkt individueller Bekenntnisse oder Zugehörigkeiten, sondern **wurzelt gesamtheitlich in seinen Landstrichen und seinen Völkern, die Stile, Traditionen, Kulturregionen hervorbrachten.**

Die Autonomie oder ein verstärkter Regionalismus für die ungarischen Gebiete nach dem Vorbild von Åland, Südtirol oder zumindest dem Baskenland wäre letztlich ein durchaus europäisches Anliegen. **Multikulturalismus auf mitteleuropäisch also.**

Der Autor, Martin Joseph Böhm ist Forschungsassistent am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium in Budapest.

BUDAPESTER ZEITUNG Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Moskau warnt vor den Gefahren der Verwestlichung

06. 07. 2021



Wladimir Putin - Bildquelle: Magyar Nemzet

Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete am Samstag eine neue nationale Sicherheitsstrategie gegen den politischen und kulturellen Einfluss der USA und anderer

westlicher Länder und änderte damit eine frühere. In dem 44-seitigen Dokument, das am Samstag veröffentlicht wurde, heißt es, dass „die Verwestlichung der Kultur die Gefahr erhöht, dass die Russische Föderation ihre kulturelle Souveränität verliert“.

- *Die traditionellen geistig-religiösen und kulturhistorischen Werte Russlands werden von den USA und ihren Verbündeten, multinationalen Konzernen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv angegriffen.*

- heißt es in dem Dokument. Zur Strategie gehört auch die von Putin oft vertretene These, dass die westliche liberale Demokratie in der Krise steckt. Der westliche Druck auf Russland nehme zu, heißt es in dem Dokument, und damit auch die Gefahr einer gespaltenen Gesellschaft.

- *Die persönliche Freiheit wird verabsolutiert, Freizügigkeit wird aktiv gefördert, Unmoral und Egoismus werden gefördert, ein Kult der Gewalt, des Konsums und des Vergnügens wird etabliert, Drogenmissbrauch wird legalisiert und eine Gesellschaft wird geschaffen, die den natürlichen Kreislauf des Lebens leugnet*

- verkündet das Dokument.

Laut dieser Strategie versucht der Westen, Russlands soziale und wirtschaftliche Probleme zu nutzen, um die Gesellschaft zu destabilisieren und radikale Proteste auszulösen. Er kritisiert auch die westlichen Sanktionen gegen Russland und weist auf die wachsenden militärischen Spannungen hin, die durch die Annäherung der NATO an die Grenzen des Landes verursacht werden. Moskau wird daher engere Beziehungen zu China und Indien suchen.

Russland bleibt jedoch seiner Position treu, internationale und nationale Konflikte mit politischen und diplomatischen Mitteln zu lösen. Zugleich

behält sich das Recht vor, symmetrische und asymmetrische Maßnahmen zur Abschreckung und Verhinderung „unfreundlicher Handlungen“ ausländischer Staaten zu ergreifen, die die Souveränität und territoriale Integrität der Russischen Föderation bedrohen

- heißt es in dem Dokument.

Die neueste russische nationale Sicherheitsstrategie wurde Ende 2015 vom russischen Präsidenten unterzeichnet.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Das Europa der Patrioten ist geboren

Von Alvaro Peñas und José Papparelli

03. 07. 2021



Collage: *El Correo de España*

Früher oder später musste es passieren. Jetzt haben die Führer der patriotischen Parteien, die unter den politischen Familien des Europäischen Parlaments aufgeteilt sind, die Unterzeichnung eines Einheitsabkommens angekündigt, um dem aus Brüssel diktierten Einheitsdenken entgegenzutreten.

Viktor Orbán, Marine Le Pen, Santiago Abascal, Matteo Salvini, Giorgia Meloni und Jarosław Kaczyński, neben anderen Führern von sechzehn Parteien, haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die den „bürokratischen Zentralismus“ ablehnt, der von der Europäischen Union aufgezwungen werden soll, mit dem Ziel, „die europäischen Institutionen in Organe zu verwandeln, die über den nationalen Verfassungsinstitutionen stehen“ und die Souveränität und Identität der Nationen angreifen.

Santiago Abascal gab am Freitag bekannt, dass VOX dem Abkommen beitrifft „zur Verteidigung eines Europas freier, souveräner Nationen, die ihre Geschichte und Traditionen respektieren. Wir wollen kein föderales Europa, in dem alle Entscheidungen in Brüssel getroffen werden!“

Matteo Salvini postete auf seinem Twitter-Account: „Die Lega hat eine Charta der Werte unterzeichnet, um sich eine Zukunft für Europa vorzustellen, die auf Freiheit und Identität statt auf Bürokratie und Homologation basiert. Das Dokument, das von Parteien unterzeichnet wurde, die drei verschiedenen Fraktionen im EU-Parlament angehören, ist ein weiterer Schritt zum Aufbau eines starken und erweiterten Bündnisses und einer Alternative zur Linken mit Steuern und wilder Einwanderung.“

Marine Le Pen ihrerseits teilte mit, dass „das Treffen der europäischen Patrioten im Gange ist: Zusammen mit den einflussreichsten patriotischen Parteien des Kontinents legen wir den ersten Stein einer großen Allianz im Europäischen Parlament“.

Giorgia Meloni von Fratelli d'Italia sagte, dass die derzeitige Europäische Union „eine Diktatur der Mehrheit anstrebt, die sich nationalen Besonderheiten aufdrängt, um eine globalistische und politisch korrekte Agenda durchzusetzen, die alles angreift, was uns als Menschen und als Völker charakterisiert und definiert: Identität, Familie, Grenzen, Freiheit der Bildung, Verdienst, Verantwortung“.

Jaak Madison, MdEP für die Estnische Konservative Volkspartei (EKRE), unterzeichnete im Namen seiner Partei: „Dies ist die Grundlage für eine mögliche neue politische Fraktion im Europäischen Parlament, die eine der größten wäre und in der Polen, Ungarn, Dänen, Italiener und Vertreter vieler anderer Länder zusammenarbeiten werden“.

Die Vereinbarung, die als „Appell für die Zukunft Europas“ bekannt ist, „will denjenigen eine Stimme geben, die sich nicht in diesem einen Gedanken wiedererkennen, unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Familien, zu denen jeder gehört“. Es ist der angekündigte und erwartete erste Schritt der politischen Übereinkunft der patriotischen, konservativen, identitären und souveränistischen Parteien, die ihre ersten Schritte macht.

Alle unterzeichnenden Parteien, außer dem Fidesz, der nach seinem Austritt aus der Europäischen Volkspartei keiner Fraktion angehörte, gehören zu den beiden großen patriotischen Fraktionen im Europäischen Parlament, der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) und der Fraktion Identität und Demokratie (ID). Auffällig ist die Abwesenheit einiger Parteien mit erheblichem Gewicht in der ID, wie die Freiheitspartei von Geert Wilders oder die Alternative für Deutschland (AfD). Der deutsche Fall ist komplexer, da die AfD auf ihrem letzten Kongress den Austritt Deutschlands aus der EU in ihr Programm aufgenommen hat und nicht die Reform des europäischen Modells, was ein ernsthaftes Hindernis darstellen könnte.

Die Erklärung ist nur ein erster Schritt auf einem langen Weg, der vor uns liegt. Daher werden wir sehen, ob mehr der Parteien, die Teil der ECR und der ID sind, ihre Unterschriften zu dem Dokument hinzufügen, und sogar einige mittel- oder osteuropäische Parteien, die heute zur Europäischen Volkspartei gehören. Im Moment sind dies die Parteien, die die Erklärung unterzeichnet haben:

Belgien: Vlaams Belang (VB)

Bulgarien: Bălgarsko nacionalno dviženie (Bulgarische Nationalbewegung, VMRO)

Dänemark: Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei, DF)

Estland: Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (Estnische Konservative Volkspartei, EKRE)

Finnland: Perussuomalaiset (Partei der Finnen, PS)

Frankreich: Rassemblement National

Griechenland: Ellinikí Lýsi (Griechische Lösung, EL)

Italien: Fratelli d'Italia

Italien: Lega Per Salvini Premier

Litauen: Lietuvos lenkų rinkimų akcija (Polnische Wahlaktion von Litauen)

Österreich: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Polen: Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, PiS)

Rumänien: Partidul Național Țărănesc Creștin Democrat (PNT-CD)

Spanien: VOX

Ungarn: Fidesz

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Bill Ravotti: Im Kampf gegen den EU-Moloch ist die mitteleuropäische Zusammenarbeit entscheidend

Von Bill Ravotti

14. 07. 2021



Treffen der Ministerpräsidenten am 2021.07.09. · Foto: Facebook

Die Vertreter der V4-Staaten und der slowenische Ministerpräsident Janez Janša trafen sich am vergangenen Freitag in Slowenien, um die Zusammenarbeit zwischen den mittelosteuropäischen Staaten (MOE) in Bezug auf Massenmigration, Integrität der Nationalstaaten und andere Themen zu besprechen.

Angesichts der empörenden, abschreckenden und geradezu unbeholfenen [Reaktion des westlichen EU-Blocks auf Ungarns Anti-Pädophilie-Gesetz](#), das ungarische Kinder und die natürlichen Rechte der Eltern schützt, war der Zeitpunkt entscheidend, um Einigkeit und Stärke angesichts dieses aggressiven Ansturms des EU-Parlaments und der von der Leyen-Kommission zu zeigen.

Bei diesem Thema geht es nicht nur um Ungarn, sondern um das gesamte Konzept des souveränen Nationalstaates bzw. um die eigentliche Definition von Europa.

Dies ist in der Tat ein sehr rutschiger Abhang, der vermieden und sofort behandelt werden muss, bevor weitere rote Linien überschritten werden.

Wenn Ungarn untergeht, werden die V4-Staates und die anderen ost- und mitteleuropäischen Länder die nächsten Ziele des EU-Molochs sein, ob es nun um dieses Thema oder um etwas anderes geht. Schon jetzt haben linksextreme Mitglieder der EU-Kommission und des EU-Parlaments Slowenien ins Visier genommen, wenn es um die Frage der freien Meinungsäußerung geht, von der Janša richtigerweise glaubt, dass sie auch Politikern zur Verfügung stehen sollte, die auf Angriffe von speziellen Medienlieblingen der EU reagieren.

Gibt man Brüssel erst den kleinen Finger, so nimmt es die ganze Hand und strebt nach totaler Unterwerfung auf jeder Ebene. Es glaubt wirklich nicht an den europäischen Nationalstaat.

Ebenfalls ganz oben auf der Tagesordnung standen die zu erwartenden Konsequenzen aus dem Abzug aus Afghanistan, wo die ost und mitteleuropäischen Staats- und Regierungschefs ihre große Sorge über eine afghanische „Migrationswelle“ zum Ausdruck brachten.

Eigentlich sollte man eher von einer „zweiten Welle“ sprechen, wenn man bedenkt, dass viele Afghanen Europa bereits überschwemmt haben, insbesondere die so genannten „unbegleiteten Minderjährigen“ (sprich aggressive Männer im Alter von 14–17 Jahren).

Solange jedoch reiche EU-Staaten wie Deutschland und die Niederlande die Illegalen mit einem starken Willkommensmagneten anziehen, werden die Wellen nicht enden, und das nicht nur aus Afghanistan.

„Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Mitteleuropas ist keine Theorie, sondern eine praktische Realität“, so Viktor Orban, der die ost- und mitteleuropäischen Staaten aufforderte, beim Thema Migration geschlossen aufzutreten, um ein Gegengewicht zur Pro-Migrations-Agenda vieler westlicher EU-Staaten unter Führung Deutschlands zu schaffen.

Die ost- und mitteleuropäischen Staats- und Regierungschefs forderten die EU auf, die Grenzen zu verteidigen.

Doch Europa hat diesen Weg schon einmal beschritten, und zwar viele Male seit Merkels „Wir schaffen das“-Manifest von 2015. Während dieser Zeit haben die V4- bzw. ost- und mitteleuropäischen Länder sicherlich ihren Teil (und mehr) getan, um Europa zu verteidigen,

einschließlich der starken Verlangsamung der illegalen Migrantenpipeline für die undankbaren reichen Regierungen Deutschlands und der Niederlande, die beide selbst hilflos sind, wenn es darum geht, die Einreise zu verweigern und ihre eigenen Grenzen zu verteidigen.

Die schiere Dreistigkeit, mit der Angela Merkel die ursprüngliche Balkanschließung kritisierte, die Deutschland zugute kam, war beschämend. „Nicht mein Europa“ nannte sie die heldenhaften Bemühungen Ungarns und der ost- und mitteleuropäischen Staaten zur Verteidigung der Südgrenzen.

Allerdings gibt es immer noch große Löcher in der EU und neue Routen tauchen auf, auch wenn die EU-Migrationsministerin (Ylva aus Schweden) zu behaupten versucht, dass die Krise vorbei sei. Darüber hinaus gibt es ein noch größeres Problem, das im Laufe der Jahre recht deutlich geworden ist: Nicht jeder Führer innerhalb des Blocks hat die gleiche Definition von „Grenzen verteidigen“.

Der gesunde Menschenverstand und die Realität besagen, dass die Verteidigung der Grenzen das Zurückdrängen einer anrückenden Truppe erfordert, um die Einreise zu verhindern... aber viele andere, einschließlich der EU-Kommission und einiger Grenzstaaten, glauben, dass die Verteidigung der Grenzen die Entsendung von Frontex mit ihrer schicken Ausrüstung zur „Beobachtung und Ortung“ heißt, während neue „Aufnahmeeinrichtungen“ gebaut werden, um die Kapazität zur Unterbringung der Illegalen zu erhöhen, denen die Einreise gewährt wird.

Die EU allein würde letzteres als Verteidigung der Grenzen betrachten, aber das ist die Denkweise von Brüssel.

Ja, die Afghanen und andere werden kommen. Warum eigentlich nicht? Europa hat weder die Fähigkeit noch den Willen gezeigt, massenhaft abzuschieben; der Zustrom übersteigt bei weitem die Abschiebungen.

Die Frage ist, was Europa gegen diese neue Welle unternehmen wird, die wie ein wiederkehrendes Ereignis wirkt. Zukünftige Abschiebungen zu versprechen, die nie in irgendeiner sinnvollen Weise eintreten, ist ein reiner EU-Köder und eine Ausrede dafür, die Grenzen nicht dicht zu machen, um die Einreise zu verhindern.

Offen gesagt ist eine EU-Lösung in der jetzigen Form nicht möglich, weil die EU die Migration nicht stoppen will. Sie will nur die Massenmigration in geordneter und regelmäßiger Weise steuern, was bedeutet, dass sie versuchen wird, illegale Migration in legale Migration zu verwandeln.

Die V4- bzw. ost- und mitteleuropäischen Staaten müssen weiterhin zusammenarbeiten, auch außerhalb der EU, um ihre Länder sowie ihre Region zu verteidigen. Sie müssen endlich erkennen, dass sich die EU nach sechs Jahren nutzloser Solidaritätssparolen ganz auf Umsiedlungsprogramme konzentriert und keine Pläne hat, die Wellen zu stoppen.

Die V4- bzw. ost- und mitteleuropäischen Staaten können sich nicht auf die EU, Erdogan und andere ausländische Führer, Frontex oder den Europarat verlassen. Sie müssen es selbst tun und als Allianz unabhängiger Nationalstaaten zusammenarbeiten, um ihre Menschen, ihre Grenzen und ihre Kulturen zu schützen.

Der zweite entscheidende Schritt ist eine Frage des Prinzips. Es kann keine erklärten „Siege“ (wie das von der Leyen-Debakel) geben, auch wenn keine verbindlichen Quoten

vorgesehen sind. Es steht viel mehr auf dem Spiel. Die V4- bzw. ost- und mitteleuropäischen Staaten müssen die EU-weite Reformvorlage (endlose Verlagerungen) bedingungslos ablehnen, die alle in der EU zur Massenmigration verpflichtet wird, bis Europa unterworfen wird.

Migration muss auf nationaler Ebene gestaltet werden, ohne Einmischung aus Brüssel oder dem EU-Parlament. Es gibt einen Bereich, in dem die EU den Nationalstaaten behilflich sein kann: die Koordinierung der Bemühungen, ALLE EU-Auslandshilfen an die Bereitschaft eines Landes zu knüpfen, seine Bürger schnell und ohne Formalitäten wieder aufzunehmen. Ansonsten (und das auch nur, weil die EU bereits ein Budget für Auslandshilfe hat) ist die EU ein Hindernis, und eine Ausweitung ihrer Befugnisse in Bezug auf die Migration wird die Krise nur verschlimmern und vertiefen.

Den Nationalstaaten muss freie Hand gelassen werden, die Massenmigration auf eigene Faust zu bewältigen, mit nationalen Methoden und regionaler Zusammenarbeit, nicht basierend auf veralteten Erklärungen von vor Jahrzehnten, sondern mit Techniken, die die Realitäten der heutigen komplexen Umgebung widerspiegeln.

Dies ist ein Kampf auf der Straße, und man kann diesen Kampf nicht gewinnen, solange man an die Ketten der EU und der UN gefesselt ist.



Bill Ravotti ist US-Amerikaner und mit einer Tschechin verheiratet. Er ist der Gründer des auf die Analyse des politischen Geschehens in der V4, in den ost- u. mitteleuropäischen Ländern und in der EU spezialisierten unabhängigen Portals V4Report. Bill Ravotti arbeitet als CFP und war 1996 und 1998 republikanischer Kandidat für den US-Kongress. Ferner leitete er den Wahlkampf von P.J. Buchanan in Pennsylvania.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHENMEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 12. bis 18. Juli 2021

19. 07. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán kündigte am Freitag, 16. Juli, in der Sendung Kossuth Rádió an, dass es ab dem 1. August möglich sein wird, sich für eine dritte Dosis des Grippeimpfstoffs anzumelden – die erst vier Monate nach der zweiten verabreicht werden kann. Der ungarische Regierungschef kündigte auch an, dass die Impfung für das Gesundheitspersonal verpflichtend sein wird: „Wir sind nicht für Zwang, aber wir haben eine Entscheidung getroffen: Die Impfung wird für das Gesundheitspersonal verpflichtend sein. Nur wer geimpft ist, kann also im Gesundheitsbereich arbeiten. Auf jeden Fall müssen sie eine bestimmte Anzahl von Pflichtimpfungen durchführen, und diese Liste wird jetzt immer länger“, sagte er. Schließlich kündigte der Premierminister an, dass am 30. und 31. August eine Impfkampagne für Jugendliche im Alter von 12 bis 15 Jahren organisiert werde, um „alle Kinder [...] zu impfen, wenn ihre Eltern es erlauben“.
- Bei einem Besuch in Belgrad am Donnerstag, den 8. Juli, wo er mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić zusammentraf, bekräftigte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die Unterstützung Ungarns für den Beitrittsantrag Serbiens: „Die Führer der mitteleuropäischen Staaten müssen erkennen, dass die Schicksalsgemeinschaft die kurzfristigen Interessen überwiegt. Diese Haltung kann die zukünftige Sicherheit und Stabilität der Region garantieren“, sagte er.
- Der Präsident des ungarischen Parlaments, László Kövér, sagte am Sonntag, den 11. Juli, in der Sendung Kossuth Rádió über die anhaltende Kluft zwischen Brüssel und Mitteleuropa: „Nach den Nazis und den Kommunisten ist ein neuer totalitärer Ehrgeiz im Begriff, Europa zu zerstören, der manchmal Liberalismus, Posthumanismus oder sonstiger... grüner Wahnsinn genannt wird“, und bezog sich auf „hochmütige Politiker, die uns sagen, dass wir heute in der Europäischen Union

nicht akzeptiert würden, wegen unserer sogenannten Probleme, Werte und Ansichten über die Rechtsstaatlichkeit“. „Wir sind einer gewissen Aggression ausgesetzt und werden aufgefordert, die Normalität auf eine Weise hinter uns zu lassen, die nicht nur von den Ungarn, sondern auch von der Mehrheit der Europäer abgelehnt wird“, fuhr er fort.

- Die ungarische Regierung will den 2005 unter der Regierung von Ferenc Gyurcsány privatisierten Budapester Flughafen Ferenc Liszt zurückkaufen und hat der deutschen AviAlliance (einer Tochter des kanadischen Pensionsfonds PSP Investments), die 55,44% der Anteile an der Budapest Airport Zrt. hält (23,33% werden von einer Tochter des Singapur Investmentfonds GIC und 21,23% von der Caisse de dépôt et placement du Québec gehalten), ein Übernahmeangebot gemacht. In der Tat, wie der Minister für Innovation und Technologie László Palkovics im Juni in einem Interview mit der Zeitschrift Vasárnap am 6. Juni erklärte: „Wir wollen nicht nur einen Eigentumsanteil erwerben, sondern auch der mehrheitliche ungarische Eigentümer des Internationalen Flughafens Budapest Ferenc Liszt sein [...] 2005 hatte die Gyurcsány-Regierung eine falsche politische Entscheidung getroffen, die auf lange Sicht wirtschaftlich unrentabel war [...] für uns ist es eine wichtige Frage der Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung, sogar der nationalen Strategie“. AviAlliance hat das Angebot der ungarischen Regierung bestätigt, möchte aber nicht sofort darauf eingehen und betont, dass AviAlliance ein langfristiger Investor ist und hofft, Eigentümer des Budapester Flughafens zu bleiben: „Wir haben während der aktuellen Krise weiter in die Infrastruktur und den Betrieb des Flughafens investiert, da wir an eine schnelle wirtschaftliche Erholung und ein langfristiges Wachstumspotenzial glauben“.
- Der Beauftragte der ungarischen Regierung für die Renovierung der Budaer Burg und des Zitadellenviertels (in Budapest), Gergely Fodor, kündigte am Montag, dem 12. Juli, an, dass die Burg Visegrád – wo 1335 ein erstes Bündnis zwischen Ungarn, Böhmen und Polen geschlossen wurde – bis 2035 restauriert werden soll, um das 700-jährige Jubiläum des Bündnisses stilvoll zu feiern.
- Immer mehr ungarische Auswanderer, die oft aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland, Großbritannien, Österreich oder Nordamerika gegangen sind, kehren in ihre Heimat zurück, und die Zahl der Rückkehrer übersteigt inzwischen die Zahl der Abwanderer.

Polen

- Auch für die Europäische Kommission, die in der Frage der „LGBT-Rechte“ in Polen sehr aktiv ist, ist das neue polnische Mediengesetz ein ernstes Anliegen. Die Vizepräsidentin der Kommission, Věra Jourová, erklärte am Montag, den 12. Juli, auf Twitter, dass die neue Gesetzgebung ein „besorgniserregendes Signal für die Medienfreiheit und den Pluralismus“ sei, während der Sprecher der Kommission, Christian Wigand, erklärte: „Uns ist die neue Gesetzesmitteilung bekannt, die die Regeln für die Verteilung von Rundfunklizenzen ändert. Wir erwarten von den Mitgliedstaaten, dass sie sicherstellen, dass ihre persönliche Politik keinen Einfluss auf die Existenz eines unabhängigen, freien und vielfältigen Medienökosystems hat [...] Wir verfolgen die Situation der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in Polen mit wachsender Sorge. Der polnische Regierungssprecher Piotr Müller verteidigte den Text: „Der Entwurf [des Gesetzes] stellt sicher, dass kein Unternehmen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes eine Mehrheitsbeteiligung an Medienunternehmen in Polen hat. Das ist ähnlich wie in Deutschland, Österreich oder Frankreich [...] In Deutschland, Österreich und

Frankreich gibt es die gleichen Lösungen, und niemand behauptet, dass dort irgendjemand das Bündnis mit anderen EU-Staaten oder den Vereinigten Staaten abschaffen will.

- Am Mittwoch, den 14. Juli, wies das Oberste Gericht Polens die Berufung zweier Frauen zurück, die eine britische Geburtsurkunde in Polen registrieren lassen wollten, die belegt, dass ein Kind zwei Mütter und keinen Vater hat, was der polnische Standesbeamte abgelehnt hatte – eine Entscheidung, die am 5. April 2018 vom Woiwodschaftsgericht bestätigt wurde, gegen die die beiden „Verwandten“ vor dem Obersten Gericht geklagt hatten, das dieses Ansinnen schließlich als unvereinbar mit den Grundregeln des polnischen Rechtssystems beurteilte.
- Électricité de France (EDF) eröffnete am 12. Juli eine Repräsentanz in Polen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der französische Botschafter in Warschau, Frédéric Bilet: „Die französische Regierung ist bereit, sich in Polen im Bereich der Kernenergie zu engagieren. Diese Vorbereitung ist Teil der langfristigen Partnerschaft, die 2020 während des sehr erfolgreichen Besuchs von Präsident Emmanuel Macron in Warschau begründet wurde“, während der Hohe Repräsentant Frankreichs für die nukleare Zusammenarbeit mit Polen, Philippe Crouzet, hinzufügte: „Wir müssen sie verteidigen, denn die Kernenergie hat auch Feinde in der Europäischen Union. Deshalb ist es so wichtig, dass Frankreich und Polen zusammenarbeiten, damit die EU die Kernenergie als ein entscheidendes Element auf dem Weg zur Dekarbonisierung sieht.“
- In Polen, wie auch anderswo, ist die Zahl der Antragsteller für die Covid-Impfung in den letzten Wochen stetig gesunken. Der Chef der Kanzlei des polnischen Premierministers, Michał Dworczyk, kündigte daher am Mittwoch, den 14. Juli, im Radio an, dass Polen einen Teil der gekauften Impfstoffe weiterverkaufen werde: „Um nicht zig Millionen Dosen Impfstoff wegzuworfen, wird [Polen] die Impfstoffe, die nicht verwendet werden dürfen, an ausländische Partner verkaufen“. Mögliche Käufer sind Georgien, Vietnam, die Ukraine, die Balkanländer und Australien.
- Die PiS-Fraktion hat wieder eine Mehrheit im Sejm. Er hatte seine Mehrheit – zumindest theoretisch – am 25. Juni verloren, als drei seiner Mitglieder beschlossen, die Mehrheit zu verlassen. Eine der drei „Frondeure“, Magorzata Janowska, entschied sich, der kürzlich von Adam Bielan gegründeten Republikanischen Partei beizutreten, deren Abgeordnete auch in der Gruppe der Vereinigten Rechten sitzen, die sich um die PiS gebildet hat.
- Das polnische Verteidigungsministerium gab am Mittwoch, den 14. Juli, bekannt, dass die polnische Armee in Kürze 250 amerikanische M1A2 Abrams SEPv3-Panzer der dritten Generation erwerben wird, eine Investition von über 23 Milliarden Zloty (fünf Milliarden Euro). „Wir bestellen die modernsten Panzer in der am besten ausgestatteten Version. Sie haben sich im Einsatz bewährt. Die polnische Armee wird ab dem nächsten Jahr mit diesen Panzern ausgestattet, was die Verteidigungsfähigkeit Polens stärken wird“, sagte der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak bei dieser Gelegenheit. „Diese Panzer werden in der vordersten Verteidigungslinie stehen. Ihre Aufgabe wird es sein, den potenziellen Aggressor“, d.h. Russland und Weißrussland, abzuschrecken.“
- Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat im Streit um das deutsch-russische Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 ausnahmsweise zugunsten Polens gegen Deutschland und die EU-Kommission entschieden. Das konkrete Ergebnis ist, dass die Europäische Kommission nicht berechtigt war, eine Kapazitätserhöhung der Opal-Pipeline zugunsten von Gazprom zu genehmigen. Die Opal-Pipeline, die mit der Nord Stream verbunden ist, transportiert Gas durch Deutschland nach Mittel- und Westeuropa.

- Nach einem Bericht der Zeitschrift Wprost vom Freitag, 16. Juli, erwägt die polnische Regierung, die Impfung für medizinisches Personal verpflichtend zu machen, lehnt aber eine generelle Diskriminierung von Ungeimpften ab: „Wenn wir in Polen Einschränkungen für Ungeimpfte einführen würden, hätten wir viel größere Demonstrationen als in Frankreich, wo derzeit 18.000 Menschen demonstrieren. Wir haben Angst vor Unruhen...“, wurde ein ungenanntes Mitglied der Regierung zitiert.
- Eine weitere Episode in den schwierigen Beziehungen zwischen Warschau und Brüssel: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kündigte am Freitag, den 9. Juli, an, dass er in Kürze über das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 22. Oktober 2020 zur Abtreibung entscheiden und die seit 1993 geltenden Bestimmungen, die eine Abtreibung in Fällen von schweren und irreversiblen Missbildungen des Fötus oder unheilbaren Krankheiten erlaubten, für unvereinbar mit der polnischen Verfassung erklären werde. Nach dieser Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts wurden bisher zwölf Beschwerden von polnischen Staatsangehörigen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Diese Entscheidung gab auch Anlass zu zahlreichen Demonstrationen von feministischen und linken Organisationen in ganz Polen, die von den europäischen Behörden unterstützt wurden.
- Nachdem das Verfassungsgericht am Mittwoch, den 14. Juli, entschieden hatte, dass die vom Gerichtshof der Europäischen Union angeordneten einstweiligen Maßnahmen nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar sind, ordnete der Erste Präsident des Obersten Gerichts Polens die Wiederaufnahme der vollen Tätigkeit der Disziplinarkammer an, deren Aussetzung der EuGH gefordert hatte: „Aus den Verträgen der Europäischen Union geht eindeutig hervor, dass die Republik Polen der Union nicht die Befugnis zur Gesetzgebung im Bereich der Organisation der Rechtspflege in der Republik Polen übertragen hat. Gemäß Art. 176 Abs. 2 der Verfassung der Republik Polen werden die Struktur und die Zuständigkeit der Gerichte sowie das Verfahren vor den Gerichten durch Gesetze der Republik Polen bestimmt [...] Der polnische Gesetzgeber hat die ausschließliche Kompetenz, den institutionellen Rahmen für das Funktionieren der Justiz zu definieren.“

Slowakei

- Angesichts des Eintreffens der so genannten Delta-Variante des Coronavirus hatten die slowakischen Gesundheitsbehörden beschlossen, die Hygienemaßnahmen an den Grenzen ab dem 9. Juli zu verstärken und insbesondere eine 14-tägige Quarantäne für nicht geimpfte Personen zu verhängen. Das Verfassungsgericht in Bratislava entschied am 14. Juli, diese Maßnahmen auszusetzen.

Tschechische Republik

- Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek gab am Montag, den 12. Juli, bekannt, dass die Tschechische Republik nicht an der Durban-Überprüfungskonferenz (Durban IV) teilnehmen wird, die im September in New York stattfinden wird. „Ich habe diese Entscheidung aufgrund von historischen Bedenken über Antisemitismus und den Missbrauch der Plattform für Angriffe auf Israel getroffen“, erklärte er auf Twitter. „Wir werden weiterhin gegen Rassismus und Diskriminierung kämpfen und die Menschenrechte fördern.“

Slowenien

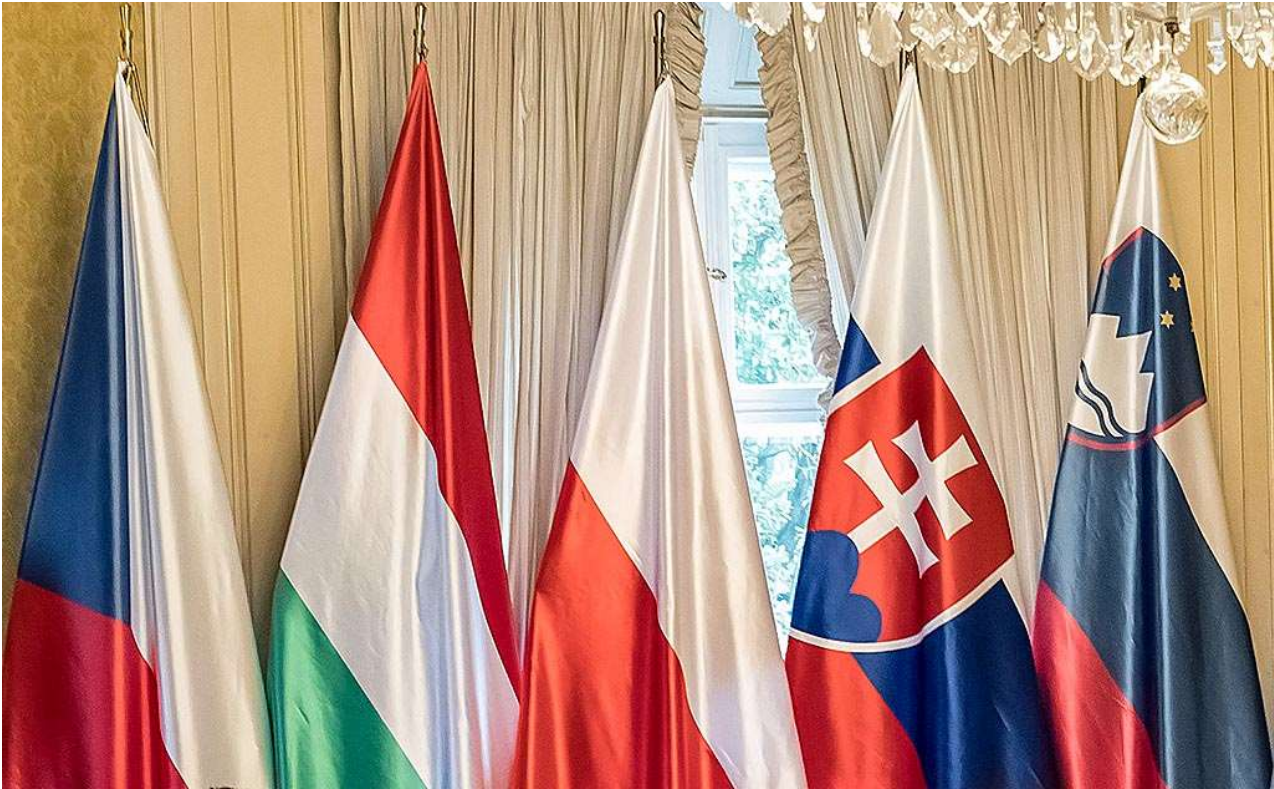
- 17.7. Im Rahmen der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft trafen sich die europäischen Justizminister zu einem informellen Treffen in Brdo pri Kranju (Egg bei

Krainburg), um juristische Aspekte der künstlichen Intelligenz, eine kinderfreundliche Justiz und Fragen im Zusammenhang mit digitalen Nachlässen zu erörtern. Bei dem Treffen betonte EU-Justizkommissar Didier Reynders den Vorrang des EU-Rechts in Bezug auf die Verfahren gegen Polen und Ungarn. In der Zwischenzeit traf sich die ungarische Justizministerin auch mit Premierminister Janez Janša. „Fruchtbare Diskussion mit Premierminister Janez Janša über die Prioritäten und Ziele der Präsidentschaft der Europäischen Union“, twitterte sie. Das Treffen begann im Einklang mit der Priorität des slowenischen Ratsvorsitzes im Bereich der Justiz, nämlich dem Schutz der Grundrechte angesichts der Herausforderungen durch neue Technologien und die Nutzung des Internets. Die Debatte wurde von Minister Marjan Dikaučič als Präsident des EU-Justizrates geleitet. An ihr nahmen auch der Direktor der EU-Grundrechteagentur (FRA), Michael O’Flaherty, und der EU-Kommissar für Justiz, Didier Reynders, teil.

- 16.7 Unter der gegenwärtigen Regierung handelt Radio Television Slovenia ausgesprochen einseitig, indem es die Vorgaben des Übergangsnetzes in Slowenien erfüllt. Seit einiger Zeit gibt es in bestimmten Kreisen der Öffentlichkeit Initiativen, den RTV-Pflichtbeitrag freiwillig zu machen. Alles deutet darauf hin, dass die Kampagne zur Unterschriftensammlung für ein Referendum über die Abschaffung des Zwangsbeitrags für das einzige nationale Medium am 1. September 2021 beginnen wird. Denken Sie daran, dass RTV Slowenien jedes Jahr etwa 100 Millionen Euro an Steuergeldern vom slowenischen Steuerzahler einnimmt. Wie angekündigt, werden am 1. September Unterschriften für das Referendum über die Abschaffung des Zwangsbeitrags von RTV Slowenien gesammelt. Rund 500.000 slowenische Haushalte zahlen den monatlichen Pflichtbeitrag von knapp 13 Euro für den Betrieb von RTV Slowenien.
 - 14.7. Gestern sprachen die Abgeordneten der Demokratischen Partei Sloweniens im Europäischen Parlament über die Schikanen und Drohungen, die sie in letzter Zeit erhalten haben. „Sie werden nie mehr schöne Tage haben, Sie werden nie mehr ruhig schlafen und aufwachen können. Sie werden immer jemanden hinter sich haben, der Sie beurteilt. Vor mir und uns werden Sie nie Ruhe haben“, beschrieb die Abgeordnete Mojca Škrinjar den Angriff vor dem Parlament und sagte, dass alles im Parlament mit den verbalen Angriffen der Linkspartei begann, aber jetzt hat es sich auf die Straße verlagert. Der Abgeordnete Janez Moškrič wurde sogar mit dem Mord an seiner Familie bedroht. Auch Premierminister Janez Janša hat gewarnt, dass die Gewalt gegen Abgeordnete eskaliert. Eine Sitzung der DZ oder des Nationalen Sicherheitsrates oder beider wird nötig sein, um zu erklären, wie die Polizei und die Staatsanwaltschaft diese Gewaltspirale stoppen wollen, glaubt er. Die Abgeordneten Mojca Škrinjar und Alenka Jeraj, Janez Moškrič und Leon Merjasec sprachen über die Schikanen und Drohungen, die sie beim Betreten und Verlassen des Parlaments erhielten. Auch einige andere Abgeordnete wurden in den letzten Tagen angegriffen, darunter die NSi-Abgeordneten Jožef Horvat und Tadeja Šuštar sowie der SNS-Abgeordnete und Präsident Zmago Jelinčič Plemeniti.
-

07) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 5. bis 11. Juli 2021

12. 07. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Die ungarische Präsidentschaft der Visegrád-Gruppe organisierte am Freitag, den 8. Juli, ein Gipfeltreffen in Ljubljana zwischen den Regierungschefs der V4 und Slowenien. Der neben Viktor Orbán und Janez Janša anwesende polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki betonte, dass „sowohl die V4-Länder als auch Slowenien gegen die Versuche der Europäischen Kommission seien, den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Befugnisse wegzunehmen.“

Ungarn

- Reporter ohne Grenzen hat gerade den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán auf die Liste der Regierungschefs gesetzt, die „Raubtiere“ der Pressefreiheit sind, ein sehr geschlossener Club, in dem er sich nun zu 36 anderen Staats- oder Regierungschefs gesellt, einschließlich des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und des russischen Präsidenten Wladimir Putin.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó sagte am Mittwoch, den 7. Juli in Vilnius, dass Ungarn die litauischen Behörden voll und ganz unterstützt, die mit einer Welle von Migranten konfrontiert sind, die dadurch verursacht wurde, dass Weißrussland – als Vergeltung für die europäischen Sanktionen – beschlossen hat, den Transit von Migranten aus dem Nahen Osten nach Westeuropa zu stoppen, aber stattdessen ihre Passage in die Europäische Union und insbesondere nach Litauen zu erleichtern: „Litauen steht jetzt vor der gleichen außerordentlichen Herausforderung wie Ungarn im Jahr 2015, als Hunderttausende illegale Einwanderer an unseren südlichen Grenzen unsere Grenze und damit unsere

Souveränität verletzt“, sagte er und schlug vor, – wie in Ungarn – einen Grenzzaun zu bauen: „Eine Grenze, die so lang ist wie Ungarns Südgrenze oder die litauisch-weißrussische Grenze, kann nicht allein durch menschliche Ressourcen geschützt werden. Es werden physische Barrieren benötigt: die beste Lösung ist ein Zaun.

- Die UEFA gab am Freitag, 8. Juli, bekannt, dass die ungarische Fußballnationalmannschaft ihre nächsten beiden Spiele hinter verschlossenen Türen austragen muss. Diese Sanktion wurde aufgrund des „Verhaltens“ bestimmter ungarischer Fans bei Spielen in Ungarn verhängt. Während des Spiels Portugal-Ungarn in der Budapester Puskás-Arena wurde ein Banner entrollt, das der LGBT-Lobby feindlich gesinnt war, während beim Spiel gegen Frankreich ein Banner hochgehalten wurde, das die westliche Praxis der knienden Spieler nach dem Diktat der Black-Lives-Matter-Bewegung kritisierte. Zusätzlich zu den beiden Sperren muss der ungarische Fußballverband (MLSZ) eine Geldstrafe von 100.000 Euro an die UEFA zahlen.

Polen

- Der Erzbischof von Gniezko (Gnesen) und Primas von Polen, Wojciech Polak, hat am 28. Juni die Statistik der polnischen Kirche über die ihr bekannten Fälle von Pädophilie in ihrer Mitte in den Jahren 2018–2020 vorgestellt. „Die Daten, die wir heute präsentieren, bringen das Drama des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen durch Kleriker nicht vollständig zum Ausdruck“, sagte der Prälat in aller Deutlichkeit. Nach der Untersuchung der Kirche betreffen die Enthüllungen in diesen drei Jahren 368 Fälle von Missbrauch an Minderjährigen – die Hälfte von ihnen war zum Zeitpunkt der Vorfälle unter 15 Jahre alt: 300 in Diözesen und 68 in Ordensgemeinschaften. Sie betrafen 292 Priester oder Ordensleute. In 38 Fällen wurde der angezeigte Sachverhalt als nicht bewiesen angesehen. Dabei erinnerte Erzbischof Polak daran, dass die vorgelegten Zahlen in jedem Fall unvollständig sind und bleiben werden, weil viele Opfer noch immer schweigen, und übermittelte seine Entschuldigung im Namen der Kirche an alle, die Opfer, „verletzt und skandalisiert“ wurden.
- Fünfundzwanzig Gewerkschaften, die die Mitarbeiter der polnischen Post (Poczta Polska) vertreten, schickten am 27. Juni einen offenen Brief an Premierminister Mateusz Morawiecki, in dem sie die Handlungen des Vorstands anprangerten, die „zum Zusammenbruch [dieses] öffentlichen Unternehmens geführt haben“, das von einem Gewinn von 33 Millionen Zloty im Jahr 2009 zu einem Verlust von 118 Millionen Zloty im Jahr 2020 wurde: „Der Vorstand von Poczta Polska hat unter Missachtung der Sozialpartner beschlossen, Massenentlassungen vorzunehmen und gleichzeitig ihre Freunde [...] für lukrative Managementpositionen einzustellen. Diese Personen haben keine Kenntnisse über den laufenden Betrieb des Unternehmens, wodurch ein berechtigtes Risiko entsteht, dass diese Mitarbeiter [...] aufgrund ihrer mangelnden Kompetenz zum Nachteil der Post handeln“, heißt es.
- Polen, wie auch in vielen anderen Ländern, verzeichnet einen Rückgang der Impfkandidaten: 54 % der erwachsenen Bevölkerung des Landes sind bereits geimpft (darunter 77 % der über 70-Jährigen und 67 % der über 60-Jährigen). So kündigte der Sprecher des Premierministers, Michał Dworczyk, am 1. Juli an, dass einige Impfzentren schließen würden: „Es gibt einfach niemanden mehr, der sich gegen Covid-19 impfen lassen will [...] Die Anmeldedynamik nimmt ab [...] Wir haben Woche für Woche einen Rückgang von 30 % registriert. Das ist ein sehr besorgniserregendes Phänomen“, erklärte er, während die Regierung nun auf eine Lotterie setzt, um die Polen zu ermutigen, sich impfen zu lassen.
- Am Freitag, den 9. Juli, sagte der polnische Gesundheitsminister Adam Niedzielski, dass die Zahl der neuen Covid-Infektionen in Polen jetzt sehr niedrig sei (80 neue

Fälle pro Tag für das ganze Land). Dabei sagte der Minister, er sei besorgt, dass viele Menschen, die die erste Dosis des Impfstoffs erhalten hätten, die Anmeldung für die zweite Dosis hinauszögerten: „Die Einnahme der zweiten Dosis bestimmt die Wirksamkeit des gesamten Impfprozesses und wir können diese Dosen nicht aufgeben“, dies sei ein „beunruhigendes Phänomen“.

- Die E-Mail-Konten einiger polnischer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden gehackt. Wie der Sprecher des Minister-Koordinators des Geheimdienstes, Stanisław Żaryn, am 2. Juli mitteilte, ist auch das E-Mail-System des Sejm, des polnischen Parlaments, betroffen: „Die Agentur für Innere Sicherheit stellte fest, dass der Angriff auch das E-Mail-System des Sejm der Republik Polen betraf [...] Eine detaillierte Analyse ergab nicht autorisierte Verbindungen zu den offiziellen E-Mail-Postfächern einiger Mitglieder des polnischen Parlaments. Die Vorfälle betrafen insgesamt zehn Abgeordnete, Mitglieder der Fraktionen Lewica, Polska2050, PiS, Bürgerplattform und Konfederacja [...] Die Abgeordneten, deren Postfächer angegriffen wurden, wurden über die Gefahren informiert und es wurden Maßnahmen vorgeschlagen, um die Auswirkungen des Angriffs zu minimieren.“
- Das Oberste Gericht Polens hat am Dienstag (6. Juli) entschieden, dass Versammlungsverbote im Land während der Coronavirus-Pandemie aufgrund einer Formalität rechtswidrig waren. „Das Verbot wurde ohne ordnungsgemäße Rechtsgrundlage eingeführt – durch ein Dekret statt durch ein Gesetz“, so die Richter.
- Die Covid-Impfkampagne hat starke Unterstützung von Seiten der katholischen Kirche erhalten. Der Erzbischof von Poznań (Posen) und Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz, Msgr. Stanisław Gądecki, sagte diesen Freitag, den 9. Juli, dass „die Impfung gegen Covid-19 ein wichtiges Instrument ist, um die Ausbreitung der Infektion zu reduzieren und... zum normalen Funktionieren der Gesellschaft zurückzukehren [...] die Erfindung von Impfstoffen kann als ein Geschenk Gottes an den Menschen gesehen werden, der dem menschlichen Schicksal und den mit Krankheiten verbundenen Risiken nicht gleichgültig gegenübersteht“... und erinnerte gleichzeitig daran, dass „die Impfung freiwillig sein muss... Die Impfung ist in der Regel keine moralische Verpflichtung.“ Der Erzbischof von Warschau, Kazimierz Nycz, hatte in einem Brief an die Priester seiner Diözese argumentiert, dass „es die Pflicht der Kirche ist, zu Impfkampagnen zum Wohle der ganzen Gemeinschaft aufzurufen.“
- Das neue polnische Gesetz, das am 24. Juni vom Sejm verabschiedet wurde und das eine 30-jährige Frist für die Anfechtung der Zuweisung von Immobilien vorsieht, die während des Zweiten Weltkriegs enteignet wurden – insbesondere, aber nicht ausschließlich, von Juden – sorgt weiterhin für Aufregung zwischen Polen und Israel. Nach heftiger Kritik des israelischen Außenministers Yair Lapid, der die vom Sejm verabschiedete polnische Änderung als „beschämend“ bezeichnete, sagte der PiS-Vorsitzende und stellvertretende polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview zu seinen Kritikern: „Wir entscheiden unsere eigenen Gesetze.“
- Die neue Bestimmung wird auch von der Polnischen Gesellschaft der Grundbesitzer stark kritisiert. Marcin Schirmer, der Präsident dieser Vereinigung von überwiegend adligen Großgrundbesitzern, sagte: „Wenn [diese Bestimmung] in der vorgeschlagenen Form in Kraft treten würde, würde sie die künftige Wiedererlangung von Raubgut verhindern und gleichzeitig die laufenden Verfahren einstellen. Meiner Meinung nach ist dies Teil einer breiteren Praxis der Regierung, die wenigen noch bestehenden Gesetzeslücken zu füllen, obwohl es kein Reprivatisierungsgesetz gibt [...] Leider hat die Abstimmung im Sejm gezeigt, dass dieses Gesetz von allen im Parlament anwesenden politischen Kräften breit unterstützt wurde [...] Keine der

Parteien war dagegen, nur die Bürgerplattform hat sich der Stimme enthalten, was aber nicht durch inhaltliche Meinungsverschiedenheiten verursacht wurde.

- Am heutigen Mittwoch, dem 7. Juli, überreichte der polnische Präsident Andrzej Duda der Sejm-Marschallin Elżbieta Witek einen Gesetzentwurf zum Wiederaufbau des Sächsischen Schlosses in Warschau.
- Rechtsanwalt Bartosz Lewandowski, Mitglied der Vereinigung Ordo Iuris, berichtete am Freitag, den 9. Juli, über seinen Twitter-Account, dass die Warschauer Bezirksstaatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Marta Lempart, die Anführerin der Bewegung „Frauenstreik“, wegen „Beleidigung von Polizeibeamten und Verursachung einer Seuchengefahr im Zusammenhang mit der Organisation von Kundgebungen während der Pandemie“ eingeleitet habe. Der Verein Ordo Iuris hatte eine Beschwerde eingereicht.
- Nach mehreren erfolglosen Versuchen könnte es Polen endlich gelingen, einen neuen Ombudsmann zu wählen. Am Donnerstag, den 8. Juli, ernannte der Sejm den ursprünglich von der Opposition unterstützten Kandidaten Marcin Wiącek gegen die von der PiS unterstützte Lidia Staroń, deren Kandidatur jedoch vom Senat, in dem die Opposition über eine Mehrheit verfügt, abgelehnt wurde. Alles deutet darauf hin, dass Wiącek vom Oberhaus bevorzugt werden wird.

Slowakei

- Da der russische Impfstoff Sputnik V in der Europäischen Union immer noch nicht zugelassen ist, kommen die 200.000 Dosen des Impfstoffs, die Premierminister Igor Matovič Ende Februar gekauft hat – ein Schritt, der ihn seinen Posten als Regierungschef kostete – in der Slowakei doch nicht zum Einsatz. Die Gesundheitsbehörden haben daher am 2. Juli 160.000 von ihnen nach Russland zurückgeschickt.
- Die Marie-Valerie-Brücke, die die Slowakei und Ungarn verbindet, wurde am 9. Juli den ganzen Tag über von rund 100 Demonstranten blockiert, die den „Impfterror“ anprangerten. Auch andere Slogans waren zu sehen, wie z.B. „Rührt unsere Kinder nicht an!“, „Nehmt uns nicht unsere verfassungsmäßigen Rechte!“ oder „Stoppt die Genterapie!“

Tschechische Republik

- Der tschechische Premierminister Andrej Babiš sagte am Donnerstag, er habe keinen Grund, einen von 18 europäischen Staats- und Regierungschefs initiierten Brief mitzuzeichnen, in dem das Inkrafttreten des ungarischen Anti-Pädophilen-Gesetzes scharf kritisiert wird. „Ich wüsste nicht, warum wir uns in die ungarischen Gesetze einmischen sollten, es ist ein souveränes Land. Es geht nicht um Homosexuelle, es geht um den Schutz von Kindern und das Recht der Eltern, sie so zu erziehen, wie sie es für richtig halten“, antwortete er auf die Frage eines Abgeordneten der Piraten im Parlament.

Kroatien

- Ungarns Anti-Pädophilen-Gesetz sorgt weiterhin für Aufregung in Brüssel und in westlichen Kanzleien, die beleidigt sind, dass LGBT-Propaganda, die sich an Minderjährige richtet, verboten werden kann. Im Gegenteil, die ungarische Gesetzgebung wird in Polen und Kroatien nachgeahmt. In Kroatien kündigte Nikola Grmoja, ein Abgeordneter der Oppositionspartei Most nezavisnih lista (Unabhängige), am Montag, den 6. Juli, an, dass ein dem ungarischen Gesetz ähnliches Gesetz zum Schutz von Kindern vor Pädophilie und LGBT-Propaganda

eingebraucht werden soll. „Pädophilie ist das schändlichste Verbrechen, das begangen werden kann, weil es einen jungen Menschen zerstört [...] Jeder Mensch hat das Recht, frei zu entscheiden, mit welchen Werten er leben will, aber ich bin entschlossen, gegen die Auferlegung einer aggressiven Ideologie auf Kinder zu kämpfen [...] Ich möchte betonen, dass einige der Situationen, die wir sie im sogenannten fortschrittlichen Westen sehen können, wo sich Kinder im Alter von fünf, sechs oder sieben Jahren Geschlechtsumwandlungsoperationen unterziehen, nicht vom Einfluss der LGBTQ-Ideologie zu trennen sind. Dieser Einfluss hat schwerwiegende Folgen für ihr Leben. Das ist ein Szenario, das wir in Kroatien nicht zulassen werden“, sagte er.

Slowenien

- Am Dienstag, den 06. Juli, begann die vorzeitige Stimmabgabe für das Wasserreferendum, das am Sonntag, den 11. Juli, stattfand. 84.196 Wähler, oder 4,96% der Wahlberechtigten, gaben ihre Stimme bei der vorzeitigen Stimmabgabe ab. Das ist die höchste Wahlbeteiligung, die jemals bei Volksabstimmungen oder Wahlen erreicht wurde.
- Am Mittwoch, den 07. Juli, traf sich Premierminister Janez Janša mit den Bürgermeistern der slowenischen Gemeinden in Brdo pri Kranju (Egg bei Krainburg). Sie diskutierten insbesondere Maßnahmen zur Kontrolle von COVID-19-Infektionen in den kommenden Monaten sowie Fragen der öffentlichen Finanzen und der Entwicklung.
- Am Mittwoch, den 07. Juli, wurde der Vorsitzende der Nsi-Fraktion (Neues Slowenien), Jožef Horvat, auf seinem Weg aus der Nationalversammlung von linken Demonstranten verbal angegriffen und anschließend bespuckt. Am Freitag, den 9. Juli, berief der Präsident der Nationalversammlung, Igor Zorčič, eine Arbeitssitzung ein, um derartige Bedrohungen von Abgeordneten zu besprechen.
- Am Donnerstag, den 08. Juli, präsentierte der Generaldirektor des Direktorats für Verteidigungspolitik Uroš Zorko die Vorbereitungen für die Ereignisse und die vorrangigen Themen während der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Verteidigung sowie Schutz und Rettung. Zu den Teilnehmern der Konferenz gehörten Vlasta Vivod, Leiterin der Task Force für die Koordinierung der Vorbereitung und Durchführung der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft, und Mgr. Mateja Kirn.
- Am Freitag, den 09. Juli, statteten die Regierungschefs der Visegrád-Gruppe Slowenien einen Arbeitsbesuch ab. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der slowakische Ministerpräsident Eduard Heger und der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš trafen sich mit dem slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša in Ljubljana. Hauptthemen des V4-Plenums mit dem slowenischen Ministerpräsidenten waren die Prioritäten Sloweniens für die EU-Ratspräsidentschaft, die Konferenz über die Zukunft Europas, die Situation auf dem Westbalkan und andere aktuelle europäische Themen.
- Am Sonntag, den 11. Juli, fand eine Volksabstimmung über die Änderung des Wassergesetzes statt. 46% der Wähler nahmen an dem Referendum teil, wobei die Mehrheit gegen die Änderung stimmte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 28. Juni bis 4. Juli 2021

05. 07. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Am Rande des EU-Gipfels in Brüssel bekräftigte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, dass es bei Ungarns Anti-Pädophilen-Gesetz nicht um Homosexualität im Allgemeinen gehe. Er erinnerte daran, dass unter dem kommunistischen Regime, das er als Jugendlicher bekämpfte, „Homosexualität bestraft wurde und ich für die Freiheit und die Rechte“ der Homosexuellen gekämpft habe. Ich verteidige also die Rechte von Homosexuellen, aber darum geht es bei diesem Gesetz nicht [...] Es ist ein Gesetz zum Schutz von Kindern und Eltern [...] das Gesetz zum Schutz des Rechts der Eltern, über die sexuelle Erziehung ihrer Kinder zu entscheiden [...] Und die Aufgabe des Staates ist es, die Bedingungen zu schaffen, damit die Eltern diese Rechte ausüben können.“
- Laut einer Umfrage des Nézőpont-Instituts, die an diesem Montag 28 von der Zeitschrift Mandiner veröffentlicht wurde, wollen 50 % der Ungarn, dass Viktor Orbán nach den nächsten Parlamentswahlen Premierminister bleibt, verglichen mit 18 %, die möchten, dass die ungarische Regierung vom derzeitigen Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony, geführt wird. Diese Zahlen bleiben seit mehreren Wochen stabil, trotz einer intensiven Kampagne des Bürgermeisters der Hauptstadt, der anstrebt, der einzige Kandidat der Opposition zu werden.
- Nach der Verabschiedung des ungarischen Anti-Pädophilie-Gesetzes, das Brüsseler Kreise weiter irritiert, schickten Europaabgeordnete der liberalen Fraktion Renew Europa einen Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission, Ursula Von der Leyen, die sie aufforderte, das Konjunkturprogramm für Ungarn nicht zu genehmigen, das nach den von der Kommission angenommenen Zahlen Anspruch auf 8,1 Milliarden Euro an Zuschüssen und 7,1 Milliarden Euro an Krediten hätte.

- In einem Brief an den Direktor für Regierungsangelegenheiten des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles, über den die Jerusalem Post am Sonntag, den 27. Juni, berichtete, kündigte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó an, dass Ungarn nicht an der Weltkonferenz über Rassismus in Durban, Südafrika, teilnehmen werde, einem Treffen, das normalerweise zu antisemitischen Demonstrationen führt: „Die ungarische Regierung verfolgt eine Politik der Nulltoleranz gegen Antisemitismus und ist voll und ganz der Gewährleistung der Sicherheit des jüdischen Volkes verpflichtet, eine Position, die wir in internationalen Foren konsequent verteidigen [...] In diesem Sinne unterstützt Ungarn den Durban-Prozess nicht.“
- Am Dienstag, den 29. Juni, empfing der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán seinen slowakischen Amtskollegen Eduard Heger im Karmeliterkloster im Budaer Burgviertel, ein Treffen, das die Gelegenheit bot, die hervorragenden Beziehungen zwischen Budapest und Bratislava hervorzuheben.
- Der ungarische Premierminister Viktor Orbán und Außenminister Péter Szijjártó empfingen am 29. Juni die Präsidentin des aserbaidischen Parlaments, Sahiba Gafarova. Szijjártó betonte die wichtige Rolle, die Aserbaidschan in naher Zukunft für die Energieversorgung Europas spielen wird.
- In einem Brief an ihre Studenten kündigte die Loránd-Eötvös-Universität Budapest an, dass sie sich gegen Covid impfen lassen müssen, um im September am Unterricht teilnehmen zu können: „Liebe Studenten! Die Fakultät für Sozialwissenschaften der Loránd Eötvös Universität wird versuchen, den Präsenzunterricht im Herbstsemester des akademischen Jahres 2021/22 so weit wie möglich wieder aufzunehmen. Dies erfordert, dass unsere Schüler vor Covid-19 geschützt werden. Ich fordere daher, dass die Covid-19-Impfung so schnell wie möglich durchgeführt wird, falls dies nicht bereits geschehen ist.“ „Da die Sicherheit der Studenten und Mitarbeiter für die Loránd Eötvös Universität ein wichtiges Anliegen ist, empfiehlt die Epidemiologische Operative Koordinationsstelle (JOKT) allen Professoren und Studenten dringend, sich für die Impfung anzumelden.“ [...] Fehlender Impfschutz allein berechtigt nicht zu einem außergewöhnlichen Studiengang, der die Möglichkeit eines Fernstudiums bietet, und Hochschulmitarbeitern, von zu Hause aus zu arbeiten. Mit anderen Worten: Ungeimpfte Lehrer könnten ihren Beruf nicht mehr ausüben, ungeimpfte Studenten könnten ihr Studium nicht fortsetzen.

Polen

- Die Verabschiedung eines Gesetzes durch das polnische Parlament am Donnerstag, den 24. Juni, das Ansprüche auf Rückgabe von Eigentum, das aus Enteignungen während des Zweiten Weltkriegs resultiert, einschränkt, hat dazu beigetragen, die Kontroverse zwischen Polen und Israel zu diesem Thema neu zu entfachen. Die israelische Botschaft in Warschau reagierte schnell: „Die jetzige Änderung des Gesetzentwurfs wird im Wesentlichen die Rückgabe jüdischen Eigentums oder die Geltendmachung finanzieller Entschädigungen durch Holocaust-Überlebende, ihre Nachkommen und die jüdische Gemeinde, für die Polen seit Jahrhunderten Heimat ist, verhindern. Es ist unverständlich [...] Dieses unmoralische Gesetz wird die Beziehungen zwischen unseren Ländern untergraben. Eine unbegründete Polemik für Krzysztof Bosak (Konfederacja), der uns daran erinnert, dass „im Falle der Abwesenheit von Erben eines bestimmten polnischen Bürgers das Eigentum dem Staat gehört und nicht Ihnen“ [Israel, d. Red.] Der stellvertretende polnische Justizminister Sebastian Kaleta brachte es in einem Interview mit dem konservativen Magazin wPolityce auf den Punkt: „Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Frist für die Anmeldung von Entschädigungsansprüchen zu verkürzen. [...] Für Millionen von Polen wird damit die Zeit der ewigen Ungewissheit beendet, ob ein Erbe oder ein

Nachlassverwalter Ansprüche auf ihr Haus, ihre Schule oder ihr Grundstück erheben wird“, und glaubt, dass „Israel eine Politik verfolgt, Polen zu zwingen, für das Eigentum polnischer Bürger zu zahlen, die keine Nachkommen hinterlassen haben und aufgrund des Holocausts gestorben sind“, wofür Polen in keiner Weise verantwortlich ist. Bei dieser Gelegenheit sagte der Präsident des World Jewish Congress (WJC), Ronald Lauder: „Es ist an der Zeit, dass die internationale jüdische Gemeinschaft ihre Beziehung zu einer Regierung neu bewertet, die sich mit unvorstellbarer Gefühllosigkeit verhält und den schlimmsten Traditionen der polnischen Geschichte folgt, anstatt den besten und erbaulichsten Traditionen... Dieser ungeheuerliche und völlig ungerechtfertigte Akt des polnischen Parlaments stellt mein eigenes Engagement und die Zukunft der polnisch-amerikanischen Beziehungen in Frage, ebenso wie die Beziehungen zwischen Polen und internationalen jüdischen Organisationen“, während die World Jewish Restoration Organization (WJRO) der Meinung war: „Dies würde es für Holocaust-Überlebende und ihre Familien praktisch unmöglich machen, [in ihre Häuser] zurückzukehren oder eine Entschädigung für Eigentum zu erhalten, das während des Holocausts und des Kommunismus illegal beschlagnahmt wurde.“ Der Präsident der letztgenannten Organisation, Gideon Taylor, fügte hinzu: „Jüdische Antragsteller warten seit Jahrzehnten auf Gerechtigkeit für ihr Eigentum, das während des Holocausts oder von der kommunistischen Regierung konfisziert oder verstaatlicht wurde. Der jetzige Vorschlag würde, wenn er angenommen wird, den polnischen Holocaust-Überlebenden, die bereits sehr gelitten haben, weiter schaden. Der israelische Außenminister Yair Lapid (von der zentristischen Partei Yesh Atid) sagte seinerseits: „Dieses Gesetz ist furchtbar unfair und beschämend, es verletzt die Rechte der Holocaust-Überlebenden, ihrer Erben und der Mitglieder der jüdischen Gemeinden, die seit Hunderten von Jahren in Polen existieren ... Dies ist ein inakzeptabler Schritt, dieses ‚unmoralische‘ Gesetz schadet den Beziehungen zwischen unseren Ländern ernsthaft.“

- Das ungarische Anti-Pädophilen-Gesetz wird nicht nur von den europäischen Partnern kritisiert, es findet auch Nachahmer. Der polnische Bildungsminister Przemyslaw Czarnek zum Beispiel wünscht sich ein ähnliches Gesetz in Polen: „Dieses Gesetz besagt, dass der Schulunterricht, der sich mit sexuellen Themen befasst, nicht für Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität werben darf [...] Wir sollten diese Regelungen in Polen vollständig kopieren! [...] Während wir die Rechte von Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung respektieren ... müssen wir uns immer an den wichtigsten Wert erinnern, der in jeder Gesellschaft das beste Interesse des Kindes sein muss“.
- Am heutigen Dienstag, den 29. Juni, verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Polen wegen Verletzung von Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention, indem er 2017 die Richter Alina Bojara und Mariusz Broda am Bezirksgericht in Kielce (Woiwodschaft Świętokrzyskie/Heiligkreuz, im Süden des Landes) entließ. Das polnische Justizministerium reagierte mit einer Erklärung, in der es heißt: „Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, das die Entscheidung über die Entlassung der Vizepräsidenten des Bezirksgerichts Kielce in Frage stellt, die im Januar 2018 nach polnischem Recht erlassen wurde, hat keine Substanz und basiert nicht auf internationalem Recht und Konventionen, sondern ist Ausdruck einer inakzeptablen Politisierung des Gerichts.“
- Angesichts des wiederholten Scheiterns der vom Sejm vorgeschlagenen Kandidaten für den vakanten Posten des Ombudsmanns im Senat schlug der Vorsitzende der PiS-Fraktion, Ryszard Terlecki, am Freitag, dem 2. Juli, vor, die Kandidatur des der Opposition nahestehenden Marcin Wiącek zu unterstützen, was von Jarosław Gowin (Porozumienie) befürwortet wurde, der zuvor Wiąceks Kandidatur unterstützt hatte.

- In einem am Donnerstag, 1. Juli, von der Zeitschrift wPolityce veröffentlichten Interview kritisierte der Europaabgeordnete Ryszard Legutko (PiS) das Verhalten des amerikanischen Geschäftsträgers Bix Aliu scharf: „Seit einiger Zeit können wir beobachten, wie sich Botschafter westeuropäischer Länder und der Vereinigten Staaten in Polen verwerflich verhalten. Das Verhalten des Geschäftsträgers der US-Botschaft bestätigt die schlimmsten antiamerikanischen Stereotypen, wie Arroganz, totale Missachtung der Empfindlichkeiten des Landes, in dem man sich befindet, und Missachtung der Regeln“, und erinnert uns am Rande daran, dass „Polen ein Land mit einer der niedrigsten Anzahl von Vorfällen im Zusammenhang mit dem Übergriff auf Homosexuelle in Europa ist – es gab 16 solcher Fälle [im Jahr 2019], verglichen mit fast 600 in den Niederlanden oder fast 200 in Deutschland.“
- Am Samstag, den 3. Juli, fand in Warschau ein Treffen des Nationalrats der Bürgerplattform (OP) statt, an dem auch der ehemalige Premierminister Donald Tusk teilnahm. Gerüchten zufolge, die sich seit einigen Wochen hartnäckig halten, könnte dieses Treffen die bevorstehende Rückkehr von Donald Tusk an die Spitze der PO ankündigen, eine Aussicht, die dem Bürgermeister von Warschau, Rafał Trzaskowski, dem erfolglosen Kandidaten der PO bei den letzten Präsidentschaftswahlen, nicht zu passen scheint, der auch um die Führung einer Partei wetteifert, die seit der Führung durch Borys Budka ins Trudeln geraten ist. Herr Trzaskowski würde sogar in Erwägung ziehen, die OP zu verlassen, wenn er gegen Donald Tusk verliert. Dennoch ist die Rückkehr von Donald Tusk an die Spitze der PO nicht nach dem Geschmack der Polen. Laut einer Umfrage, die Kantar am 24. und 25. Juni für TVN durchgeführt hat, wären 60% der Polen nicht dafür, während nur 26% dafür wären.
- Ein Gericht in Katowice (Oberschlesien, Südpolen) hat Restaurantbesitzer freigesprochen, die sich über gesundheitspolizeiliche Auflagen hinweggesetzt hatten, die ihnen die Schließung ihrer Lokale auferlegten. „Das Gericht stimmte voll und ganz mit [unserem] Argument überein, dass das durch die Verordnung eingeführte Verbot der Geschäftstätigkeit verfassungswidrig ist“, sagte einer der beteiligten Restaurantbesitzer.
- Der Impfbeauftragte der polnischen Regierung, Michał Dworczyk, sagte am Freitag (2. Juli), dass sich mehr als eine Million Menschen in weniger als zwei Tagen für die Lotterie im Zusammenhang mit dem Anti-Covid-Impfprogramm registriert haben, um Preise von 200 Zloty (44 €) bis 300.000 Zloty (66.000 €) sowie Autos zu gewinnen.

Slowakei

- Am Montag, den 27. Juni, absolvierte der slowakische Ingenieur und Universitätsprofessor Stefan Klein einen ersten Versuchsflug mit seinem AirCar. Er legte die 80 km zwischen Nitra und Bratislava (Pressburg) in 25 Minuten zurück, bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 170 km/h. „Mit dem heutigen Flug wollten wir die Fähigkeiten dieses experimentellen Prototyps demonstrieren sowie beweisen, dass die Idee hinter diesem Transportmittel realistisch ist“, erklärte er gegenüber der Presse.
- Die slowakischen Behörden haben gerade eine Lotterie eingeführt, um die Menschen zu ermutigen, sich gegen Covid impfen zu lassen. Das Konzept sieht vor, dass unter den Geimpften jede Woche ein Preis von zwei Millionen Euro ausgelost wird. Außerdem soll es einen Bonus für Personen geben, die einen Verwandten zur Impfung überreden.

Tschechische Republik

- Als er vom amerikanischen Fernsehsender CNN zum ungarischen Anti-Pädophilen-Gesetz befragt wurde, antwortete der tschechische Präsident Miloš Zeman unverblümt: „Viktor Orbán sagte, er sei nicht gegen Homosexualität, aber er sei auch gegen die Manipulation des sexuellen Erwachens nicht nur von Eltern, sondern auch von Kindern. Ich sehe keinen Grund, ihm zu widersprechen... Wenn sich jemand einer unveränderlichen Operation unterzieht, begeht er im Grunde genommen die Sünde der Selbstschädigung. Jede Operation ist ein Risiko, und diese Transgender-Leute ekeln mich an.“
- Nach dem Tornado, der am Donnerstag, den 24. Juni, mehrere Gemeinden im Südosten Mährens verwüstete, drei Menschen tötete und mehrere hundert verletzte, erhielt die Tschechische Republik sofort Nothilfe von ihren slowakischen, österreichischen und polnischen Nachbarn. „Unsere Feuerwehr wird helfen, die katastrophalen Folgen des Tornados zu beseitigen [...] In Zeiten wie diesen sind wir immer für unsere Nachbarn da“, sagte der polnische Regierungssprecher Piotr Müller, während der tschechische Premierminister Andrej Babiš um Hilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) bat: „Ich habe den Präsidenten des Europäischen Rates und den Präsidenten der Europäischen Kommission um Hilfe aus den Sonderfonds der Europäischen Union für die betroffenen Gemeinden in Südmähren gebeten“.
- Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek kündigte am Dienstag, den 29. Juni, die Eröffnung eines offiziellen Vertretungsbüros der belarussischen Opposition in Prag an, die ähnliche Vertretungen in Vilnius und Warschau hat: „Die belarussische Opposition erhält und wird auch weiterhin klare Unterstützung von der Tschechischen Republik erhalten“, erklärte Kulhánek.
- Der stellvertretende tschechische Außenminister Martin Smolek übergab dem russischen Botschafter Aleksandr Zmeyerovsky am Dienstag, den 29. Juni, im Namen seiner Regierung eine offizielle Note, in der er ihn darüber informierte, dass die Tschechische Republik von der Russischen Föderation 650 Millionen Kronen (ca. 26 Millionen Euro) an Reparationen für den Bombenanschlag in Vrbětice fordert, der nach Ansicht der tschechischen Behörden von Agenten des russischen Geheimdienstes verübt wurde. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Zakharova, wies die Forderung Tschechiens, die sie als „Erpressung“ bezeichnete, entschieden zurück. „Normalerweise werden diejenigen, die sich auf diese Weise und ohne Gericht oder Beweise verhalten, sondern mit Hilfe von Drohungen und Beleidigungen Geld verlangen, als Erpresser bezeichnet“, sagte sie.

Slowenien

- 3.7 Entsprechend der Tradition der Länder, die den Ratsvorsitz innehaben, nimmt Slowenien zu Beginn seiner EU-Ratspräsidentschaft bei den EU-Institutionen akkreditierte Brüsseler Korrespondenten auf. Sie diskutierten die Prioritäten der slowenischen Präsidentschaft mit den höchsten Vertretern der Regierung und lernten dabei Slowenien als nachhaltiges und sicheres Reiseziel kennen. Die 48 ausländischen Journalisten waren von Mittwoch, 30. Juni, bis Samstag, 3. Juli, in Slowenien und informierten sich über das Programm und die Prioritäten der Präsidentschaft. Sie trafen den Premierminister und die Minister für auswärtige Angelegenheiten, Inneres, öffentliche Verwaltung, Gesundheit, Finanzen und Wirtschaft sowie die Staatssekretäre für Infrastruktur und Umwelt. In einem fast zweistündigen Gespräch mit Journalisten beantwortete Premierminister Janez Janša alle Fragen, die sie stellten. Unter anderem wurden sie über die Pläne der Präsidentschaft für die Konferenz über die Zukunft Europas, für die Gewährleistung

- der Sicherheit der Union und für die Einbindung des westlichen Balkans in verschiedene europäische Politiken informiert.
- 2.7 Der ehemalige Präsident Danilo Türk bewies einmal mehr seine politische Doppelzüngigkeit. In Slowenien beschuldigt er die derzeitige Regierung, die Menschenrechte zu verletzen, die Rechtsstaatlichkeit zu missbrauchen und die Medien „anzugreifen“, während er selbst seine Unterstützung für die Kommunistische Partei Chinas, die letzte große totalitäre politische Organisation, zum Ausdruck bringt und ihre wirtschaftliche Stärke lobt. China ist bekannt für die Verweigerung von Menschenrechten für Minderheiten, die Zensur der Medien und die Ausbeutung von Kinderarbeit. So berichtete RTV Slowenien vor einigen Jahren über chinesische Kinder, die für die Herstellung von Kinderspielzeug einen Cent pro hergestelltem Spielzeug verdienten.
 - 1.7 Trotz der Coronavirus-Epidemie erholt sich die slowenische Wirtschaft gut von dem durch die Schließungen verursachten Abschwung, wie es auch in Europa der Fall ist, wobei die Tschechische Republik, die Niederlande, Deutschland, Malta, Ungarn, Polen und Slowenien die erfolgreichsten Länder sind. Letztere weist derzeit eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten auf und ist vergleichbar mit derjenigen von 2019, als das globale Wirtschaftsklima außergewöhnlich gut war. Darüber hinaus nähert sich die Arbeitslosigkeit einem Rekordtief in der Geschichte Sloweniens, das nur im Juni und September 2019 niedriger war. Im Mai 2021 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum bei 7,9 Prozent, 0,2 Prozentpunkte niedriger als im Vormonat und 0,4 Prozentpunkte höher als im Mai 2020. Die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union war mit 7,3 Prozent etwas niedriger als die im Euroraum. Dies war 0,1 Prozentpunkte niedriger als im April und 0,4 Prozentpunkte höher als im Mai 2020.
 - 1.7. „Der Beginn der Präsidentschaft fällt mit dem 30. Jahrestag der Unabhängigkeit zusammen. Heute vor 30 Jahren haben wir für Sloweniens Unabhängigkeit, Freiheit und europäische Zukunft gekämpft. Mit großer Freude beginnen wir unsere zweite EU-Ratspräsidentschaft“, sagte der amtierende Premierminister Janez Janša auf einer Pressekonferenz zum ersten Tag der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft.
 - 1.7. Heute übernimmt Slowenien die EU-Ratspräsidentschaft. Im Mittelpunkt der sechsmonatigen Präsidentschaft, die es von Portugal übernimmt, stehen die Bekämpfung und die Bewältigung der Covid-19-Pandemie, die Stärkung der Krisenresistenz der Union und die EU-Erweiterung. Zum Auftakt der Präsidentschaft findet in Slowenien ein europäischer politischer Gipfel statt. Das Team der Europäischen Kommission, angeführt von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ist in Slowenien eingetroffen. „Ich freue mich, dass wir heute die Europäische Kommission in Slowenien zu Gast haben. Die Öffnung des öffentlichen Lebens überall in Europa ist der Beginn von physischen Begegnungen auf europäischer Ebene und wir freuen uns darauf“, sagte der slowenische Ministerpräsident Janez Janša. Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen nahm an dem Treffen in Brdo teil und besuchte die Kinderklinik in Ljubljana. Sie lobte den Sanierungsplan Sloweniens und versicherte, dass die EG diesen unterstützt. Ursula von der Leyen sagte auf einer Pressekonferenz am Ende des Brdo-Treffens, dass es wichtig sei, dass die Janša-geführte Regierung den von der EG geleiteten Sanierungsplan unterstützt. Slowenien wurde von seinem Vorgänger, dem portugiesischen Ministerpräsidenten Antonio Costa, ebenfalls eine erfolgreiche Präsidentschaft gewünscht. Herr Janša dankt auch dem deutschen und dem portugiesischen Ratsvorsitz für ihre Arbeit während der Coronavirus-Pandemie. Er versicherte: „Erholung, Widerstandsfähigkeit und die strategische Autonomie der EU sind auch Teil unserer Prioritäten für die nächsten sechs Monate.“

09) Tamás Menczer: Die V4 ist heute das stärkste Bündnis in der Europäischen Union

30. 06. 2021



Staatssekretär Tamás Menczer spricht zum 30-jährigen Bestehen der Visegrad-Gruppe -
Foto: MTI/Noémi Bruzák

Die Visegrád-Gruppe (V4) sei heute das stärkste Bündnis in der Europäischen Union, nicht nur politisch, sondern zunehmend auch wirtschaftlich, sagte Tamás Menczer, Staatssekretär für Information und internationale Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Handel des ungarischen Außenministeriums, am Mittwoch in Budapest.

Er betonte, dass die Visegrád-Fraktion heute vor allem für gesunden Menschenverstand, Einigkeit und Stärke sowie für einen Neuanfang in Europa nach der Seuchensituation steht. Der gesunde Menschenverstand zeigte sich am deutlichsten bei der Steuerung der Migration, als die V4 sagten, dass sie keine gemischten Gesellschaften wollen und auf die Gefahren des Terrorismus und die Gesundheitsbedrohungen durch die Migration hinwiesen.

„Wir wollen ein Europa, in dem die Zusammenarbeit auf gegenseitigem Respekt und starken Nationalstaaten basiert.“

- sagte der Staatsminister bei der Einweihung des Wandgemäldes in der Klauzál-Straße anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der V4, bestehend aus Ungarn, der Tschechischen Republik, Polen und der Slowakei.

Ungarn hat eine der erfolgreichsten Bekämpfungsmaßnahmen in Europa fortgesetzt, bei der es auch mit den V4 zusammengearbeitet hat, um den Kampf gegen die Epidemie wieder in Gang zu bringen. Dadurch konnte das Land früher mit dem Neustart des Lebens und der Wirtschaft beginnen“, sagte Tamás Menczer.

Heute ist der letzte Tag der polnischen Präsidentschaft der Visegrád-Gruppe, und am Donnerstag beginnt die ungarische Präsidentschaft, sagte der polnische Botschafter in Ungarn Jerzy Snopek bei der Enthüllung des Wandbildes:

Polen hat eine erfolgreiche, aber schwierige Präsidentschaft hinter sich und Ungarn kann hoffentlich die V4 in einer günstigeren epidemiologischen Situation führen.

Der Diplomat sagte, dass die Zusammenarbeit der V4 auf Zusammenhalt und Synergie, Integration und Souveränität basiert. Die Länder der Gruppe sollten nicht nur durch Interessen miteinander verbunden sein, sondern auch durch die Notwendigkeit, gemeinsame Werte zu bewahren, mahnte der Botschafter:

Die V4 strebt nach wie vor keinen Visegrad-Superstaat an, sondern einen Zusammenschluss gleichberechtigter und souveräner Staaten.

Péter Fekete, Staatssekretär für Kultur, sagte, dass die V4 während der ungarischen Ratspräsidentschaft die kulturellen Innovationen, die durch die Epidemie entstanden sind, auf einer gemeinsamen Konferenz im ungarischen Nationalmuseum besprechen werden.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Polnisches Verfassungsgericht: EUGH hat kein Recht, seine Zuständigkeit zu erweitern

18. 07. 2021



Polnisches Verfassungsgericht · Bildquelle: polen-heute.de

Kann die EU selbst ihre Kompetenzen, die sich der Kontrolle der Staaten entziehen, durch die Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union erweitern? Diese Frage hatte das polnische Verfassungsgericht zu beantworten, als es am Mittwoch, den 14. Juli, einen Antrag der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts (des polnischen Kassationsgerichts) prüfte, der vom EUGH aufgrund einer im Frühjahr 2020 erlassenen einstweiligen Verfügung „ausgesetzt“ worden war. Am 3. August werden die polnischen Verfassungsrichter auf ein ähnliches Ersuchen von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki reagieren müssen. Der Regierungschef hatte das Verfassungsgericht angerufen, als der EUGH am 2. März behauptete, dass das polnische Oberste Verwaltungsgericht (NSA) das Recht habe, Ernennungen von Richtern, die nach einer Reform des polnischen Gesetzes über den Nationalen Justizrat (KRS) vorgenommen wurden, nicht anzuerkennen. Nach polnischem Recht und der Verfassung hat die NSA keine solche Befugnis.

Aus Eifersucht auf den Vorrang des europäischen Rechts [forderte die Europäische Kommission den polnischen Ministerpräsidenten am 9. Juni auf](#), seinen Antrag zurückzuziehen, was dieser jedoch ablehnte. Ebenfalls am 9. Juni [leitete die Kommission ein Verfahren gegen Deutschland](#) wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2020 ein, in dem bekräftigt wurde, dass

die Mitgliedstaaten Herren der Verträge bleiben, was bedeutet, dass die Institutionen nicht selbst ihre Kompetenzen unter Missachtung von Verträgen ausweiten können, die von den 27 durch einen demokratischen Prozess unterzeichnet und ratifiziert wurden.

Ebenfalls im Juni [erinnerte das rumänische Verfassungsgericht den EUGH an die Grenzen seiner Kompetenzen](#), indem es sich weigerte, die Gültigkeit seiner Entscheidungen in Bereichen anzuerkennen, die in die Zuständigkeit der Staaten fallen. Dies war eine ähnliche Situation wie die, die den polnischen Ministerpräsidenten dazu veranlasste, einen Fall vor das Verfassungsgericht seines Landes zu bringen.

In [seinem Urteil vom 14. Juli](#) erinnerte das polnische Verfassungsgericht daran, dass die vorläufigen Maßnahmen des EUGH zur Organisation und Arbeitsweise der polnischen Gerichte mit der polnischen Verfassung unvereinbar seien, da Polen seine Kompetenzen in diesem Bereich nie an die EU übertragen habe.

Eine solche Kompetenzübertragung könne nur durch einen Vertrag erfolgen, der nach dem üblichen demokratischen Verfahren unterzeichnet und ratifiziert wird, und nicht durch eine Auslegung der bestehenden Verträge, die weit über den Wortlaut und den Geist der Verträge hinausgeht.

Dies ist im Wesentlichen das, was das polnische Verfassungsgericht in juristischer Sprache unter Bezugnahme auf die entsprechenden Artikel der europäischen Verträge und der polnischen Verfassung gesagt hat.

Es ist also ein wahrer Krieg der Gerichte, den wir heute zu erleben scheinen, denn am selben Tag, dem 14. Juli, erließ die spanische Vizepräsidentin des EUGH (dieselbe, die nach einer Anhörung in einem Einzelrichterverfahren die [Schließung des Bergwerks in Turów](#) anordnete) auf Ersuchen der Europäischen Kommission [eine zweite einstweilige Verfügung](#), mit der die Disziplinarkammer des Obersten Gerichts Polens angewiesen wurde, alle Aktivitäten einzustellen. Die Kommission war der Ansicht, dass die vom EUGH im letzten Jahr getroffenen einstweiligen Maßnahmen nicht angewendet wurden. Und das aus gutem Grund! Wie das polnische Verfassungsgericht soeben bestätigt hat, lässt die polnische Verfassung eine solche Übertragung von Befugnissen, die allein auf den willkürlichen Entscheidungen der Richter in Luxemburg beruht, nicht zu.

Aber der Fall ist noch komplizierter, weil am nächsten Tag, also am Donnerstag, den 15. Juli, der EUGH, der diesmal nicht mit einem Einzelrichter wie im Fall der einstweiligen Verfügungen tagte, [ein Urteil in der Sache fällte](#) und entschied, dass die Disziplinarordnung für Richter in Polen nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist.

Obwohl das polnische Verfassungsgericht nur über die vom EUGH erlassenen einstweiligen Maßnahmen entschieden hat, ist das Problem bei diesem endgültigen Urteil dasselbe: Es entscheidet über die Organisation des polnischen Justizsystems, ohne dass die Polen (oder irgendein anderes Volk übrigens) irgendwelche Kompetenzen in diesem Bereich an die europäischen Institutionen übertragen haben.

Entweder werden die polnische Regierung und der Sejm nun die Justizreformen rückgängig machen, um das Gesetz mit den Wünschen der Kommission und des EUGH in Einklang zu bringen, und damit eine große De-facto-Erweiterung der EU-Kompetenzen durch die Rechtsprechung statt durch einen demokratischen Prozess verstärken, oder das polnische Verfassungsgericht wird erneut angerufen werden und es wird wiederholen müssen, dass die Entscheidung des EUGH in Polen nicht angewendet werden kann, weil sie einen Bereich nationaler Kompetenz betrifft. Der Konflikt zwischen Warschau und Brüssel könnte dann sehr ernst werden.

[In einer Erklärung](#) sagte die Europäische Kommission, sie sei „zutiefst besorgt über den Beschluss des polnischen Verfassungsgerichtshofs, in dem es heißt, die vom Gerichtshof

der Europäischen Union in Bezug auf die Arbeitsweise der Justiz angeordneten einstweiligen Maßnahmen seien nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar.“ Weiter heißt es, dass „Die Kommission hat sich in dieser Frage stets sehr klar und eindeutig geäußert und bekräftigt erneut: EU-Recht hat Vorrang vor nationalem Recht“ und „alle Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, einschließlich einstweiliger Anordnungen, sind für die Behörden aller Mitgliedstaaten und für die nationalen Gerichte bindend.“

Wie [Jerzy Kwaśniewski](#), Präsident des Instituts [Ordo Iuris](#), jedoch betont, „liegt das Problem in der evolutionären Veränderung des EU-Rechts. Polen hat die Beitrittsverträge und dann vor allem den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Allerdings haben die EU-Institutionen, insbesondere die Kommission und der Gerichtshof, im Laufe der Zeit ihre Zuständigkeiten erweitert und zusätzliche Befugnisse erhalten – zum Nachteil der Mitgliedstaaten. Und

Gegenstand des Verfahrens vor dem Verfassungsgericht ist die Vereinbarkeit dieser systematisch ohne Zustimmung der Mitgliedstaaten erweiterten Unionskompetenzen mit der polnischen Verfassung.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Stellungnahme des Ordo Iuris Instituts zur Justizreform in Polen

17. 07. 2021



Bildquelle: Ordo Iuris

Diese Stellungnahme wurde im Zusammenhang mit der vorläufigen Vereinbarung über ein neues allgemeines Regime der Konditionalität zum Schutz des EU-Haushalts erstellt, die die Unzufriedenheit der EU-Institutionen mit den Richtungen der Justizreformen in Polen und Ungarn widerspiegelt.

Diese Stellungnahme stellt den Inhalt und die Folgen der oben genannten Vereinbarung vor und erläutert ausgewählte Probleme im Zusammenhang mit der in den Jahren 2015–2020 durchgeführten Justizreform in Polen, d.h. die Urteile des EuGH gegen Polen, die voreingegenommene Haltung der EU-Kommission gegenüber Polen, die Änderungen im Straf- und Zivilverfahren und die Kontroverse über die Methode der Richterernennung.

1. Vorläufige Einigung auf ein neues allgemeines Regime der Konditionalität zum Schutz des EU-Haushalts

Im November verabschiedeten das Europäische Parlament und der Rat eine vorläufige Einigung über ein neues allgemeines Regime der Konditionalität zum Schutz des EU-Haushalts, das mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und dem Wiederaufbauplan nach der Pandemie verbunden ist[1].

Die Einigung, die auf dem Vorschlag der Kommission aufbaut, legt Regeln zum Schutz des EU-Haushalts im Falle von Verstößen gegen die Grundsätze der „Rechtsstaatlichkeit“ in den Mitgliedstaaten fest. Nach dem Entwurf der Vereinbarung erfordert die Rechtsstaatlichkeit, dass alle öffentlichen Gewalten innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen, im Einklang mit den Werten der Demokratie und der Achtung der Grundrechte, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und anderen anwendbaren Instrumenten festgelegt sind, und unter der Kontrolle unabhängiger und unparteiischer Gerichte handeln. Es verlangt insbesondere, dass die Grundsätze der Legalität, einschließlich eines transparenten, rechenschaftspflichtigen und demokratischen Prozesses für den Erlass von Gesetzen, der Rechtssicherheit, des Verbots der Willkür der Exekutive, der Gewaltenteilung, des Zugangs zur Justiz und des wirksamen Rechtsschutzes durch unabhängige und unparteiische Gerichte beachtet werden (Abs. 2 der Präambel). Das Abkommen nennt drei Beispiele für indikative Fälle von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit 1) Gefährdung der Unabhängigkeit der Justiz; 2) Versäumnis, willkürliche oder rechtswidrige Entscheidungen von Behörden, einschließlich der Strafverfolgungsbehörden, zu verhindern, zu korrigieren und zu sanktionieren, Vorenthaltung finanzieller und personeller Ressourcen, die deren ordnungsgemäßes Funktionieren beeinträchtigen, oder Versäumnis, die Abwesenheit von Interessenkonflikten sicherzustellen; 3) Einschränkung der Verfügbarkeit und Wirksamkeit von Rechtsmitteln, einschließlich durch restriktive Verfahrensvorschriften, mangelnde Umsetzung von Urteilen oder Einschränkung der wirksamen Ermittlung, Verfolgung oder Sanktionierung von Rechtsverstößen (Art. 2a des Abkommens).

Sanktionen können verhängt werden, wenn Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung der EU oder den Schutz der finanziellen Interessen der Union hinreichend unmittelbar beeinträchtigen oder ernsthaft zu beeinträchtigen drohen (Artikel 3 Absatz 1 der Vereinbarung).

Das Verfahren wird von der Kommission eingeleitet, wenn sie „hinreichende Gründe“ dafür hat, dass die Voraussetzungen des Artikels 3 erfüllt sind, d. h. dass ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit vorliegt, der die finanziellen Interessen der EU beeinträchtigt, oder dass die ernste Gefahr besteht, dass dies geschieht (Artikel 5 Absatz 1 des Abkommens). Sie muss dann innerhalb von mindestens einem Monat und höchstens drei Monaten eine Bewertung vornehmen, wobei der betreffende Mitgliedstaat Stellungnahmen abgeben kann (Artikel 5 Absatz 4 der Vereinbarung). Werden die von dem Mitgliedstaat vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen als nicht ausreichend erachtet, muss die Kommission innerhalb eines

Monats (Artikel 5 (6) der Vereinbarung) dem Rat einen Vorschlag für einen Durchführungsrechtsakt über die geeigneten Maßnahmen vorlegen, über den innerhalb von höchstens drei Monaten zu entscheiden ist (Artikel 5 (7) der Vereinbarung).

Der neue Mechanismus muss zwar noch vom Parlament offiziell genehmigt werden, tritt aber am 1. Januar 2021 in Kraft (Artikel 8 der Vereinbarung). Die Kommission wird dem Europäischen Parlament und dem Rat in drei Jahren über die Wirksamkeit der Anwendung dieses Mechanismus Bericht erstatten (Artikel 7a der Vereinbarung).

Nach Ansicht des Ordo Iuris Instituts überschreitet das verabschiedete Abkommen die Befugnisse der Europäischen Union, die nicht befugt ist, sich in Angelegenheiten einzumischen, die den Mitgliedstaaten vorbehalten sind, wozu insbesondere das Justizsystem gehört. Die EU-Verträge definieren klar den Katalog der EU-Befugnisse, und das Justizsystem ist nicht darunter (Art. 3, 4, 6 AEUV), mit Ausnahme der Befugnis, den Zugang zur Justiz zu erleichtern (Art. 67 (4) AEUV).

Eine ähnliche Position wurde bereits in der Stellungnahme des Ratsdienstes der Europäischen Union vertreten: Die Wahrung des Rechtsstaatsprinzips durch die Mitgliedstaaten kann nach den Verträgen nicht Gegenstand eines Tätigwerdens der Unionsorgane sein, unabhängig davon, ob eine spezifische materielle Zuständigkeit für dieses Tätigwerden besteht, mit der einzigen Ausnahme des in Art. 7 EUV beschriebenen Verfahrens. Nur diese Rechtsgrundlage sieht eine Unionskompetenz zur Überwachung der Anwendung des Rechtsstaatsprinzips als Wert der Union in einem Kontext vor, der nicht mit einer spezifischen materiellen Zuständigkeit zusammenhängt oder über deren Umfang hinausgeht[2].

Unabhängig davon möchte das Institut Ordo Iuris auf die Unbestimmtheit des Begriffs der Rechtsstaatlichkeit hinweisen. Er ist weder in den Verträgen noch in dem oben genannten Abkommen definiert. Eine für alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union einheitliche Norm zu schaffen, die konkrete Vorgaben zum Status der Justiz enthält, ist äußerst schwierig, wenn überhaupt möglich. Dies wirft Fragen auf wie: setzt dieser gemeinsame Standard die Existenz einer Verfassungsgerichtsbarkeit voraus? setzt er eine Form der richterlichen Verfassungskontrolle voraus? setzt er ein bestimmtes Modell für die Auswahl der Richter voraus? schließt er die Möglichkeit der Einflussnahme von Regierung und Parlament auf den Wahlprozess der Richter aus?

Bekanntlich gibt es in den Mitgliedsstaaten verschiedene Lösungen im Bereich der Überprüfung des Verfassungsrechts, der Art und Weise der Richterauswahl und der Gerichtsverfahren. Die Harmonisierung des Justizsystems in der gesamten Europäischen Union würde tiefgreifende Änderungen nicht nur in Polen, sondern auch in den meisten Mitgliedsstaaten erfordern, weil viele von ihnen überhaupt kein Verfassungsgericht haben und die Ernennung der Richter von der Regierung oder dem Parlament beeinflusst wird (worauf später eingegangen wird).

Daher sollten nach Ansicht des Ordo Iuris Instituts diese Unterschiede im Einklang mit dem Grundsatz der Verfassungsidentität der Mitgliedstaaten (Art. 4 Abs. 2 EUV) respektiert werden.

2. Die Rechtsprechung des EuGH in Bezug auf die Justizreformen in Polen

Die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union im Fall der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs[3], der Gesetzgebung zur disziplinarischen Haftung von Richtern[4] und zur Versetzung einiger Richter des Obersten Gerichtshofs in den Ruhestand[5] wurden

unserer Meinung nach ultra vires, d.h. unter Überschreitung ihrer Befugnisse erlassen. Die Aufgabe des Gerichtshofs ist es, das EU-Recht auszulegen, und das EU-Recht schweigt sich darüber aus, wie nationale Richter gewählt werden sollten und über die Regeln des Gerichtsverfahrens in den Mitgliedstaaten (Art. 267 AEUV).

Trotz dieser Tatsache wurden alle Urteile des EuGH von den polnischen Behörden vollständig umgesetzt. Die Bestimmungen, die eine Zwangspensionierung der derzeitigen Richter des Obersten Gerichtshofs im Alter von 65 Jahren oder älter vorschreiben, wurden abgeschafft und die Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs hat aufgehört, Disziplinarverfahren gegen Richter zu prüfen.

3. Voreingenommene Politik der Europäischen Kommission in Bezug auf den Schutz der Rechtsstaatlichkeit

Im Jahr 2017 leitete die Europäische Kommission ein Verfahren gegen Polen gemäß Art. 7 des Vertrags über die Europäische Union[6] ein und leitete 2019 ein Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union[7] im Zusammenhang mit der angeblichen Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit ein. Nach Ansicht des Ordo Iuris Instituts ist das Vorgehen der Europäischen Kommission ungerechtfertigt und ein Indiz für eine voreingenommene Beurteilung bestimmter Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission wirft Polen einen Mangel an Rechtsstaatlichkeit vor, während sie auf weitaus schwerwiegendere Rechtsverstöße in anderen Mitgliedstaaten nicht reagiert: So wurde beispielsweise auf die offene Infragestellung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs durch Gerichte in Spanien ebenso wenig reagiert wie auf die inakzeptablen Gewaltakte der französischen Polizei gegen Demonstrationsteilnehmer und Journalisten.

So entschied der Oberste Gerichtshof Spaniens 2019, dass der Europaabgeordnete Oriol Junqueras nicht aus der Haft entlassen werden darf, da ihm die Immunität als Mitglied des Europäischen Parlaments verweigert wurde. Der Oberste Gerichtshof weigerte sich, dem Urteil des EuGH zu folgen, wonach Junqueras Immunität genießen und zu einer Vereidigungszeremonie des spanischen Parlaments reisen darf.[8]

Darüber hinaus gab es seit 2018 zahlreiche Berichte über schwere Verstöße gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Frankreich. 2.945 Demonstranten wurden während der Proteste der „Gelbwesten“ verletzt. Mindestens 25 Demonstranten verloren dabei ein Auge und fünf Demonstranten verloren eine Hand. Steve Maia Caniço, ein 24-jähriger Mann, und Zineb Redouane, eine 80-jährige Frau, starben beide bei Einsätzen der Polizei. Im März empfahl das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte eine „vollständige Untersuchung“ der Vorwürfe der exzessiven Gewaltanwendung durch die Polizei. Nach Angaben von Amnesty International hatten die Behörden bis Ende des Jahres keine unabhängigen Mechanismen zur Untersuchung solcher Vorwürfe eingerichtet. Im Oktober gab eine Polizeieinheit, die mit der Untersuchung von Vorwürfen übermäßiger Gewaltanwendung durch die Polizei beauftragt ist, an, seit Beginn der Bewegung 313 strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet zu haben. Am Ende des Jahres war nur ein Polizist wegen unrechtmäßiger Gewaltanwendung während der Proteste verurteilt worden. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden etwa 11.000 Demonstranten in Untersuchungshaft genommen und mehr als 3.000 Personen verurteilt, meist im Schnellverfahren. Hunderte von Demonstranten wurden verhaftet und wegen Verhaltensweisen verfolgt, die durch die Menschenrechtsgesetze geschützt sind, darunter Missachtung von Amtsträgern, Verbergen des Gesichts oder Nichterfüllung von Meldepflichten. In den ersten neun Monaten des Jahres wurden 954 Demonstranten wegen

„Bildung einer Gruppe mit der Absicht, Gewalt zu verüben“ verurteilt, ein vage definierter Straftatbestand, der Verhaftungen von Demonstranten erlaubte, die keine Gewalttat begangen hatten.

Auch Hunderte von Journalisten berichteten von Verletzungen während der Berichterstattung über die Proteste. Allein am 5. Dezember wurden 34 Journalisten während der Proteste gegen die Rentenreform verletzt. In den meisten dieser Fälle resultierten die Verletzungen aus exzessiver oder willkürlicher Anwendung von Polizeigewalt. Die unabhängigen Journalisten Gaspard Glanz und Taha Bouhafs wurden verhaftet und unter anderem wegen Verachtung und Rebellion angeklagt. Ersterer wurde im November wegen Missachtung von Amtsträgern zu einer Geldstrafe von 300 € verurteilt. Geheimdienste luden mindestens neun Journalisten zu einer Anhörung im Rahmen einer Voruntersuchung zu den „Jemen-Papieren“ vor, einer Reihe von Veröffentlichungen geheimer Dokumente, die bewiesen, dass die Waffen, die die Regierung an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate verkauft hatte, wahrscheinlich gegen die Zivilbevölkerung im Jemen eingesetzt werden würden.[9]

Die Europäische Kommission hat nie erwogen, Artikel 7 EUV oder ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Spanien oder Frankreich einzuleiten.

4. Zustand des Justizwesens in Polen

Unserer Meinung nach war die Regierung für Recht und Justiz in den Jahren 2015–2020 im Bereich der Justizreformen äußerst aktiv, und viele Änderungen verdienen eine mäßig positive Bewertung, insbesondere die große Reform der Strafprozessordnung und der Zivilprozessordnung sowie die Demokratisierung des Verfahrens zur Ernennung der Richter. Das Ordo Iuris Institut ist sich jedoch bewusst, dass diese Reformen noch keine wesentlichen Verbesserungen in der Funktionsweise der Justiz gebracht haben. Die Statistiken zeigen, dass die Wartezeit auf ein Urteil jedes Jahr weiter ansteigt. So brauchten polnische Gerichte erster Instanz im Jahr 2014 durchschnittlich 203 Tage, um ein Urteil in einer Zivil- oder Handelssache zu fällen, im Jahr 2016 waren es bereits 225 Tage und 2018 sogar 273 Tage (ein Anstieg von 34%). Währenddessen brauchten Strafgerichte im Jahr 2014 durchschnittlich 99 Tage, um eine Strafsache zu verhandeln. Zwei Jahre später gab es eine leichte Verbesserung des Tempos und die Gerichte waren in der Lage, in 95 Tagen zu entscheiden, aber 2018 verlangsamte sich das Tempo wieder und die durchschnittliche Zeit betrug erneut 99 Tage.[10] Die Untersuchungen der Stiftung Court Watch Polska zeigen, dass die Transparenz des Verfahrens zur Ernennung von Richtern immer noch gering ist und die Kriterien für die Auswahl von Richterandidaten durch den Nationalen Rat der Justiz in vielen Fällen unklar bleiben.[11]

4.1. Reform des Zivilprozesses in Polen

Im Rahmen der Reform des Zivilprozesses wurden die folgenden Änderungen vorgenommen:

- neues, beschleunigtes Wirtschaftsverfahren für Unternehmer;
- nur noch eine Anhörung in weniger komplexen Fällen; dazu findet vor der Anhörung eine vorbereitende Anhörung statt, in der der Richter und die Parteien einen detaillierten Plan des Verfahrens erstellen; – Erweiterung der Möglichkeit, schriftliche Beweise zu erbringen;
- die Möglichkeit, eine bösgläubig handelnde Partei finanziell zu sanktionieren, um den Prozess zu verlängern;

- wiederholte Beschwerden in bereits entschiedenen Fällen werden in die Akten aufgenommen, ohne dass das Gericht wiederholt Entscheidungen trifft;
- die Möglichkeit der Aufzeichnung der Anhörungen durch die Parteien selbst, sofern das Gericht darüber informiert wird;
- in Fällen gegen Unternehmen wird der Kläger wählen können, ob die Klage vor einem Gericht in seiner Stadt oder in der Nähe oder am Sitz des Unternehmens verhandelt werden soll.[12]

4.2. Reform des Strafverfahrens in Polen

Im Rahmen der Reform des Strafverfahrens

- wurde die anachronistische Verpflichtung abgeschafft, dass die Richter das vollständige Urteil auch im leeren Gerichtssaal verlesen müssen;
- wurden spezielle Formulare für die Erstellung von Urteilsbegründungen eingeführt;
- die Richter wurden von der Pflicht befreit, in der Verhandlung alle Protokolle und Dokumente, die Beweismittel darstellen, mündlich zu nennen. Bisher hatten sie eine solche Verpflichtung, was als erhebliches Problem in komplizierten Fällen angesehen wurde, in denen Hunderte von Aktenbänden auf dem Tisch der Richter liegen, was eine enorme Verlängerung des Verfahrens, d.h. um Wochen oder sogar Monate, verursacht;
- die Pflicht zur Vertagung der Verhandlung wegen der begründeten Abwesenheit des Angeklagten wurde aufgehoben. Derzeit kann die Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten stattfinden, wenn sein Anwalt anwesend ist. Damit wird ein großes Problem gelöst, das langwierige Gerichtsverfahren verursacht: die Nutzung von Krankheitszeiten zur Vertagung eines Urteils. In der Praxis legt das Gericht den Termin für die Anhörung fest, zu der zahlreiche Zeugen oder Sachverständige, manchmal auch aus weit entfernten Orten und sogar aus dem Ausland, geladen werden. In der Verhandlung legt der Verteidiger oft unerwartet die Krankenschreibung des Angeklagten vor. Das macht die Durchführung der Verhandlung unmöglich und zwingt die Zeugen, wieder zu erscheinen. Das Gericht muss eine weitere zeitaufwändige Verhandlung ansetzen, und der Staatshaushalt stellt Geld für die Erstattung von Reisekosten, Unterkunft und Verdienstaufschlag von Zeugen oder Sachverständigen zur Verfügung. Heute ist dies eine gängige Methode der Justizbehinderung, die von Kriminellen und ihren unethischen Prozessvertretern genutzt wird;
- ein nach Ablauf der Frist eingereicherter Beweisantrag (z.B. ein Dokument, die Berufung eines Zeugen) wird grundsätzlich abgelehnt. Die einzige Ausnahme ist, wenn das Beweismittel die Strafbarkeit des Täters bestimmt, was eine Folge des Vorrangs des Wahrheitsprinzips im Prozess ist. Eine verspätete Einreichung des Beweisantrages hat bisher keine Konsequenzen gehabt;
- Verzicht auf die Verpflichtung zur Vernehmung aller Opfer einer Straftat. Die Notwendigkeit, in Fällen, in denen Hunderte oder gar Tausende von Menschen betroffen sind, alle Opfer zu befragen, stellt für Polizei und Staatsanwaltschaft eine große Belastung bei den Ermittlungen dar. Dazu gehören z. B. Online-Betrug, Schneeballsysteme, Geldverleih oder der Verkauf einer ganzen Reihe mangelhafter Waren. In solchen Fällen bringt das hundertste oder tausendste Opfer in der Regel keine neuen Tatsachen in das Verfahren ein, sondern wiederholt nur den bereits festgestellten Sachverhalt;

- wurde eine Möglichkeit eingeführt, auf die direkte Befragung von Zeugen zu verzichten, von denen bekannt ist, dass sie nichts Wesentliches zur Sache beitragen. Dann reicht es aus, die Aussage eines solchen Zeugen in der Verhandlung vor dem Staatsanwalt zu verlesen;
- Die Möglichkeit, während des Berufungsverfahrens neue Beweise vorzulegen, wurde eingeschränkt. Dies wird nur dann erlaubt sein, wenn der Berufungskläger die Beweisaufnahme vor dem erstinstanzlichen Gericht nicht hätte beantragen können (z.B. der Zeuge war im Ausland) oder die Tatsache, die er beweisen will, nicht Gegenstand des ursprünglichen Verfahrens gewesen sein kann;
- jeder darf ein Postfach für die wirksame Zustellung von Schriftsätzen angeben (z.B. Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei). Dies ist eine Erleichterung sowohl für die zugestellten Personen (z.B. Verfahrensbeteiligte, Opfer, Zeugen) als auch für die Justizorgane. Früher wurden solche Zustellungen persönlich beim Empfänger abgegeben, einem Haushaltsmitglied übergeben oder zur Abholung bei der Post hinterlegt;
- Behinderte konnten eine beliebige Person bevollmächtigen, die gerichtliche Korrespondenz auf dem Postamt entgegenzunehmen.[13]

Die vom Justizministerium durchgeführte Umfrage unter Richtern zeigt, dass die überwiegende Mehrheit die Änderungen im Strafverfahren positiv bewertet hat.[14]

4.3. Hauptkontroversen

Das Hauptthema der Kontroverse, das auch in den EU-Institutionen und im Ausland diskutiert wird, sind jedoch die Änderungen im Bereich des Justizsystems, die die Rolle der legislativen und exekutiven Organe in der täglichen Arbeit der Gerichte deutlich erhöhen. Unserer Meinung nach bewegen sich diese Änderungen innerhalb der Grenzen der Regelungsfreiheit, die dem Parlament durch die Verfassung der Republik Polen und die EU-Verträge eingeräumt wird.

Der Kern des Streits um die Justiz in Polen betrifft die Methode der Ernennung von Richtern. Die meisten Oppositionsparteien und ein bedeutender Teil der juristischen Gemeinschaft sind der Meinung, dass die nach 2018 ernannten Richter illegal gewählt wurden und dass ihre Urteile ungültig sind. Diese Position resultiert aus einer Änderung des Verfahrens zur Ernennung von Richtern im Jahr 2018. Alle diese Behauptungen müssen jedoch aus den folgenden Gründen als unbegründet angesehen werden.

Gemäß Artikel 179 der polnischen Verfassung werden die Richter vom Präsidenten der Republik Polen auf Antrag des Nationalen Rates für das Justizwesen (NCJ) ernannt, der Auswahlverfahren für Richterstellen durchführt.

Der Rat besteht aus 25 Mitgliedern, die verschiedene Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) repräsentieren: 15 Richter, der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts, der Erste Präsident des Obersten Gerichts, 4 Abgeordnete, 2 Senatoren, der Justizminister und eine vom Präsidenten ernannte Person.[15] Bis 2018 wurden 15 Mitglieder des Nationalen Rates der Judikative von den Justizkorporationen gewählt. Seit 2018 werden diese 15 Richter vom Sejm (erste Kammer des Parlaments) mit einer Mehrheit von 3/5 der Stimmen gewählt.[16] Somit werden derzeit 21 von 25 Mitgliedern des Nationalen Rates der Justiz vom Parlament gewählt. Die Rechtmäßigkeit einer solchen Lösung wurde vom Verfassungsgerichtshof im Urteil vom 25. März 2019, K 12/18, bestätigt, in dem

hervorgehoben wurde, dass Art. 187 Abs. 1 der polnischen Verfassung nicht festlegt, welches Gremium die 15 richterlichen Mitglieder des Nationalen Justizrates auszuwählen hat oder welches Verfahren anzuwenden ist.

Nach Meinung einiger Oppositions- und Rechtskreise bedeutet diese Methode der Auswahl des Nationalen Justizrates automatisch, dass alle Richter, die nach dem neuen Verfahren ernannt werden, von Politikern abhängig sind und somit nicht den Anforderungen der Unabhängigkeit entsprechen.

Unserer Meinung nach sagt die Methode der Auswahl des Nationalen Rates der Justiz nichts über die fehlende Unabhängigkeit der Richter aus. Die Auswahlverfahren für die Richterstellen sind nach wie vor offen, die Anforderungen an einen Richter sind in den Bestimmungen des Gesetzes streng definiert, zu denen das Erfordernis einer juristischen Ausbildung, der Abschluss einer dreijährigen juristischen Ausbildung an der Nationalen Schule für Justiz und Staatsanwaltschaft und das Bestehen einer Richterprüfung gehören. Darüber hinaus kann der Kooptationsmechanismus, der auf der Wahl von Richtern in den NCJ durch andere Richter beruht, nicht als Garantie für deren Unabhängigkeit angesehen werden. Es führt zu einer Situation, in der das Prinzip der Kontrolle und des Gleichgewichts illusorisch wird, da die Richterschaft völlig vom Rest getrennt ist.[17] Darüber hinaus ist anzumerken, dass der Nationale Justizrat seine Entsprechung in vielen Ländern der Europäischen Union hat – aber es gibt auch solche, in denen es keinen solchen Rat gibt (z.B. Deutschland, Österreich, die Tschechische Republik), und richterliche Ernennungen und Beförderungen werden hauptsächlich von Politikern entschieden (dies ist in Deutschland auf Bundesebene und in den meisten Bundesländern der Fall). Die polnischen Regelungen ähneln am meisten den spanischen Lösungen – auch dort haben die Richter im Justizrat den Vorzug (in Spanien beträgt diese Mehrheit 12 – 8; in Polen 17 – 8), die ebenfalls vom Parlament für eine gemeinsame Amtszeit gewählt werden, mit einer Mehrheit von $\frac{3}{5}$ der Stimmen.

Es gibt zahlreiche Beispiele für nach 2018 ernannte Richter, die gegen die Regierungspartei entschieden haben. So weigerte sich 2019 die Außerordentliche Kammer für Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten des Obersten Gerichtshofs – die sich ausschließlich aus Richtern zusammensetzt, die auf Antrag des neuen Nationalen Rates der Justiz ernannt wurden – die von der Opposition gewonnene Wahl zum Senat für ungültig zu erklären, obwohl sie von der Partei Recht und Gerechtigkeit angestrengt worden war. [18] Im Jahr 2020 weigerte sich die Richterin Renata Żukowska, die vom neuen Nationalen Justizrat zum Bezirksgericht befördert wurde, der vorübergehenden Verhaftung des Anwalts Roman Giertych (der viele Oppositionspolitiker vertritt) zuzustimmen, obwohl der Generalstaatsanwalt eine solche Maßnahme unterstützte.[19]

Von den etwa 10.000 Richtern in Polen wurden nur einige Hundert auf Antrag des neuen Nationalen Rates der Justiz ernannt. Selbst wenn man Vorbehalte gegen den aktuellen NCJ hat, ist es einfach unbegründet, die gesamte polnische Justiz allein auf dieser Grundlage als diskreditiert und jeglicher Unabhängigkeit beraubt zu betrachten.

Fazit

Das Institut Ordo Iuris bewertet die Veränderungen in der polnischen Justiz mäßig positiv, auch wenn nicht alle erwarteten Ergebnisse eingetreten sind. Es gibt keinen Grund, die Unabhängigkeit der Justiz durch die neue Art der Richterernennung in Frage zu stellen. Es gibt jedoch ernsthafte Gründe für die Annahme, dass die europäischen Institutionen einen selektiven Ansatz in Bezug auf die Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten vertreten.

Vorbereitet durch das International Law Center des Ordo Iuris Instituts

[1] Siehe: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine allgemeine Regelung der Konditionalität zum Schutz des Haushalts der Union, data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12616-2020-INIT/en/pdf (26.11.2020).

[2] Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates der Europäischen Union Nr. 10296/14 vom 27. Mai 2014, para. 17, data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10296-2014-INIT/en/pdf (26.11.2020).

[3] Urteil vom 19. November 2019, C-585/18, C-624/18 i C-625/18.

[4] Urteil vom 8. April 2020, C-791/19.

[5] Urteil vom 9. November 2019, C-192/18.

[6] Pressemitteilung vom 20. Dezember 2017: Rule of Law: European Commission acts to defend judicial independence in Poland, ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_17_5367 (Zugriff: 26.11.2020).

[7] Pressemitteilung vom 3. April 2019: Rule of Law: European Commission launches infringement procedure to protect judges in Poland from political control, ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_19_1957 (Zugriff: 26.11.2020).

[8] Spain refuses immunity for Catalan separatist MEP Junqueras, www.dw.com/en/spain-refuses-immunity-for-catalan-separatist-mep-junqueras/a-51943973 (Zugriff: 26.11.2020).

[9] Bericht von Amnesty International über die Menschenrechte in Frankreich, www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/france/report-france/ (Zugriff: 26.11.2020).

[10] Datenbank der Europäischen Kommission für die Wirksamkeit der Justiz.

[11] Bericht über die Prüfung des Verfahrens zur Auswahl von Kandidaten für freie Richterstellen durch den Nationalen Rat der Justiz: Skąd biorą się sędziowie?, Bd. 2 (2018), PDF verfügbar unter courtwatch.pl/projekty/publikacje/ (30.11.2020).

[12] Siehe: Government's Presscommunication: Szybkie i sprawniej działające sądy – reforma Kpc wchodzi w życie, 6. November 2019, www.gov.pl/web/sprawiedliwosc/szybkie-i-sprawniej-dzialajace-sady-reforma-kpc-wchodzi-w-zycie (Zugriff: 16.11.2020).

[13] Siehe: Presseinformation der Regierung: Reforma procesu karnego – prezydent podpisał ustawę przygotowaną przez Ministerstwo Sprawiedliwości, 19. August 2019, www.gov.pl/web/sprawiedliwosc/reforma-procesu-karnego-prezydent-podpisal-ustawe-przygotowana-przez-ministerstwo-sprawiedliwosci (Zugriff: 16.11.2020).

[14] P. Szymaniak, P. Słowik, Reforma karna: Sędziowie za, adwokaci niekoniecznie, „Dziennik Gazeta Prawna“, 19. November 2020, prawo.gazetaprawna.pl/artykuly/1496611,kodeks-postepowania-karnego-reforma-srodowisko-sedziowskie.html (Zugriff: 26.11.2020).

[15] Artikel 187 (1) der Verfassung.

[16] 267 Abgeordnete stimmten für die neue Zusammensetzung des Nationalen Rates der Justiz, niemand stimmte dagegen und zwei Abgeordnete enthielten sich. Mehrheit der Oppositionsklubs: PO, Nowoczesna und PSL-UED haben an der Abstimmung nicht teilgenommen. Die erforderliche Mehrheit von drei Fünfteln der Stimmen betrug 162 Stimmen. 234 PiS-Abgeordnete, 27 Kukiz'15-Abgeordnete, fünf WiS-Abgeordnete und ein fraktionsloser Abgeordneter Jan Klawiter stimmten dafür. Zwei Abgeordnete enthielten sich.

[17] Im Jahr 2004 wurde der Justizkorporatismus auch von Prof. Andrzej Rzepliński kritisiert, der betonte, dass der Nationale Justizrat nicht „eine Art Gewerkschaft der Richter“ sein kann, A. Rzepliński, Żeby się sędziom chciało chcieć, „Gazeta Wyborcza“, 6. Februar 2004, zitiert nach stowarzyszenieprzeciwbezprawiu.pl/images/stories/zebySedziom.pdf (Zugriff: 16.11.2020).

[18] Entscheidungen des Obersten Gerichts vom: 29. Oktober 2020, Ref. Nr. I NSW 103/19; 30. Oktober 2020, Ref. Nr. I NSW 117/19, I NSW 118/18; 6. November 2020, Ref. Nr. I NSW 102/19.

[19] P. Żytnicki, Sędzia Żurowska nokautuje prokuraturę w sprawie Giertycha. Wcześniej dostała laurkę od neo-KRS, „Gazeta Wyborcza“, 18. Oktober 2020, poznan.wyborcza.pl/poznan/7,36001,26408397,sedzia-postawila-sie-prokuraturze-w-sprawie-giertycha-kilka.html (Zugriff: 16.11.2020).

Quelle: [Ordo Juris](http://OrdoJuris)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Polen stellt sich offen gegen LGBTQ-Propaganda

16. 07. 2021



Andrzej Duda - Bildquelle: Radio St. Corona

Polens derzeitiger Präsident Andrzej Duda hat sich gegen LGBTQ-Propaganda ausgesprochen und ein Verbot derselben in Polen gefordert. Seiner Meinung nach ist die Regenbogenbewegung schlimmer als der Kommunismus. Werden mehr Länder den Mut haben, sich hinter Duda zu stellen und ihn in seinem Kampf zu unterstützen?

Am 28. Juni finden in Polen Präsidentschaftswahlen statt – und der Wahlkampf wird zunehmend von sehr unterschiedlichen Weltanschauungen geprägt. Der Kandidat der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), der amtierende Andrzej Duda, hat das LGBTQ-Thema und seine Auswirkungen in Polen auf seiner Social Media Seite hervorgehoben.

Der polnische Präsident machte deutlich, dass er nicht mit der LGBTQ-Sache sympathisiert. Er erklärte, dass

LGBTQ ist keine Gruppe von Menschen, sondern eine Ideologie, die dem Kommunismus und Bolschewismus sehr ähnlich ist;

LGBTQ-Befürworter versuchen, ihre Ideologie der Mainstream-Gesellschaft mit Gewalt aufzuzwingen. Sie wollen für andere entscheiden, was richtig ist.



Andrzej Duda auf Wahlkampftour · Bildquelle: [Flickr.com](https://www.flickr.com/photos/andrzejduda/)

Duda betonte, dass die größte Bedrohung und Herausforderung heute für die Familien besteht. Die Umerziehung von Kindern ohne elterliche Zustimmung hat begonnen, und LGBT-Erziehung gibt es bereits an mehreren polnischen Schulen. Der polnische Präsident sagte, es sei wichtig, der zukünftigen Generation keine liberalen Ideen und Prinzipien in sexuellen Fragen einzuflößen.

Duda hat sich in der Vergangenheit ähnlich geäußert und zum Beispiel bei einer Gelegenheit versprochen, den Unterricht von LGBT-Ideologie und die Werbung für Homosexualität in öffentlichen Einrichtungen zu verbieten.

In einer Erklärung auf seiner Social-Media-Seite betonte Andrzej Duda, dass diese Ideologien dem polnischen Volk fremd sind.

Die Mehrheit der Polen glaubt an die Einheit von Familie und Ehe.

Es ist kein Zufall, dass Duda die LGBT-Ideologie zum Thema seines Wahlkampfes gemacht hat, denn sein Gegenkandidat bei den Präsidentschaftswahlen Ende Juni wird Rafal Trzaskowski sein, der zuvor einen LGBT+-Pakt unterzeichnet hat, um LGBT-Bildung in polnischen Schulen zur Pflicht zu machen.

Quelle: [Radio St. Korona](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Warschau und Brüssel haben einen schwierigen Waffenstillstand erreicht

15. 07. 2021



European Commission President Ursula von der Leyen, right, and Poland's Prime Minister Mateusz Morawiecki walk off the podium after an official greeting prior to a bilateral meeting at EU headquarters in Brussels, Tuesday, July 13, 2021.

(Pascal Rossignol, Pool Photo via AP)

Polen wird die EU nicht sprengen und die EU kann der PiS-Macht in Polen nicht den Todesstoß versetzen – nur ein Kompromiss sei derzeit erreichbar, schreibt der Auslandskolumnist der Tageszeitung Rzeczpospolita Jędrzej Bielecki

Bis an die Zähne bewaffnet kamen Mateusz Morawiecki und Ursula von der Leyen am Montagabend zu ihrem Treffen in Brüssel.

Der Premierminister kam mit der Drohung, dass das Verfassungsgericht ein Urteil über die Überlegenheit staatlicher Gesetze über die europäischen fällen würde, was für den EU-Justizkommissar Didier Reynders die Zerstörung der EU-Konstruktion bedeuten würde.

Der Präsident der Europäischen Kommission tauchte mit der Option auf, den EU-Konjunkturfonds für Polen einzubehalten, der die Grundlage der polnischen Deal-Wirtschaftsstrategie ist und den Machterhalt von PiS (Recht und Gerechtigkeit) nach den nächsten Wahlen sichern soll.

Als sich das Treffen der Delegationen nach zweistündigen Gesprächen dem Ende zuneigte, verließen alle bis auf Morawiecki und Von der Leyen den Raum. Was sie sich gegenseitig sagten, bleibt ein Geheimnis.

Dennoch schrieb Von der Leyen kurz darauf auf Twitter von einem „guten Austausch“ und nannte die Themen Ökologie, Rettungsfonds und Rechtsstaatlichkeit. Dies wurde von der polnischen Botschaft bei der EU bestätigt – allerdings ohne den letzten Punkt. Keiner griff zu seinen letzten Waffen.

Als sich das Treffen der Delegationen nach zweistündigen Gesprächen dem Ende zuneigte, verließen alle bis auf Morawiecki und Von der Leyen den Raum. Was sie sich gegenseitig sagten, bleibt ein Geheimnis.

Der schwierige Modus Operandi zwischen Warschau und Brüssel beginnt auf diese Weise Gestalt anzunehmen. Nach Informationen der *Rzeczpospolita* haben sich beide Seiten über die Details der Verwendung des Konjunkturfonds geeinigt. Obwohl sich Polen nicht unter dem Dutzend Ländern befindet, die grünes Licht aus Brüssel erhalten haben, soll dies bald geschehen.

Im Gegenzug wird die polnische Seite versuchen, die Bedeutung des Urteils des Verfassungstribunals zu nuancieren. Wenn es erklärt, dass die polnische Verfassung Vorrang vor europäischem Recht hat, wird klar sein, dass dies keinen Einfluss auf die Änderung der derzeitigen EU-Regelungen in Polen haben wird. Das Urteil soll sich auf Bereiche beziehen, in denen Brüssel keine Kompetenzen hat.

Der französische Conseil d'État hat im April etwas Ähnliches getan, was die Speicherung von Daten betrifft. Er entschied, dass die EU zwar das Recht hat, sich um die Privatsphäre der Franzosen zu kümmern, weil sie mit einer solchen Aufgabe betraut wurde, aber Paris kann die Gewährleistung der Sicherheit in diesem Bereich nicht ignorieren, weil das seine Pflicht war und ist.

Deshalb will Warschau auf die Komplexität des Abkommens hinweisen, in dem sich staatliche und EU-Kompetenzen manchmal überschneiden werden. Warschau will jedoch keine offene Rebellion gegen Brüssel ankündigen.

Der Kompromiss soll für eine Annäherung in einem anderen wichtigen Bereich sorgen: der Ökologie. Von der Leyen hatte am Mittwoch ein unglaublich ehrgeiziges Paket zur

Begrenzung des Schadstoffausstoßes in Europa vorgestellt: „Fit for 55“. Die Verhandlungen zwischen Brüssel und Warschau über dieses Projekt zogen sich über die letzten 6 Monate hin. Polen ist das Land, das sich mit der EU wohl am schwersten tut, wenn es um die Umstellung auf eine emissionsarme Wirtschaft geht.

Das Ergebnis der Verhandlungen war ein Kompromiss, der laut polnischen Entscheidungsträgern die meisten polnischen Forderungen erfüllt. Das bedeutet, dass die Regierung in dem jetzt begonnenen längeren Prozess der Bestätigung der Vorschläge der Europäischen Kommission nicht die Rolle der Hauptbremse spielen wird.

Viel schwieriger wird es sein, den Konflikt um den amerikanisch geführten Sender TVN zu lösen. Von der Leyen ist daran interessiert, nicht nur aus Angst, den freien Fluss des Kapitals zu blockieren, sondern auch aus Angst, den Medienpluralismus in Polen zu erhalten. Hier hat sie in Washington einen sehr mächtigen Verbündeten. Es geht um die grundlegendste Konditionierung unseres Landes: den Verbleib in der westlichen, demokratischen Zivilisationssphäre und die Aufrechterhaltung der Allianz mit den USA. Die Entscheidung, Abrams-Panzer zu kaufen, signalisiert, dass zumindest Letzteres der polnischen Regierung wichtig ist.

Derweil ist der seit sechs Jahren andauernde Streit um die Rechtsstaatlichkeit zu weiterem Kampf verdammt. Am Mittwoch ordnete der EuGH die sofortige Aussetzung der Tätigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts an. Am Donnerstag wird er auch ein Urteil zu den angeblichen „LGBT-freien Zonen“ veröffentlichen.

Die westliche Öffentlichkeit ist inzwischen davon überzeugt, dass die Rechtsstaatlichkeit in Polen bedroht ist, und das Europäische Parlament setzt Von der Leyen unter Druck, härter mit Warschau umzugehen. Das schließt einen ernsthafteren Schritt aus Brüssel aus, und die sich vertiefende politische Polarisierung in Polen lässt keinen Kompromiss zu. Die Pattsituation wird weitergehen.

Das alles läuft nicht auf einen Frieden, sondern auf einen Waffenstillstand hinaus. Angela Merkel wird im September zurücktreten, und sie ist die letzte westliche Führungspersönlichkeit, die sich die Mühe macht, Mitteleuropa in der EU zu halten. Im April wird Emmanuel Macron um seine unsichere Wiederwahl kämpfen.

Wenn sich die neue Macht sowohl in Berlin als auch in Frankreich gefestigt hat, wird die nächste Runde im Kampf zwischen Polen und der EU beginnen.

Quelle: [Rzeczpospolita](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Warschau sagt, dass nationales Recht Vorrang haben soll

16. 07. 2021



Zbigniew Ziobro · Foto: Facebook

Nicht nur Ungarn, sondern auch Polen gerät zunehmend unter Beschuss der EU-Institutionen, weil es angeblich gegen EU-Werte und rechtsstaatliche Prinzipien verstößt. Doch die nationalkonservative Regierung in Warschau scheint nicht gewillt zu sein, sich dem Willen der EU zu beugen. Die jüngste Kontroverse wurde durch Maßnahmen zur Justizreform in Polen ausgelöst.

In seinem Urteil vom Mittwoch bestätigte das polnische Verfassungsgericht den Vorrang des nationalen Rechts vor dem EU-Recht. Das Urteil ist das Ergebnis eines Verfahrens, das von der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) angestrengt wurde. Die Partei hatte die Frage der Reform des polnischen Rechtssystems und ihre scharfe Kritik durch die EU an das Verfassungsgericht verwiesen, das entschied, dass

das nationale Recht Vorrang vor dem EU-Recht haben soll.

Nach der Bekanntgabe des Urteils des polnischen Verfassungsgerichts sagte der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro, dass die polnische Verfassung und die Rechtmäßigkeit Vorrang vor Versuchen haben, EU-Gremien politisch zu benutzen, um sich in die inneren Angelegenheiten von Mitgliedsstaaten, in diesem Fall Polen, einzumischen. Ziobro erklärte auch, dass die polnische Verfassung das wichtigste Rechtsdokument des Landes ist. Polens Entscheidung, dem nationalen Recht Vorrang zu geben, ist nicht ohne Präzedenzfall, zuletzt im letzten Jahr, als das deutsche Verfassungsgericht ein Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union aufhob.

„Die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts bestätigt die Besorgnis der EU über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in Polen“, sagte die Kommission in einer Erklärung am Donnerstag und erinnerte daran, dass EU-Recht Vorrang vor nationalem Recht hat. Der polnische Menschenrechtsbeauftragte Adam Bodnar kommentierte das Urteil mit den Worten, die Entscheidung sei ein weiterer Schritt in Richtung einer Abkehr Polens vom EU-Recht und einer faktischen Abkopplung von der europäischen Legalität. Der ehemalige polnische Premierminister Donald Tusk, der kürzlich zurückgekehrte Vorsitzende der Mitte-

Rechts-liberalen Oppositionspartei Bürgerplattform, sagte, „PiS würde die EU verlassen und es liege an den Polen, dies zu verhindern.“ Auch Manfred Weber, der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, der größten Parteienfamilie im Europaparlament, warnte, die Warschauer Regierung sei auf dem Weg zum „Polexit“.

Was steckt hinter der Debatte?

Die polnische Entscheidung fiel, nachdem die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet und nach der Feststellung, dass Warschau die Empfehlungen aus Brüssel nicht berücksichtigt hat, den Fall, an dem polnische Richter beteiligt sind, an den Gerichtshof der Europäischen Union verwiesen hat.

Im vergangenen Januar verabschiedete das Warschauer Parlament einen Gesetzesentwurf, nach dem

Richter zu bestrafen seien, die sich politisch betätigen oder die Ernennung ihrer Richterkollegen öffentlich kritisieren.

Die Bestrafung kann Geldstrafen, Gehaltskürzungen oder Entlassung umfassen. Der Schritt wurde durch die Begründung der Regierung notwendig, da die Arbeitskammer des Obersten Gerichtshofs die Existenz eines anderen Organs in derselben Institution, der neuen Disziplinarkammer, in Frage stellte. Nach Ansicht der Arbeitskammer sind die Mitglieder der Disziplinarkammer nicht unabhängig von der Regierung, da sie vom Staatsoberhaupt auf der Grundlage der Stellungnahme des polnischen Justizrates der PiS ernannt wurden. Der Rat selbst sei nicht eindeutig unabhängig von den Behörden, so die Richter.

Die Europäische Kommission stellte außerdem fest, dass die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Disziplinarkammer nicht gewährleistet war. Das Disziplinarsystem der EU erlaubt es, den Inhalt von Entscheidungen, die von Richtern an ordentlichen Gerichten getroffen werden, als Disziplinarvergehen zu qualifizieren. Dementsprechend könnte die Entscheidung zur politischen Kontrolle von gerichtlichen Entscheidungen oder zur Ausübung von Druck auf Richter genutzt werden, um so deren Entscheidungsfindung zu beeinflussen“, heißt es.

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hatte zuvor Kritiker beschuldigt, vom kommunistischen Staatsrat ernannte Richter zu akzeptieren und gleichzeitig den Status von Richtern in Frage zu stellen, die legal und in Übereinstimmung mit der polnischen Verfassung gewählt wurden.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Ordo Iuris: EuGH versagt beim Test der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung des Rechts auf einen Prozess

16. 07. 2021



Bildquelle: Ordo Iuris

- **Der Gerichtshof der Europäischen Union hat es abgelehnt, die Beschwerde des Instituts Ordo Iuris gegen die Resolution des Europäischen Parlaments „zum faktischen Verbot der Abtreibung in Polen“ zu prüfen.**
- **Nach Ansicht von Ordo Iuris verletzte die Resolution die Rechtsstaatlichkeit und die persönlichen Interessen des Instituts.**
- **Nach Ansicht der Anwälte des Instituts stellt die Entscheidung des Gerichts eine Verletzung des Rechts auf ein Gerichtsverfahren dar.**
- **Ordo Iuris kündigt an, dass es gegen die Entscheidung des Gerichts Berufung einlegen wird.**

Am 26. November 2020 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution „zum De-facto-Verbot von Abtreibungen in Polen“. Die Entschließung wirft ernste Bedenken auf, nicht nur rechtlicher Natur. Sie betreffen die fehlende Kompetenz der EU, sich mit der Bewertung des Gesetzes zum Schutz des Lebens in einem Mitgliedstaat zu befassen, die zahlreichen darin enthaltenen Aussagen ideologischer Natur und die darin dargelegten Meinungen, die von einem völligen Mangel an Verständnis nicht nur für die politische, sondern auch für die rechtliche Situation in Polen zeugen.

Darüber hinaus enthält die Entschließung einen Satz, der sich direkt auf das Institut Ordo Iuris bezieht. Es wurde als „fundamentalistische Organisation“ bezeichnet, die „eng mit der Regierungskoalition verbunden ist“ und „die treibende Kraft hinter Kampagnen sein soll, die darauf abzielen, die Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter in Polen zu untergraben“ und die Schaffung von „LGBTI-freien Zonen“ zu fordern.

Ordo Iuris-Beschwerde beim EuGH

Daraufhin focht das Institut die Entschließung vor dem EuGH an und wies darauf hin, dass das Europäische Parlament seine eigenen Kompetenzen und die der Europäischen Union, wie sie von den Mitgliedstaaten in den Gründungsverträgen übertragen wurden, überschritten und gegen die Bestimmungen dieser Verträge, insbesondere gegen das Rechtsstaatsprinzip, verstoßen habe. Es liege nicht in der Kompetenz der EU, über die „Verfügbarkeit“ des Schwangerschaftsabbruchs in den Mitgliedstaaten zu entscheiden, den Schwangerschaftsabbruch als Menschenrecht anzuerkennen und zu überprüfen, ob die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten dieses „Recht auf Schwangerschaftsabbruch“ in den Institutionen der Rechtsstaatlichkeit garantieren. Das Institut behauptete auch, dass die Resolution die Normen des internationalen Rechts unzuverlässig wiedergibt, indem sie davon ausgeht, dass das Recht auf Abtreibung oder sexuelle und reproduktive Rechte zu den Menschenrechten gehören und als solche von den dafür geschaffenen Rechtsinstitutionen geschützt werden.

Ordo Iuris betonte in seiner Beschwerde auch, dass die Resolution gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verstoße, das im Vertrag über die Europäische Union in Artikel 2 als einer der Grundwerte, auf denen die Union beruht, anerkannt wird. Dieser Verstoß bestehe in der Aufnahme unwahrer und schädigender Behauptungen gegen das Institut Ordo Iuris, die die persönlichen Interessen des Instituts als Stiftung und juristische Person verletzen, was in einem Rechtssystem der Union, das die Rechtsstaatlichkeit garantiert, nicht hinnehmbar sein sollte.

Ein Test für die Europäische Union

Das Institut war sich bewusst, dass die Zulässigkeit der Beschwerde gegen den Beschluss im Hinblick auf Artikel 263 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der die Rechtsgrundlage für die Beschwerde war, umstritten sein könnte. Die Frage, ob der EuGH die Beschwerde zulässt und sich inhaltlich mit den darin erhobenen Vorwürfen auseinandersetzt, sollte nach Ansicht von Ordo Iuris für die Europäische Union ein Prüfstein für die Rechtsstaatlichkeit und das Grundrecht auf ein faires Verfahren sein, das durch das EU-Recht in Artikel 47 der Charta der Grundrechte geschützt ist.

Der oben erwähnte Artikel 263 AEUV legt nicht eindeutig fest, welche Handlungen von EU-Organen oder -Einrichtungen vor dem Gerichtshof auf Nichtigkeitklärung angefochten werden können. Die Mitgliedstaaten haben in den aufeinanderfolgenden Verträgen zur Änderung der Gründungsverträge und der EuGH in seiner Rechtsprechung das Spektrum der Handlungen, die auf diese Weise angefochten werden können, und das Spektrum der Einrichtungen, die eine Beschwerde einreichen können, erweitert. Dies wurde gerade durch das Recht auf ein Gerichtsverfahren motiviert.

Die EU-Rechtslehre und die Schlussanträge der Generalanwälte des Gerichtshofs haben ein Spannungsverhältnis erkannt zwischen der Tatsache, dass zahlreiche Rechtsakte verschiedener EU-Institutionen unterschiedliche Rechtswirkungen entfalten und in die Rechtssphäre Einzelner (natürlicher und juristischer Personen) eingreifen, und der Tatsache, dass die Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf ein Gerichtsverfahren als Grundrecht erfordern, dass ein Einzelner, der sich von einem solchen Rechtsakt betroffen fühlt, über einen wirksamen Rechtsbehelf verfügen muss, um dessen Rechtmäßigkeit anzufechten. Aus diesem Grund werden nach wie vor Forderungen laut, und zwar nicht aus euroskeptischen Kreisen, die Möglichkeiten der Anfechtung von Handlungen der EU-Institutionen zu erweitern.

Eine solche Erweiterung könnte durch eine Änderung der EU-Verträge oder, wie bereits geschehen, durch eine Änderung der Rechtsprechung des EuGH erreicht werden. Daher war der Zweck der von Ordo Iuris eingereichten Beschwerde, abgesehen von der Anfechtung der Entschließung des Europäischen Parlaments (die aus vielen Gründen als fehlerhaft angesehen werden sollte) und der indirekten Verteidigung der Rechte des Instituts selbst, dessen Persönlichkeitsrechte in der Entschließung verletzt wurden, genau der, den EU-Bürgern einen breiteren Weg zur Anfechtung von Handlungen ihrer Organe zu eröffnen.

Die Prüfung der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung des Rechts auf ein Gerichtsverfahren hat die Europäische Union nicht bestanden. Der Gerichtshof hat sich mit der Beschwerde überhaupt nicht befasst. Er hat jedoch nicht – wie zu erwarten gewesen wäre, wenn der Gerichtshof sich nicht zu einer Änderung seiner bisherigen Vorgehensweise entschlossen hätte – entschieden, dass das Institut nicht zu einer Beschwerde nach Art. 263 AEUV berechtigt sei oder dass ein Rechtsakt wie der angefochtene Beschluss nicht der Kontrolle durch den EuGH unterliege, sondern hat eine rein prozessuale Lösung gewählt.

Die Frage der Unabhängigkeit des Vertreters

Das Gericht stellte fest, dass der Vertreter (Rechtsberater), der die Beschwerde im Namen des Instituts einreichte, „nicht den Status eines unabhängigen Dritten in Bezug auf den Beschwerdeführer [das Institut] hat“. Dies erlaubte es dem Gericht, „die Beschwerde als unzulässig abzuweisen, ohne zu prüfen, ob die angefochtene Handlung eine anfechtbare Handlung ist“.

Auf diese willkürliche Art und Weise hat das Gericht die ohnehin schon hohen Anforderungen in seiner Rechtsprechung an den Status von Vertretern, die im Namen von Beschwerdeführern Beschwerden einreichen, stark erweitert. Bislang hat er entschieden, dass ein solcher Vertreter (Anwalt oder Rechtsberater) nicht im Rahmen eines Arbeitsvertrags beim Beschwerdeführer angestellt sein darf und keine Positionen mit erheblicher administrativer und finanzieller Macht auf Managementebene innehaben darf. Aus diesem Grund hat das Institut den Fall und die Vertretung (zusätzlich zu dem Rechtsanwalt und dem Rechtsberater, die Mitglieder des Vorstands sind) einem Rechtsberater anvertraut, der innerhalb einer mit dem Institut kooperierenden Anwaltskanzlei unabhängig Rechtsdienstleistungen erbringt.

In Bezug auf die Ordo Iuris-Beschwerde stellte das Gericht fest, dass es Verbindungen zwischen eben diesem Vertreter (Rechtsberater), der die Beschwerde im Namen des Instituts eingereicht hatte, und dem Institut gab, die seine [des Vertreters] Fähigkeit, „die Interessen des Beschwerdeführers mit völliger Unabhängigkeit zu verteidigen“, „eindeutig beeinträchtigten“. In dieser Hinsicht betrachtete es das Fehlen einer Anstellung des Vertreters beim Institut, das Fehlen einer Funktion innerhalb seiner Struktur und die Unabhängigkeit, die sich aus der Zugehörigkeit zu einem Beruf des öffentlichen Vertrauens ergibt, als unzureichende Garantien. Stattdessen, so das Gericht, wurde die disqualifizierende Beziehung des Vertreters zum Ordo Iuris durch die Tatsache bestimmt, dass „eine faktische Verbindung in Form einer beruflichen Zusammenarbeit“ zwischen ihm und dem Institut besteht. Diese besteht darin, dass er als Rechtsanwalt den Begünstigten des Instituts im Rahmen des Prozessinterventionsprogramms Rechtsbeistand leistet und mit einer Anwaltskanzlei zusammenarbeitet, deren Partner der Präsident der Stiftung ist.

Folgen des Urteils

Diese Auslegung ist zum ersten Mal in der Rechtsprechung des Gerichtshofs erschienen. Sie führt zu mindestens drei wichtigen Konsequenzen. Erstens kann sich nun jeder Rechtsanwalt, der mit einem Mandanten zusammenarbeitet (auch wenn er gleichzeitig für mehrere Unternehmen tätig ist), als nicht ausreichend unabhängig erweisen, um für diesen Mandanten ein Verfahren vor dem Gericht zu führen, da eine „faktische Verbindung in Form einer beruflichen Zusammenarbeit“ besteht. Zweitens gibt es keine klaren und spezifischen Kriterien in den Bestimmungen oder in der Rechtsprechung des Gerichts, um zu beurteilen, ob diese faktische Verbindung die Fähigkeit des Vertreters beeinträchtigt, „in voller Unabhängigkeit die besten Interessen“ seines Mandanten zu verteidigen. Drittens ist die Entscheidung des Gerichts darüber, ob ein bestimmter Vertreter diese Fähigkeit besitzt, völlig ermessensabhängig und in der Praxis nicht nachprüfbar.

Dieses weitreichende Anliegen des Gerichts, sicherzustellen, dass das Institut Ordo Iuris in dem vor ihm anhängigen Verfahren von einem Vertreter vertreten wird, der in der Lage ist, „die besten Interessen des Instituts mit voller Unabhängigkeit zu verteidigen (...)“, hat das Gericht dazu veranlasst, die Beschwerde des Instituts als „eindeutig unzulässig“ zurückzuweisen und sich überhaupt nicht mit der Begründetheit der Rechtssache zu befassen.

Nach Ansicht des Instituts stellt dies eine schwerwiegende Verletzung des Rechts auf ein Gerichtsverfahren als Grundrecht und des Rechtsstaatsprinzips dar. Das Gericht hat neue Bedingungen für die „Unabhängigkeit“ der Vertreter geschaffen, die rein willkürlich und durch die Bestimmungen des Gesetzes und seine bisherige Rechtsprechung nicht gerechtfertigt sind. Auf diese Weise hat es dem Institut das Recht genommen, die eingereichte Beschwerde zu prüfen. Ordo Iuris beabsichtigt daher, gegen das erlassene Urteil Berufung einzulegen (es handelt sich vorerst um ein erstinstanzliches Urteil).

Ungeachtet dessen beabsichtigt Ordo Iuris, den EuGH in einem anderen zur Verfügung stehenden Verfahren anzurufen, nämlich gemäß Artikel 340 AEUV, der es der Europäischen Union ermöglicht, den durch ihre Organe verursachten Schaden geltend zu machen. In diesem Fall würde es um den Schutz von Persönlichkeitsrechten gehen, die durch den Erlass einer Entschließung des Europäischen Parlaments verletzt wurden, die unwahre und schädigende Aussagen über Ordo Iuris enthält. Dies wird ein weiterer Test für die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union sein – ob sie einen Schutz der Persönlichkeitsrechte auf einem Niveau zulässt, das mindestens dem entspricht, das z.B. im polnischen Zivilrecht in Kraft ist.

Quelle: [Ordo Iuris](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Polen: „HALT der sanitären Segregation“

16. 07. 2021



Bild: <https://www.facebook.com/MZGOVPL>

Am 7. Juli gab die PiS-Fraktion bekannt, dass sie dank der Rückkehr eines der drei Abgeordneten, die [Ende Juni ausgetreten](#) waren, wieder über eine Mehrheit im Sejm verfügt. Die von der Koalition der Vereinigten Rechten gebildete Regierung kann nun auf 231 Abgeordnete zählen, einen mehr als die Mehrheit. Doch gleichzeitig berichtete die

Tageszeitung *Rzeczpospolita* am 6. Juli, dass elf PiS-Abgeordnete einen Gesetzentwurf der nationalistischen und libertarischen Rechten gegen die Segregation der Polen nach sanitären Kriterien unterstützt haben.

„Niemand darf im politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Leben diskriminiert werden, weil er gegen Covid-19 geimpft ist oder nicht“, heißt es in der ersten Bestimmung des Gesetzentwurfs mit dem Titel „HALT der sanitären Segregation“.

Die zweite Bestimmung würde es verbieten, von Menschen zu verlangen, dass sie erklären, ob sie geimpft sind oder nicht, bevor sie Zugang zu Kultur-, Sport-, Bildungs- oder anderen Veranstaltungen haben, öffentliche Versorgungsgebäude betreten oder irgendwelche Leistungen erhalten können. Um einen solchen Entwurf einzubringen, sind mindestens 15 Abgeordnete erforderlich. Die *Konfederacja*, die das Gesetz gegen die sanitäre Segregation initiiert hat, hat jedoch nur 11 Mandatare im Sejm. Die anderen elf Abgeordneten, die es möglich machten, diesen Entwurf im Sejm einzubringen, kommen alle aus der PiS-Fraktion (in der die Abgeordneten der vier Parteien der Koalition der Vereinigten Rechten sitzen). Während die Namen dieser Abgeordneten von der *Konfederacja* vertraulich behandelt werden, behauptet die Zeitung *Rzeczpospolita*, dass sich unter ihnen die PiS-Abgeordnete Anna Maria Siarkowska befinde, die an der Spitze der Anti-Sanitarismus-Bewegung innerhalb ihrer Fraktion steht. Im Mai gründete Siarkowska eine parlamentarische Gruppe gegen Sanitarismus, der sieben Abgeordnete angehören.

Der Begriff „Sanitarismus“ (poln. *sanitaryzm*) wurde in Polen von Dr. Paweł Basiukiewicz popularisiert. Wie viele andere Ärzte, die der Massenimpfkampagne oder der Gesundheitspolitik angesichts der Pandemie kritisch gegenüberstehen, wird Dr. Basiukiewicz von der Ärztekammer angegriffen, die von Gesundheitsminister Adam Niedzielski zu dieser Reaktion ermutigt wurde.

Aber nicht nur Ärzte, die sich der offiziellen Politik der Regierung im Kampf gegen Covid widersetzen, werden angegriffen.

Bis heute ist die Sendung *Warto Rozmawiać* („Reden lohnt sich“) des konservativen Journalisten Jan Pospieszalski, die im April wegen ihrer Kritik an der Gesundheitspolitik gegenüber dem Covid [vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen suspendiert](#) wurde, noch nicht wieder auf den Bildschirmen zu sehen. Diese Fernsehzensur kommt zu der sehr effektiven Zensur des Internets durch die sozialen Netzwerke in den USA hinzu.

Gleichzeitig erhöht die Regierung von Mateusz Morawiecki den Druck auf die Polen, sich impfen zu lassen. Angesichts von Ländern, die versuchen, Touristen anzulocken, indem sie von Anreisenden keinen Impfnachweis oder negativen Test verlangen, hat Polen die Verpflichtung eingeführt, allen nicht geimpften Personen, die aus dem Ausland zurückkehren, einen negativen Test vorzulegen – auch Kindern. Wer aus Ländern außerhalb des Schengen-Raums zurückkehrt, muss sich ebenfalls einer obligatorischen Quarantäne unterziehen. Diese Maßnahme hat viele ungeimpfte polnische Touristen dazu veranlasst, auf ihren Urlaub außerhalb Polens zu verzichten.

#SZCZEPIMYSIE
I WYGRYWAMY
W LOTERII NARODOWEGO
PROGRAMU SZCZEPIEŃ

Zarejestruj się na
www.pacjent.gov.pl
na swoim IKP lub zadzwoń pod 989.

2 x 1 000 000 zł
2 x TOYOTA C-HR 6 x TOYOTA COROLLA

6 x 100 000 zł 60 x 50 000 zł
720 x HULAJNOGA ELEKTRYCZNA
SEGWAY

NAGRODY NATYCHMIASTOWE
500 zł
DLA CO 2900. 05081
200 zł
DLA CO 500. 05081

KANCELARIA PREZESA
RADY MINISTRÓW

ORGANIZATOR

Szczegóły i regulamin na www.gov.pl/szczepimysie/loteria. Okres promocyjny trwa od 1 lipca do 30 września 2021 r. Puła nagród natychmiastowych jest ograniczona i wynosi 52 000 sztuk. Organizator loterii: Totalizator Sportowy Sp. z o.o., ul. Targowa 25, 03-758 Warszawa.

OSTATNIA
PROSTAJ
#SZCZEPIMYSIE

Plakat der großen landesweiten Lotterie, die organisiert wurde, um die Polen zu ermutigen, sich impfen zu lassen. Nur geimpfte Personen können daran teilnehmen .

Bild: www.facebook.com/MZGOVPL

Während die Zahl der Menschen, die einen Termin zur Impfung vereinbaren, stark rückläufig ist, sagte der Sprecher des Gesundheitsministeriums Anfang des Monats, dass die Regierung darüber diskutiert, wie lange der Covid-19-Impfstoff kostenlos sein wird. Die Behörden machen keinen Hehl daraus, dass das Ziel dieser Mitteilung darin besteht, die Polen dazu zu bringen, sich schnell impfen zu lassen, bevor sie dafür zahlen müssen. Außerdem gilt die Begrenzung der Anzahl von Gästen bei Hochzeiten, Hotels, Restaurants, Theatern, Kinos, Konzerten, Schwimmbädern usw. nicht für Geimpfte, auch wenn dies in der Realität sehr kompliziert zu überprüfen ist. Da dies aber immer noch nicht ausreicht, kündigte Adam Niedzielski an, dass sein Ministerium eine Reihe von Maßnahmen vorbereitet, um Menschen, auch Minderjährige, zur Impfung zu bewegen.

Bildungsminister Przemysław Czarnek seinerseits deutete im Mai an, dass ungeimpften Kindern die Rückkehr in den Präsenzunterricht im September verwehrt werden könnte, wenn dies die Entscheidung des Gesundheitsministers sei.

Und das, obwohl die polnischen Kinder im Schuljahr 2020–21 bereits zu denjenigen in der EU gehören, die [am längsten zu Hause bleiben mussten](#).

Doch während sich die EU-Gremien seit den PiS-Reformen ständig über die angeblich fehlende Unabhängigkeit der Justiz in Polen sorgen, häufen sich gleichzeitig die Gerichtsurteile, die die sanitären Einschränkungen und die während der Lockdowns verhängten Geldstrafen wieder aufheben. Am 1. Juli entschied der Oberste Gerichtshof (Kassationsgerichtshof), dass das per Regierungsdekret eingeführte Versammlungsverbot ungültig sei und dass ein Ausnahmezustand oder ein Sondergesetz hätte erlassen werden müssen, um ein solches Verbot einzuführen.

So wurden zwei Bürgern, die im vergangenen Oktober an einer Demonstration vor dem Büro eines Abgeordneten teilgenommen hatten, die Bußgelder erlassen, die

gegen sie unter anderem mit der Begründung verhängt wurden, dass sie keine Maske getragen hatten. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs wird sicherlich einen Präzedenzfall schaffen.

Am Tag zuvor hatte ein Gericht in Kattowitz Sanktionen gegen Restaurantbesitzer aufgehoben, die während der Lockdowns Kunden empfangen hatten, als Restaurants und Bars offiziell keine Kunden in ihren Räumlichkeiten bedienen durften. Der Richter entschied, dass die Verfassung und das aktuelle polnische Recht es der Regierung nicht erlauben, einem Restaurantbesitzer den Betrieb zu verbieten. Was die Krafttraining- und Fitnessclubs betrifft, so haben sie gerade eine Sammelklage gegen die Regierung Morawiecki eingereicht, um Schadenersatz für die seit Beginn der Covid-Pandemie angeordneten Schließungen zu erhalten. Etwa 150 Unternehmen, die etwa 450 Fitnessclubs besitzen, haben sich der Sammelklage angeschlossen. Wenn sie gewinnen, wird die polnische Regierung etwas zu befürchten haben, da andere geschädigte Sektoren in den Startlöchern stehen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) David Engels: Brief aus Warschau – Ein schwieriger Spagat

08. 07. 2021



Die Gerüchteküche brodelt. Wird es nach dem Austritt Viktor Orbans aus der Europäischen Volkspartei zu einer Neugestaltung der konservativen Kräfte im Europaparlament kommen? Schon häufen sich die Nachrichten über intensive Gespräche zwischen Orbán, Jaroslaw Kaczyński und Matteo Salvini. Werden diese drei mitsamt ihren jeweiligen Parteien den Kern für eine neue EU-Fraktion bilden – und womöglich viele antieuropäische Populisten links (oder rechts) liegen lassen?

Für Prognosen ist es wohl noch zu früh, aber eines zeigt sich bereits deutlich: Der Riß zwischen den populistischen Nationalliberalen und den konservativen Abendlandpatrioten (eine Bezeichnung, mit der leider kaum noch die EVP gemeint ist) wird breiter. Es ist dabei vor allem den ostmitteleuropäischen Ländern zugute zu halten, daß sie den zeitweise schwierigen Spagat zwischen Verteidigung des Abendlandes und Kritik an der EU gemeistert haben. Sie haben erfolgreich demonstriert, daß Wertekonservatismus und Nationalismus nicht zwangsläufig Synonyme sind und daß man zu den eigenen christlichen Traditionen stehen, auf seine nationale Vergangenheit stolz sein und trotzdem eine enge Zusammenarbeit der europäischen Völker unterstützen kann.

Diese Botschaft wird zunehmend auch im übrigen Europa vernommen und eben auch von der spanischen Vox oder von Salvinis Lega geteilt, die sich allmählich von ihren europaskeptischen Partnern in der EP-Fraktion Identität und Demokratie (ID) entfremdet. Selbst Marine Le Pen begreift mittlerweile, daß ihre Forderung nach einem »Frexit« – egal wie sehr diese faktisch oder psychologisch nachvollziehbar gewesen sein mag – sie die Präsidentschaftswahl gekostet und keinerlei Zukunftschancen hat. Sollte es nicht möglich sein, die schwierige Frage nach der West- oder Ost-Anlehnung der europäischen Konservativen im Sinne einer Europe first-Doktrin zu lösen? Gerade für jene Europäer, die ein halbes Jahrhundert unter russischer Besatzung leben mußten, ist dies die zentrale Frage, die einem gesamteuropäischen konservativen Bündnis von Madrid bis Warschau noch im Wege steht.

Doch klafft in der Mitte dieser möglichen Allianz eine empfindliche Lücke. Mitten in die Verhandlungen zwischen Italien, Ungarn und Polen platzte die Nachricht von der Entscheidung der AfD, in ihr Wahlprogramm die Forderung nach einem »Dexit« aufzunehmen und die EU höchstens durch ein lockeres Wirtschaftsbandnis zu ersetzen. Zu dieser strategisch wie politischen Fehlentscheidung sei hier nur gesagt, daß sie in anderen Teilen Europas, allen voran im Osten, den ohnehin bestenfalls ambivalenten Eindruck, den die AfD mit ihren inneren Zwistigkeiten, ihrer oft zweifelhaften geschichtspolitischen Rhetorik und ihrer eher werteliberalen als wertekonservativen Ausrichtung macht, keineswegs verbessert hat. Gerade heute, da die Konferenz zur Zukunft Europas alle Kräfte bündeln sollte, ist das eine bedauerliche Entwicklung.

Quelle: www.cato-magazin.de / [Twitter](https://twitter.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Collegium Intermarium: eine neue Universität, die Akademiker aus Mitteleuropa verbindet

09. 07. 2021



Bildquelle: Collegium Intermarium

Collegium Intermarium ist die erste Universität, die in Polen nach der großen Reform des Hochschulwesens registriert wurde. Ihre Aufgabe ist es, eine Plattform der Zusammenarbeit zwischen Akademikern aus den Ländern der Intermarium-Region aufzubauen. Mehrsprachige Studiengänge werden im Oktober beginnen.

Das Flaggschiff-Fach an der Universität ist Jura. Darüber hinaus wurde ein englischsprachiger LL.M.-Studiengang zum Thema Menschenrechte ins Leben gerufen, der erste seiner Art in Mitteleuropa. Nach dem Vorbild angelsächsischer Universitäten plant die Universität ein breites Stipendienprogramm, das herausragende Studenten von allen Arten von Studiengebühren befreit.

Eröffnet wurde das Collegium Intermarium durch den Minister für Bildung, Wissenschaft und Hochschulwesen Przemysław Czarnek während der Einweihungskonferenz am 28. Mai. Unter den Diskussionsteilnehmern der Veranstaltung waren führende Politiker aus unserer Region sein, darunter der ehemalige tschechische Präsident und Premierminister Vaclav Klaus, der polnische Vizepremier Piotr Gliński und die ungarische Justizministerin Judit Varga. An der Konferenz nahmen auch bedeutende Intellektuelle aus aller Welt teil, wie Rod Dreher – der Autor von *The Benedict Option* und Berater von Johannes Paul II, Prinzessin Ingrid Detter de Frankopan, Lady Caroline Cox, die im britischen Oberhaus sitzt, der polnische Soziologe Andrzej Zybertowicz und die französische Philosophin Chantal Delsol. Auch Vertreter der Justiz kamen zu Wort, darunter Tamas Sulyok – der Präsident des ungarischen Verfassungstribunals und Francisco Javier Borrego Borrego aus Spanien – der langjährige Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Zu den Universitätsdozenten gehören auch András Láncki – der Rektor der Matthias Corvinus Universität in Budapest, der französische Rechtstheoretiker Gregor Puppinc und der kroatische Philosoph und Parlamentarier Stephen Bartulica. Der Unterricht wird auch von Richtern des polnischen Obersten Verwaltungsgerichts und der ordentlichen Gerichte sowie von erfahrenen Rechtspraktikern gehalten.

Das Collegium Intermarium wurde als Antwort auf die sich verschärfende Krise des akademischen Lebens gegründet. Es bezieht sich auf die klassische Vorstellung von der Universität als einem Raum der freien Debatte und der mutigen Suche nach der Wahrheit. Jeder Student lernt im Tutorsystem unter den Augen eines erfahrenen Mentors – eines Forschers aus Polen oder dem Ausland. Wir bringen die besten Praktiken der Studien- und Forschungsorganisation mit, die zum Beispiel in den Vereinigten Staaten seit vielen Jahren angewendet werden“, betont Tymoteusz Zych, der Rektor des Collegium Intermarium.

Die neue Universität wird sich auf die Erfahrungen von Expertenorganisationen und Think Tanks stützen, darunter das Institut Ordo Iuris, dessen Experten zum Lehr- und Forschungspersonal gehören. Neben der Ausbildung hat sie die Aufgabe, eine Plattform für internationale Debatten und mutige Forschung zu den wichtigsten sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Region zu schaffen.

Darüber hinaus führt die Universität bereits im ersten Jahr ihres Bestehens einen spezialisierten Aufbaustudiengang ein, der sich an erfahrene Juristen richtet und sich mit Themen wie neuen Techniken der Beweiserhebung, Vertragsverhandlungen und öffentlichen Aufträgen beschäftigt. Die Universität bietet auch einen Rhetorikstudiengang an, der sich an Teilnehmer des öffentlichen Lebens richtet.

Quelle: [Collegium Intremarium](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) CZ: Senat stimmt einer Änderung zu, die es Frauen erlaubt, das Suffix -ová Wegzulassen

05. 07. 2021



Bildquelle: Prague Morning

Der tschechische Senat hat einer Gesetzesänderung zugestimmt, die es Frauen erlaubt, das Suffix -ová, das das grammatikalische Geschlecht bezeichnet, aus ihrem Nachnamen zu entfernen.

Wenn das Gesetz von Präsident Miloš Zeman unterzeichnet wird, können Eltern auch entscheiden, die männliche Form (also ohne die Endung -ová) des Nachnamens ihrer Töchter zu behalten.

In der tschechischen Sprache wird die Endung „-ova“ an alle Nachnamen für Frauen angehängt, so dass die Tochter von Herrn Novak zu Frau Novakova wird.

Frauen konnten die Endung „-ova“ bisher nur unter bestimmten Umständen weglassen, z.B. wenn sie eine ausländische Staatsbürgerschaft haben oder mit einem Ausländer zusammenleben.

Quelle: [Prague Morning](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Tschechischer Präsident kritisiert Transgender-Propaganda und LGBT-Parade in Prag

02. 07. 2021



„Wenn ich jünger wäre, würde ich eine Gegendemonstration organisieren“

Der tschechische Präsident Miloš Zeman ist unter Beschuss der LGBT-Lobby und ihrer politisch-medialen Vertreter geraten, nachdem er Ungarn für seine Entscheidung gelobt hatte, Kinder vor homosexueller und Transgender-Ideologie zu schützen.

In einem kürzlichen Interview auf CNN Prima News drückte Präsident Zeman seine Unterstützung für den ungarischen Premierminister Viktor Orbán und die neue

Gesetzgebung aus, die die Verbreitung von pornografischem Material oder Inhalten, die Homosexualität oder Transgenderismus darstellen, an Minderjährige unter 18 Jahren verbietet.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes wurde Orbán wiederholt von verschiedenen europäischen Politikern für seinen Versuch kritisiert, Kinder vor LGBT-Propaganda zu schützen. Die EU hat damit gedroht, die neue Gesetzgebung zu „untersuchen“.

Jetzt ist der tschechische Präsident Zeman an der Reihe, ins Visier genommen und für seine Ansichten kritisiert zu werden, die dem Diktat der Neuen Weltordnung widersprechen. Während der tschechischen Wahlen 2018 hatte ihn die BBC bereits heftig als „politisch unkorrekten Präsidenten“ kritisiert, nachdem er vor den Auswirkungen der muslimischen Einwanderung gewarnt hatte.

„Viktor Orbán sagt, er sei nicht gegen Homosexuelle, aber er ist gegen die Manipulation nicht nur der Eltern, sondern auch der Kinder bei der Sexualerziehung“, sagte Zeman.

„Ich sehe keinen Grund, ihm zu widersprechen, denn ich bin völlig genervt von den Suffragetten, der Me Too-Bewegung und Prague Pride“, fuhr er fort.

„Wenn Sie sich einer Geschlechtsumwandlungsoperation unterziehen, begehen Sie im Wesentlichen ein Verbrechen der Selbstschädigung“, sagte Zeman. „Jede Operation ist ein Risiko, und diese Transgender-Leute sind für mich ekelhaft.“

Der tschechische Präsident fügte hinzu, dass der bevorstehende „Gay Pride“-Marsch in Prag eine kleine Minderheit von Menschen repräsentiert, die versuchen, sich über andere zu stellen. Er sagte, wenn er jünger wäre, würde er eine Gegendemonstration organisieren.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Die Verteufelung Ungarns und die Fakten

Von Dr. Andreas Unterberger

17. 07. 2021



“Für uns Ungarn zuerst. Wir wollen unsere eigene Zukunft schreiben, nämlich auf Ungarisch” · Bildquelle: Fidesz.hu

Wo gibt es mehr Demokratie und Rechtsstaat? In Budapest oder in Brüssel und Umgebung? “Was für eine Frage!” würden darauf sowohl der mediale Mainstream wie auch die Mehrheit der EU-Parlamentarier antworten. Ungarns **Ministerpräsident Viktor Orbán** wird von ihnen ja seit Jahr und Tag **als eine Art Diktator verteufelt. Die Fakten sprechen freilich für das Gegenteil, wie der Vergleich zeigt.**

Dennoch geht mancherorts der **Hass auf Ungarn** so weit, dass der niederländische Regierungschef dem kleinen mitteleuropäischen Land sogar öffentlich den Austritt aus der EU empfiehlt. Da kann man nur sagen: Ausgerechnet die **Niederlande!** Immerhin gilt das flache Land hinter den hohen Deichen als europäische Drehscheibe des **Drogenhandels** und einer besonders gefährlichen Abteilung der **organisierten Kriminalität.**

Sollte man da nicht vielleicht eher den Niederlanden den Austritt empfehlen?

Es sind jedenfalls die Niederlande, nicht Ungarn, wo erst vor wenigen Tagen ein Journalist auf offener Straße niedergeschossen wurde, nachdem seine Recherchen einer Verbrecherbande zu nahe gekommen sind. Wo ein rechtsgerichteter Politiker ermordet wurde. Wo ein islamkritischer Filmemacher umgebracht wurde. Jeweils mit ideologischen Motiven. **Politkriminelle Morde** (jeweils mit sozialistischer Verwicklung) sind auch aus **Malta** und der **Slowakei** bekannt geworden, aber nichts auch nur annähernd Vergleichbares aus Ungarn.

Auch **spanische Politiker machen eifrig beim Ungarn-Bashing mit**. Dabei hat es in **ihrem Land** noch vor wenigen Wochen **politische Häftlinge** gegeben, die auf Jahre wegen eines Verhaltens eingesperrt worden sind, das sonst nirgends ein Verbrechen ist: Sie haben als Regionalpolitiker ein von der Zentralregierung nicht erwünschtes Referendum veranstaltet. Sie haben also **nichts anderes als zu viel Demokratie versucht**.

Vielleicht sollten auch **die österreichischen Politiker darüber nachdenken, ob ihr eigenes Land im** Gegensatz zu Ungarn noch **ein Rechtsstaat ist**. Daran lässt etwa die massiv ideologische Aktivität eines Teils der Staatsanwaltschaft zunehmend zweifeln. Ebenso hat die **massiv gewachsene Migrantenkriminalität das Recht auf Sicherheit der Bürger dieses Landes**, ja sogar 13-jähriger Mädchen, ganz eindeutig geschmälert. Und es ist eindeutig **Versagen von Politik und Justizsystem**, dass unter allen EU-Ländern in Österreich der Anteil von Migranten ohne jede Begründung am vierhöchsten geworden ist (hinter drei Kleinstaaten).

Während die westeuropäischen Hetzer kontinuierlich auf Ungarn losgehen und ihm den demokratischen Status absprechen, gibt es dort zumindest Ansätze einer direkten Demokratie, die größer sind als bei uns:

Die Budapester Regierung fragt in "politischen Dialogen", die einem Referendum ähneln, regelmäßig die Bevölkerung um ihre Meinung.

Gewiss ist das noch sehr weit entfernt von einer echten direkten Demokratie, in der die Bürger selbst wie in der Schweiz durch Einbringen von ausreichend vielen Unterschriften eine Volksabstimmung über welches Gesetz auch immer erzwingen können. Aber **das ungarische Dialog-Modell geht jedenfalls deutlich weiter als sämtliche westeuropäischen Demokratie-Modelle**, wo eine politmedialbürokratische Führungselite keinen Millimeter der Macht aus der Hand geben, sondern ganz im Gegenteil immer noch mehr davon bekommen will.

Überhaupt nur noch den Kopf schütteln lässt die Empörung etlicher westeuropäischer Politiker und Medien über **ein neues ungarisches Gesetz, das die öffentliche Darstellung von Homosexualität verbietet. Sie behaupten, dieses sei eine "Schande" und eine Verletzung "europäischer Werte"**.

Es wird immer widerlicher, was da neuerdings ständig als angebliche "europäische Werte" aus der Schublade gezogen wird. **Waren doch homosexuelle Darstellungen zumindest in den Gründungsjahrzehnten der EU auch in den meisten anderen Ländern verboten**. Und gab es doch nie einen formellen Beschluss, dass solche Darstellungen jetzt sogar ein "europäischer Wert" geworden wären.

Über die schon vor der EWG/EG/EU-Gründung beschlossene und diesbezüglich nie geänderte Menschenrechtskonvention hinaus hat es im Übrigen überhaupt nie etwas gegeben, was man als Auflistung dieser ominösen "Werte" bezeichnen könnte. Vielmehr ist

das Wort "Werte" ein völlig undefiniertes Vokabel in der politischen Kampf-Propaganda geworden, das willkürlich verwendet wird, um politische Gegner zu diskreditieren und diffamieren.

Für viele Europäer hingegen – leider immer weniger für Politiker und Medien – ist das, was **Orbán seit Jahren tut**, ein Einsatz für genau das, was sie **selbst als europäische Werte verstehen: Zahllose** von ihm durchgebrachte **Gesetze fördern** (mit nachweislicher Auswirkung auf die ungarischen Geburtenzahlen) **Familien, also Paare mit mehreren Kindern**. Andere Gesetze Ungarns haben dem Land die **niedrigsten Steuersätze Europas** beschert.

Ungarn ist das einzige EU-Land, das verfolgten Christen in anderen Kontinenten gezielt hilft.

Allerdings war es ein unsauberer Untergriff Orbáns, die Paragraphen über das Verbot homosexueller Darstellungen legislativ in die Nähe anderer Paragraphen zu rücken, die Pädophilie bekämpfen. Gibt es doch auch unter Heterosexuellen viele, die sich direkt oder indirekt an Kindern vergreifen. Dennoch ist es eine Tatsache, dass **70 Prozent der Ungarn dieses Gesetz für richtig finden**. Daher wird sich die maßlos überzogene Reaktion der EU-Instanzen auf das neue Gesetz als großer Wahlhelfer für Orbán erweisen.

Dieser weiß: Ein **erfolgreicher Politiker braucht in der Demokratie auch immer einen Gegner**, an dem er sich reiben kann, der sich durch seine Aktionen für die Feindesrolle eignet. Schon lange war deshalb **George Soros als solcher Feind** aufgetreten, der viele Pro-Migrations- und Anti-Orbán-Vereine sponsert. Und **jetzt hat sich die EU-Kommissionspräsidentin** zu einem weiteren gemacht.

Geradezu köstlich ist der **weitere Vorwurf, dass die ungarische Regierung ein "Feind der Pressefreiheit"** sei. Denn Tatsache ist, dass es

in Ungarn jede Menge Orbán-kritischer Medien gibt, elektronische wie solche auf altmodischem Papier. Deren kritische Kommentare werden auch regelmäßig in westlichen Zeitungen zitiert

– von den gleichen Zeitungen, die tags darauf die Behauptung des linksradikalen Vereins "Reporter ohne Grenzen" übernehmen, dass in Ungarn die Pressefreiheit verschwinden würde.

Gewiss **bekommen die oppositionellen Zeitungen weniger Inserate von Wirtschaftsunternehmen, die Orbán unterstützen**. Aber es ist wirklich nur eine widerliche Heuchelei, wenn dieser Vorwurf auch von Österreich aus erhoben wird, ohne gleichzeitig dazuzusagen, dass es hierzulande noch viel schlimmer zugeht. Das zeigt sich insbesondere im Verhalten des **Wiener Rathauses, das weitaus die meisten Korruptionsinserate in den letzten Jahren finanziert hat** (freilich haben später dann auch Politiker aller anderen Parteien, wenn auch etwas gemäßigter, bei der Medienbestechung mitgemacht).

Was ich auch selbst bestätigen kann – man verzeihe einen kurzen persönlichen Einschub: **Im Wiener Rathaus** hatte man fast gleichlautend bei beiden Zeitungen, bei denen ich Chefredakteur gewesen bin, den jeweiligen Anzeigen-Akquisiteuren **gesagt: "Solang der Unterberger Chefredakteur ist, kriegt ihr gar nichts."** (Freilich waren beide

Zeitungen jeweils auflagenmäßig so gut unterwegs, dass das weggesteckt werden konnte. Erst als die Herren Horst Pirker und Werner Faymann in die jeweiligen Eigentümer-Funktionen gerieten, **wurde mir aus erkennbar ideologischen Motiven der Stuhl vor die Tür gestellt.** Nachweislich zum massiven wirtschaftlichen Schaden beider Blätter.)

Zurück nach Ungarn. Besonders skurril ist der Vorwurf an Viktor Orbán, ein Feind der Pressefreiheit zu sein, in den letzten Tagen geworden: **Orbán hat in sieben Punkten seine Vorschläge zu der schon wieder einmal ausgerufenen EU-Reform zusammengefasst,** die er als Inserat in mehreren europäischen Zeitungen kommunizieren wollte.

Jedoch nicht weniger als 20 europäische Zeitungen haben die Annahme des Orbán-Inserates einfach abgelehnt!

Das ist absolut ungeheuerlich. Nicht nur weil die Ablehnung eines bezahlten Inserats ein grotesker Widerspruch zu der Tatsache ist, dass fast alle diese Zeitungen wirtschaftlich notleidend sind und ständig noch mehr Steuergeld von ihrem Staat verlangen. Sondern auch weil es dem Wesen jeder korrekten Information widerspricht, wenn man **jemandem, den man fast jeden Tag attackiert, nicht einmal als zahlender Inserent die Möglichkeit lässt, wenigstens einmal ungehindert die eigene Sicht darzustellen.** Ohne dass an den Inhalten irgendetwas strafbar gewesen wäre.

In dem Inserat ging es gar nicht um die vom linksliberalen Mainstream so heftig verfochtene Homosexualität. Sondern eben **um die EU-Reform.** Es war selbstverständlich richtig, dass andere europäische Zeitungen, etwa **in Österreich die "Presse", das Inserat angenommen haben.** Freilich dürfte die Führung dieses einst bürgerlichen Blattes daraufhin von den redaktionsinternen Politikkommissaren wieder einmal so unter Druck gesetzt worden sein, dass sie

tags darauf eine dreiseitige antiungarische Hass- und Hetzstrecke an die Spitze der Zeitung gestellt hat.

Verlogen und krank ist es aber auch, dass man sich vom ORF bis hin zu zwei EU-Abgeordneten der ÖVP **nicht sachlich-inhaltlich mit Orbáns Vorschlägen befasst hat, sondern** damit, dass diese **Inserate "auf Kosten der ungarischen Steuerzahler"** gegangen seien.

Wie infam ist doch dieser Vorwurf! Geben doch sämtliche Regierungen Europas – und die EU selber noch viel mehr!! – ständig sehr viel Geld zur Selbstdarstellung in der einen oder anderen Form aus.

Doppelt infam ist so ein Vorwurf von österreichischen Abgeordneten. Hat doch gerade die Bundesregierung zuletzt viel Steuergeld für großflächige Inserate ausgegeben, deren Inhalt zweifellos nicht immer ein dringendes Informationsbedürfnis gedeckt hat, etwa wenn er lediglich aus dem Wort "Danke" bestanden hat.

Inhaltlich war **Ungarns Inserat ein Appell** zu weiteren gemeinsamen wirtschaftlichen Erfolgen und **zur Aufnahme Serbiens in die EU.** Gleichzeitig war es eine **klare Absage an die Migration, an die** Entwicklung der EU zu einem europäischen **Superstaat** und an die bisher gültige Zielvorstellung von "einer immer enger werdenden" Union. Orbán will **den Parlamenten der einzelnen Staaten mehr Rechte** einräumen und im Gegenzug das **EU-Parlament ein Stück entmachten.** Auch wenn das eine oder andere Detail gewiss diskussionswürdig ist, so kann es keinen Zweifel geben:

Sehr viele Europäer werden mit sehr großer Sympathie den Intentionen Orbáns gegenüberstehen.

Allerdings fällt auf, dass dieser im Inserat nur die Aufnahme Serbiens fordert und **nicht auch die der anderen "Westbalkanstaaten"** Albanien, Kosovo, Bosnien, Mazedonien und Montenegro (wie sie eigentlich Ungarn und Österreich bisher gleichlautend gefordert haben). Möglicherweise ist das ein versteckter Hinweis darauf, dass **diese** anderen (bis auf Montenegro) **einen großen Bevölkerungsanteil von Moslems haben**, die beim Beitritt zu EU-Bürgern werden würden. Sobald das allgemein bekannt wird, wird es zweifellos die – ohnedies nicht große – Begeisterung der derzeitigen EU-Bürger für eine EU-Erweiterung weiter reduzieren.

Die **aggressivste Kritik an Orbán** kommt ganz eindeutig **von den EU-Abgeordneten** (bis auf die blauen und einen Teil der schwarzen). Die **dortigen Grünen** etwa faseln von einer "antidemokratischen Stimmungsmache" und bemühen wieder einmal die ominösen "Grundwerte", die der Ungar verletzen würde. Damit

lernen wir einen weiteren europäischen Wert kennen: die Machtakkumulation des EU-Parlaments.

Dass ausgerechnet diese EU-Abgeordneten weitaus am lautesten aufjaulen, bestätigt den Vorwurf Orbáns, dass **dieses Parlament nur seine eigenen "institutionellen Interessen" vertritt**. Es versucht tatsächlich, immer mehr Macht an sich zu raffen, die damit den Mitgliedsstaaten, den Regionen und auch den Bürgern weggenommen wird. Was total im Gegensatz zu der in Sonntagsreden immer wieder beschworenen "Subsidiarität" steht. Nur: Welches Gremium hört schon gerne den Vorwurf der Machtbesessenheit und den Vorschlag, entmachtet zu werden?

Der einzige Vorwurf, den Orbán auf sich sitzen lassen muss, ist freilich jener, **er sei illiberal**. Verwendet er diesen Ausdruck doch immer wieder selbst als **Bezeichnung seiner Politik**. Das verwirrt total.

Denn Ungarn ist mit seiner geringen Regulierungsdichte, seinen niedrigen Einkommensteuersätzen und einer Unternehmenssteuer von 9 Prozent ein absolutes Traumland für jeden echten Liberalen Europas.

Die größten liberalen Denker des 20. Jahrhunderts von Hayek bis Friedman würden Ungarn täglich eine Kerze anzünden, könnten sie das noch miterleben.

Warum bezeichnet Orbán dann seine Politik um Himmels Willen als "illiberal", was ihr einen negativen Beigeschmack gibt? Ganz einfach, weil **er das Wort "liberal" im amerikanischen Wortsinn kennt und verwendet, wo es ja ein Synonym für "sozialistisch"** und das Gegenteil des europäischen Wortes "liberal" ist. Und weil niemand dem ungarischen Regierungschef beibringt, dieses Wort zu meiden, das so viel heillose Verwirrung im restlichen Europa stiftet ...



Dieser Beitrag erschien zuerst in [ANDREAS UNTERBERGERS TAGEBUCH](#)

Ungarnreal

... und danach bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Direkte Demokratie in Ungarn – von der EU verachtet

Von Elmar Forster

15. 07. 2021



"Empört über illegale Einwanderung?" - Bildquelle: BZ

Zum wiederholten Male wendet sich die ungarische Regierung mit einer Volksbefragung, einer sogenannten [Nationalen Konsultation](#), an seine Bürger (Befragungsschluss: 25. August 2021)

Dabei [geht es](#) u.a.:

- Erhöhung des Mindestlohns (auf 200.000.- HUF = 575.- EUR)
- Moratorium für Bankenkredite
- Einkommenssteuer-Rückerstattung für einkommensschwache Familien (bei einem BIP-Wachstum von 5,5% im Jahre 2021)
- Illegale Migration
- das Anti-Pädophilen-Gesetz sowie Georg Soros, der – laut Regierung – hinter den internationalen heftigen Angriffen gegen die ungarische Regierung und das Gesetz stehen soll.
- Interessant auch die Frage: Ob bei einem EU-Rechtstaatsverfahren (um „dem ungarischen Volk seinen Willen aufzuzwingen“) dieses die Herausforderung annehmen oder nachgeben solle.

Nationale Konsultationen – Ein Dorn im Auge der EU-Eliten

Das von der Orban-Regierung (nach seinem 2/3-Wahlsieg) im Jahre 2010 eingeführte direkt-demokratische Instrument war den linken EU-Eliten freilich seit jeher ein Dorn im Auge – und wird deshalb beflissentlich diskreditiert: „Bürgerbefragung als Propagandamittel“ ([Friedrich-Naumann-Stiftung](#)) oder „Manipulation und Scheinteilnahme“ ([Friedrich-Ebert-Stiftung](#) Budapest)

Quelle: [Fisch+Fleisch](#)

Weitere Plakate:



„Angst vor sexueller Propaganda für Kinder?“



„Macht Sie Brüssel wütend?“

23) „Die Ungarn wollen nicht wie Mitglieder zweiter Klasse in der EU behandelt werden“

Von Álvaro Peñas

13. 07. 2021



Mariann Öry, Magyar Hírlap · Foto: Twitter

Interview mit Mariann Öry, Leiterin der Auslandsredaktion und Hauptmitarbeiterin der konservativen ungarischen Tageszeitung Magyar Hírlap

Sie sind bei Magyar Hírlap für die Außenpolitik zuständig. Was halten Sie von dem Bild, das ausländische Medien, vor allem in Westeuropa, über Ungarn verbreiten?

Es ist stark verzerrt, aber wir hatten ein Jahrzehnt Zeit, uns daran zu gewöhnen. Um ein Beispiel zu nennen: Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) hat 2014 einen [Bericht](#) veröffentlicht, in dem – über die deutschen Medien – festgestellt wurde, dass „die Berichterstattung zahlreicher Medienquellen einfach unvollständig und einseitig, im schlimmsten Fall zutiefst fehlerhaft ist“. Dem Bericht zufolge könnte „die Qualität der Berichterstattung verbessert werden, wenn die berichteten Informationen durch Gespräche entweder mit politisch unabhängigen Experten oder mit Experten mit anderen politischen Ansichten genau überprüft und kritisch hinterfragt würden und wenn die Rechercheberatung über den kleinen Kreis berühmter deutschsprachiger Ungarn oder ungarischer Exilanten in Deutschland hinaus auf andere anerkannte Wissenschaftler und Experten ausgeweitet würde“. Die Diagnose ist die gleiche für westliche Medien im Allgemeinen heute, sieben

Jahre später. In vielen Artikeln der westlichen MSM finden wir immer wieder den gleichen kleinen Kreis von Experten und Politikern, die gleichen Attribute, die gleichen Klischees. Sowohl ungarische Politiker als auch ich selbst haben die Erfahrung gemacht, dass, wenn ausländische Journalisten aufrichtig interessiert schienen und unsere Argumentation verstanden, ihre letztendlichen Artikel die gleiche einseitige, parteiische Berichterstattung brachten wie immer.

Das Bild, das viele Medien von Ungarn verkaufen, ist das eines autoritären Landes, und es gibt sogar Filme im reinsten Propagandastil wie [„Hallo Diktator“](#).

Es ist mehr als lächerlich, dass die Existenz der ungarischen Oppositionspresse ständig geleugnet und die konservativen Medien beschimpft werden, während in bestimmten westlichen Ländern sogar die staatlichen Medien eine stark parteiische Berichterstattung über Ungarn mit subjektiven Meinungen veröffentlichen. Sie verwenden Wörter wie autoritär, rechtsextrem oder sogar faschistisch so oft, dass diese völlig an Bedeutung verlieren. Und natürlich machen sie sich nicht die Mühe, sie zu erklären.

Allerdings gibt es in Ungarn, wie auch in Polen, viele regierungsfeindliche Medien. Ist an diesen Behauptungen über die Verfolgung durch die Regierung etwas dran?

„Sie können nicht einen einzigen Mediensektor nennen, in dem das meistverbreitete, meistgesehene, meistgehörte, meistgelesene Medienorgan gegenüber der ungarischen Regierung Sympathien zum Ausdruck bringen oder sie unterstützen würde“, sagte der ungarische Außenminister Peter Szijarto gegenüber rumänischen [Medien](#). Wir haben eine ganze Reihe von liberalen, oppositionellen Medien in allen Bereichen und sie werden in keiner Weise verfolgt.

Was glauben Sie, wer hinter all diesen Kampagnen steckt? Teilen Sie die Ansicht von Viktor Orbán, dass George Soros hauptverantwortlich für diese Kampagne ist?

Wenn man sich die internationale NGO-Szene anschaut, ist das Geld von Soros überall. Wann immer es ein Thema gibt, das den Zielen des Netzwerks der offenen Gesellschaft zuwiderläuft – Einwanderung, Grenzkontrolle, Pädophilie, Transparenz von NGOs – sieht sich Ungarn einem koordinierten Angriff von NGOs, Think Tanks und Lobbygruppen gegenüber. Wann immer ein Land gegen ihre Agenda verstößt, gerät das Netzwerk in Bewegung. Heute Polen und Ungarn, morgen Slowenien und im Grunde jeder.

Viele Politiker in Westeuropa urteilen hart über Länder, die unter dem Kommunismus gelitten haben und bezeichnen diejenigen, die gegen den Totalitarismus gekämpft haben, wie Viktor Orbán oder Janez Janša, als Totalitäre. Woher kommt Ihrer Meinung nach dieser Anspruch auf moralische Überlegenheit?

Unsere Region ist seit 2004 Mitglied der EU, aber wir werden immer noch belehrt und herabgewürdigt. Deutsche, niederländische und andere westliche Politiker sprechen über unsere Nationen als wären wir blinde Passagiere oder die armen Verwandten. Sie werfen uns vor, die EU wie einen Geldautomaten zu behandeln und dabei die Regeln zu ignorieren. Die Sache ist die, dass EU-Gelder keine Almosen sind. Ungarn und die anderen Länder der Region haben ihre Märkte geöffnet, und es fließt mehr Geld aus diesen Ländern nach Westeuropa ab als hereinkommt. Wenn es um EU-Regeln geht, gibt es in verschiedenen Fällen Vertragsverletzungsverfahren gegen praktisch alle Mitgliedsstaaten. Keiner ist perfekt. Aber sie zwingen allen eine liberale Agenda auf, und das ist nicht der Club, dem wir

beigetreten sind! Politiker wie Mark Rutte, der will, dass Ungarn das Knie beugt, oder Katarina Barley, die davon sprach, uns auszuhungern, sollten sich um ihre eigenen Probleme kümmern. Sie haben davon genug.

Apropos Totalitarismus: Die Europäische Union driftet immer autoritärer auf den Pfad der politischen Korrektheit ab. Ungarn hatte unter dem sowjetischen Springerstiefel keine Souveränität und wird nun aufgefordert, sie an den globalistischen Springerstiefel abzutreten. Was denken die Ungarn über das, was die Europäische Union gerade tut? Fühlen sie sich betrogen oder desillusioniert?

Die große Mehrheit der Ungarn ist laut allen europäischen und ungarischen Umfragen pro-EU. Aber sie sind auch ziemlich kritisch gegenüber der Richtung, die die Institutionen eingeschlagen haben. Die Ungarn wollen nicht wie Mitglieder zweiter Klasse in der EU behandelt werden. Wir sind besonders wachsam, wenn unsere Souveränität in Gefahr ist. Aber das ist keine rein ungarische Angelegenheit. Das Versagen der EU bei der Bewältigung der Migration und der Corona-Krise hat den Euroskeptizismus in ganz Europa verstärkt. Aber noch einmal: Ein Austritt aus der EU steht in Ungarn nicht auf der Tagesordnung, das Ziel der Regierung ist es, das Europa der Nationen zu stärken und die Vereinigten Staaten von Europa zu verhindern.

Sie verfolgen die Politik der Europäischen Union und stehen ihr sehr kritisch gegenüber. Wollen die Brüsseler Eliten die Union in Richtung Vereinigte Staaten von Europa lenken?

Ganz genau. Es gibt eine Bürokratie, die zunehmend den Bezug zur Realität verliert, und die Institutionen reißen immer mehr Macht an sich. Bestimmte westliche Politiker unterstützen die Idee, die Souveränität noch mehr zu zerstören, indem sie Mehrheitsentscheidungen bei außenpolitischen Entscheidungen einführen. Das ist eine falsche Tendenz, die Europa nicht stärker machen wird, im Gegenteil.

Fidesz hat mit den Parteien der ECR- und ID-Gruppen ein Dokument unterzeichnet, das die Grundlage für eine neue Fraktion im Europäischen Parlament sein könnte. Halten Sie es für möglich, dass sich andere konservative EVP-Parteien aus Mittel- und Osteuropa dieser Initiative anschließen werden?

Das ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu sagen, aber ich bin mir sicher, dass es Parteien innerhalb der EVP gibt, die die Entwicklungen beobachten und vielleicht später eine Entscheidung treffen, sich einer neuen politischen Gemeinschaft anzuschließen. Die EVP ist zu einer weiteren linksliberalen Gruppe geworden, da gibt es nicht mehr viel Unterschied.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Französischer Historiker: Orbán versteht die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts

13. 07. 2021



Premierminister Viktor Orbán im Gespräch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron - MTI/Pressebüro des Premierministers/Benko Vivien Cher

Auch die osteuropäischen Länder haben keine Sehnsucht nach dem Westen, sie wollen das dortige System nicht kopieren, sondern ihren eigenen kulturellen Weg gehen, sagt der französische Historiker Max-Erwan Gastineau, der in den Sonntagsnachrichten von Kossuth Radio ein Interview über die grundlegenden Unterschiede zwischen Mitteleuropa und dem Westen gab.

- Herr Gastineau, Sie haben vor ein paar Tagen einen Artikel in einer der größten französischen Zeitungen, Le Figaro, veröffentlicht, in dem Sie über das ungarische Pädophilengesetz geschrieben haben. Es ist nicht das erste Mal, dass Sie die ungarische Regierung verteidigen. Warum haben Sie das Bedürfnis, dem Westen die Hintergründe dieser Entscheidungen zu erklären?

– Es ist nicht meine Aufgabe, die ungarische Regierung zu verteidigen, sondern zu versuchen, Europa zu erklären, dass es zwei Europas gibt, historisch und kulturell. Ich mag die Arroganz des Westens nicht, der denkt, dass die westliche Demokratie überall angewendet werden sollte und die beste Demokratie der Welt ist. Es ist, als ob sie uns glauben machen will, dass die Osteuropäer nicht so viel wert sind, wie sie sind. Zunächst einmal muss man die Geschichte dieser Länder kennen, Polen, Ungarn, um zu verstehen, warum sie dies oder jenes tun.

Deshalb schreibe ich relativ viel über Ungarn, weil ich glaube, dass das, was Ungarn tut, die Verteidigung eines Gesellschaftsmodells ist und dass es auf einer Kritik des Liberalismus beruht. Für mich ist das eine sehr interessante These und sie basiert sehr auf der Realität, auf der Wahrheit.

Wir, die Franzosen, sollten, statt zu kritisieren, einige dieser Theoreme übernehmen und integrieren, was Budapest im Falle der Union und des Westens kritisiert.

- Und warum interessieren Sie sich für diese Art von Illiberalismus?

– Das liegt daran, dass die Menschen heute dazu neigen, Europa mit liberalen Werten zu verwechseln. Natürlich ist der Liberalismus eine wichtige Philosophie, die Menschenrechte sind wichtig, alles, was auf dem Individuum basiert, aber die Gesellschaften, ob im Westen oder im Osten, basieren nicht nur auf diesen Rechten. Wir haben Traditionen, Geschichte, Moral. Europa ist nicht nur auf Rechten, auf dem Individuum aufgebaut, sondern auch auf Geschichte, auf Kultur und auf einer Einheit, in der wir das Christentum finden. Europa braucht beide Pole, Individuen und soziale Gemeinschaften. Ich glaube, dass all das zusammen leben kann, der auf Individuen basierende Westen und die konservative Gesellschaftsstruktur Mitteleuropas.

- Siebzehn der 27 Länder, die über das Pädophilengesetz debattierten, waren gegen Ungarn und sieben waren dafür. Zu letzteren gehören die Slowakei, Slowenien, Polen, die Tschechische Republik und Litauen. Ist das kein Zufall?

– Nein. Aber auch in Frankreich will man das nicht verstehen, obwohl es unzählige Debatten im Fernsehen gab. Hier denken sie, dass alle mit den Brüsseler Werten übereinstimmen, sie merken nicht, dass es Unterschiede gibt. Nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen verschiedenen Ländern. Wenn wir uns anschauen, welche Länder gegen Ungarn und welche für Ungarn waren, sehen wir, dass es einen deutlichen Unterschied gibt. Der Westen muss erkennen, dass die liberale Moral, die in den 1960er und 1970er Jahren entstanden ist, im Osten nicht so stark vertreten ist, gerade wegen ihrer Traditionen und ihrer besonderen Geschichte. Letzteres wird hier im Westen tendenziell vernachlässigt. Deshalb müssen wir einander kennen, die Geschichte der Ungarn. Ich bin sicher, dass viele von Ihnen mit liberalen Prinzipien gegen den Kommunismus gekämpft haben, aber im Grunde ist die Gesellschaft eher konservativ. Das schreiben mitteleuropäische Schriftsteller wie der in Frankreich sehr bekannte Tscheche Kundera. Während man im Westen 1968 für die Veränderung der Moral und die Demontage der Gesellschaft kämpfte, baute man im Osten im Gegenteil auf Gemeinschaften und bewahrte das Christentum, das vom Kommunismus bedroht war. Mit anderen Worten: Es gab zwei Europas in '68, genauso wie es jetzt zwei Europas gibt. Und natürlich gibt es Opposition und Rivalität zwischen ihnen. Mittelosteuropa will Europa retten, fühlt sich bedroht und braucht Hilfe, um zu überleben.

- Macht der Westen nicht denselben Fehler in Asien oder Afrika? Oder in arabischen Ländern wie dem Irak, wo die Situation schlimmer ist als noch vor zwanzig Jahren?

– Ja, und darüber habe ich in meinem Buch geschrieben. Im Jahr 1989 glaubten Amerika und die westliche Welt, dass alle Völker der Welt auf dem gleichen Fundament aufgebaut seien. Sie wollten das gleiche Modell auf dem Balkan, in Mitteleuropa, in Südafrika oder in Lateinamerika sehen. Dies war bis zum sogenannten Arabischen Frühling der Fall. Wir glaubten an die gleiche Prophezeiung, an die gleiche Uniformierung. Diese Ära ist vorbei. Ich denke, dass die osteuropäischen Länder keine Sehnsucht mehr nach dem Westen haben, sie wollen das dortige System nicht kopieren, sie gehen lieber ihren eigenen kulturellen Weg.

Das Gleiche sehen wir in anderen Teilen der Welt, zum Beispiel in Asien. China oder Singapur folgen einem anderen Modell. Sie glauben, vor allem aufgrund der Lehren von Konfuzius, dass die Welt aus verschiedenen Kulturen besteht und dass wir erfolgreich sein können, ohne das westliche Modell zu adaptieren, das sie in den 1990er Jahren aufzwingen wollten.

- Und was glauben Sie, wer wird wen eher verstehen? Von West nach Ost oder andersherum?

– Nicht alles ist schwarz und weiß, denn es gibt Unterschiede zwischen den mitteleuropäischen Staaten, es gibt Debatten, es gibt Sozialdemokraten, Konservative oder

Liberaler, genau wie im Westen. Auch in Frankreich gibt es einen sehr starken Glauben an die Notwendigkeit, französische und europäische Traditionen zu verteidigen. Viele Franzosen sind gegen Multikulturalismus oder gegen Regenbogenfamilien. Viele wollen keine Migranten, die nicht integrationsfähig sind. Und es gibt eine wachsende Praxis, dass das Volk den Politikern seinen Willen aufzwingt. Dies ist zum Beispiel in Großbritannien geschehen. Sie erwarten familiäre Stärke und Respekt vor der europäischen Tradition im Angesicht der Globalisierung.

- Gibt es eine Chance, dass Emmanuel Macron eines Tages verstehen wird, was Orbán will?

– Nein, das glaube ich nicht. Wenn Sie seine Reden, seine Debatten lesen, werden Sie sehen, dass Macron ein Mann der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts ist. Er glaubt immer noch, dass es einen weltweiten Konsens darüber gibt, was Demokratie ist oder was Menschenrechte sind. Er hat nicht verstanden, dass dies ein Stück Idealismus des Westens ist. In den neunziger Jahren begann etwas anderes zu passieren. Ich habe viele Reden von Orbán gelesen, aus denen hervorging, dass es in der Welt viel Bewegung gab. Huntington sagte dasselbe, als er über den Zusammenprall der Zivilisationen sprach. Vielleicht hat Macron das alles verstanden, dennoch klammert er sich an die Wurzeln einer alten Welt. Und von diesen Wurzeln her ist die französische Tradition, der französische oder europäische Geist geerbt. Er setzt auf abstrakte Werte und versucht ein Mitteleuropa zu überwinden, das auf konservativen Traditionen beruht. Deshalb hat er auch die Wahlen vor ein paar Tagen verloren. Diese Ergebnisse haben zwar auch gezeigt, dass sich ein großer Teil der Franzosen von der Politik abgewandt hat. Dies geschieht in Form von physischer Empörung, indem sie nicht wählen gehen. „Warum sollte ich gehen?“ – fragen sie. Seit dreißig Jahren sind die Probleme die gleichen: Arbeitslosigkeit, Migration, die zu Internalisierung, Islamisierung und dann Terrorismus führt. Da sind die verlassenene ehemaligen Industrieregionen, das Problem der Bildung. Darauf hat die Politik schon lange keine Antwort mehr. Und wenn sie das nicht tun, warum sie wählen? Die Franzosen sind immer noch an der Politik interessiert, aber sie sehen die Inkompetenz der Politiker, ihre Unfähigkeit, die Probleme der französischen Nation zu lösen.

- Ein junger Historikerkollege von Ihnen, Thibaud Gibelin, hat ein Buch mit dem Titel „Orbán spielt und gewinnt“ geschrieben. Sind Sie damit einverstanden?

– Ich denke, Orbán ist ein talentierter Fidesz-Politiker, der versteht, was das Volk will. Wenn ich an politischen Debatten in den französischen Medien teilnehme und er erwähnt wird, sage ich, dass er nicht nur ein Politiker ist, nicht nur ein guter Stratege, sondern auch ein guter Theoretiker. Er setzt das, was er sagt, in die Praxis um, und das ist für mich als Historiker sehr interessant, ob wir mit ihm übereinstimmen oder nicht. Und er ist sicherlich einer jener seltenen Politiker, die eine Vision haben und diese Vision auch in die Tat umsetzen. Ja, Viktor Orbán spielt, und er gewinnt, weil er eine Vision von der Welt hat, die mit der Vision des ungarischen Volkes und, im weiteren Sinne, mit der Vision der Völker Europas übereinstimmt. Und das ist eine Rückbesinnung auf die Nationen, die Verteidigung bedrohter nationaler Kulturen und Traditionen und das Bild eines starken Staates, der sich an den Interessen der Nation orientiert.

Quelle: hirado.hu

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Wirtschaftsexperte: EU-Unterstützung ist nicht kostenlos

Von Gergely Kiss

11. 07. 2021



Prof. Csaba Lentner - Foto: István Mirkó / Magyar Nemzet

Prof. Csaba Lentner: Westliche Unternehmen haben Extra-Profite gemacht und sie haben das meiste Geld abgezogen

- EU-Gelder sind keine Subvention, sondern eine Rückzahlung. Drei Viertel der erhaltenen Gelder wurden vor 2010 an Ungarn bezahlt, da westeuropäische Unternehmen öffentliche Ausschreibungen im Austausch für die Gelder gewonnen haben. Heute können Unternehmen in ungarischem Besitz den Ball in die andere Richtung kicken und das gefällt offensichtlich vielen Menschen nicht, erklärte Wirtschaftsprofessor Csaba Lentner gegenüber der ungarischen Tageszeitung [Magyar Nemzet](#).

EU-Vertreter und Politiker auf der innenpolitischen linksliberalen Seite des politischen Spektrums drohen Ungarn gerne, dass sie dem Land die EU-Subventionen entziehen werden, wenn die Orbán-Regierung nicht so handelt, wie es vom Ausland erwartet wird.

- Die Europäische Union zahlt uns keine Subventionen, sondern Rückzahlungen, sagt dazu Professor Csaba Lentner. Der Wirtschaftsprofessor erklärt, dass Ungarn vor drei Jahrzehnten im Zuge des Regimewechsels den Schutz seiner Binnenmärkte aufgegeben hat. Das Land gab es auf, den heimischen Produzenten zu helfen, so dass westeuropäische Produkte den ungarischen Markt überschwemmen konnten, ohne Zölle zu zahlen. Doch ohne den Schutz durch Schutzzölle waren die heimischen Produzenten nicht mehr konkurrenzfähig. Zudem unterstützten weder die Regierung noch die ehemalige Zentralbank die inländischen Produzenten in angemessener Weise. Unternehmen aus Westeuropa erstickten im Wesentlichen die heimischen Produzenten. Sie haben den ungarischen Binnenmarkt erobert, aber auch die östlichen Märkte, in die einst die einheimischen Firmen lieferten.

- Westliche Firmen haben in Ungarn Extraprofite gemacht, und sie nehmen das Geld heraus“, erklärte der Experte. Er erinnerte daran, dass zur Zeit des Regimewechsels jeder sehen konnte, dass das planwirtschaftliche System zusammengebrochen war, die Ostmärkte degradiert wurden und der Vorstoß in Richtung Westorientierung begonnen hatte.

Und das Versprechen, dass Ungarn ein Mitglied der Europäischen Union werden würde, war seinerzeit nur ein schwaches. Zur Mitgliedschaft kam es zwar anderthalb Jahrzehnte später, aber bis dahin hatte Ungarn das Recht, seine eigene Wirtschaftspolitik zu formulieren, de facto aufgegeben.

- Von Anfang an wurde von Ungarn erwartet, dass es die fiskalischen Regeln der EU anwendet und in begrenztem Umfang auch die Politik der Zentralbank übernimmt. Der Finanzrahmen, mit dem der ungarische Staat einheimische Unternehmen, etwa in der Landwirtschaft, ansonsten unterstützt hätte, musste abgebaut werden, betonte der Wirtschaftswissenschaftler. Darüber hinaus verpflichteten sich Ungarn, Steuereinnahmen aus dem Haushalt für die Ausbildung von Arbeitskräften und die Gesundheitsversorgung ausländischer Unternehmen zu verwenden, d.h. wir gaben das Potenzial des Landes an Ausländer weiter, die sich im Land niederließen und Steuererleichterungen, Umsiedlungs- und Investitionszuschüsse erhielten. Wir haben billige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt und den freien Export von Gewinnen erlaubt. Unternehmen aus entwickelten EU-Ländern sind unter optimalen Bedingungen angereist und haben die Chancen genutzt“, so Csaba Lentner.

Prof. Lentner weist auch darauf hin, dass alle Mitgliedsstaaten zum EU-Haushalt beitragen. Die entwickelten Länder geben mehr, als sie an Subventionen zurückbekommen. Aber es wurde eine Vereinbarung getroffen, und Ungarn hält sich daran.

- Diese Länder haben alles erhalten, und deshalb möchte ich betonen, dass Ungarn keine Subventionen erhält, sondern dass die EU-Gelder in Wirklichkeit eine Rückzahlung sind. Drei Viertel der erhaltenen Gelder wurden bereits vor 2010 zurückgegeben, da westeuropäische Unternehmen im Gegenzug für EU-Subventionen öffentliche Aufträge erhielten. Heute können Unternehmen in ungarischem Besitz den Ball in die andere Richtung kicken und das gefällt offensichtlich vielen Menschen nicht“, so der Experte.

Csaba Lentner erklärt auch, dass die Europäische Union im Grunde keine Wirtschaftsunion sei. Sie wurde ursprünglich eingerichtet, um die jahrhundertelangen deutsch-französischen Konflikte, die oft in Kriegen und Weltkriegen endeten, in Schach zu halten. Ihre Gründung sollte die Differenzen zwischen den beiden Ländern beruhigen, und sei es nur durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen. Die wirtschaftlichen Aspekte der Union sind somit zweitrangig, doch es liege nicht im Interesse der entwickelten Länder, dass beispielsweise Ungarn oder Bulgarien so stark wie Deutschland sind.

Das heißt nicht, dass Ungarn keinen Platz in der Europäischen Union hat, aber es muss gesagt werden: Gemeinschaftshilfe ist kein Geschenk. Ungarn hat viel in das „Gemeinsame“ gesteckt, ebenso wie die anderen neuen Mitgliedstaaten.

Daher können die Ressourcen des aktuellen EU-Finanzkreislaufs nicht als kostenlos und als Geschenk für Ungarn angesehen werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Ungarn: Soros finanziert aggressive LGBTQ-Kinder-Propaganda

10. 07. 2021



LGBTQ-Organisationen führen in Ungarn eine immer intensivere Kampagne durch und verbreiten offen und gewaltsam homosexuelle Propaganda an Kinder. Diese auf dem ungarischen Portal [Origo.hu](https://www.origo.hu) erschienene Zusammenstellung enthüllt, dass das Netzwerk des amerikanischen Spekulanten George Soros diese pseudo-zivilen NGOs finanziert, die versuchen, Kinder auf eine ziemlich hinterhältige Art und Weise zu beeinflussen, und zwar von einem sehr jungen Alter an, vom Kindergarten an.

In den letzten Jahren ist die LGBTQ-Lobby, die häufig von der Soros-Familie finanziert wird, in die Offensive gegangen. Ihre üblichen provokativen Paraden finden in Budapest, aber neuerdings auch in anderen Städten statt. Sie zielen auf Kinder ab, erscheinen an immer mehr Stellen auf den Straßen mit ihren Regenbogensymbolen und verhöhnen oft die heiligsten Stätten. Homosexuelle „Sensibilisierungs“-Propaganda für Kinder taucht auch in diversen Werbeanzeigen sowie in Internetinhalten und Filmreihen auf.

DAS SOROS-IMPERIUM UNTERSTÜTZT EINE REIHE VON ORGANISATIONEN IN UNGARN, DIE OFFENE, AGGRESSIVE LMBTQ-PROPAGANDA BETREIBEN.

Dazu gehören die Labrisz Lesbian Association, die Background Society, Budapest Pride, die Transvanilla Transgender Association, die Hungarian LGBTQ Association und die Patent Association. Laut den Finanzberichten pumpt das Soros-Netzwerk jedes Jahr zig Millionen in die aufgelisteten pseudo-zivilen Organisationen. Labrisz erhielt 2019 11 Millionen Forint, die Background Society (Háttér) 25 Millionen Forint und Budapest Pride 6 Millionen Forint von der Open Society Foundation und anderen Soros-NGOs.



Die oben genannten Fakten beweisen, dass das Netzwerk des milliardenschweren Spekulanten von oben die gewalttätige LGBTQ-Propaganda finanziert und kontrolliert, die auf Kinder abzielt. Ihr offensichtliches Ziel ist es, die „offene Gesellschaft“ zu erreichen, worüber George Soros selbst ein Buch geschrieben und sich bei zahlreichen Gelegenheiten geäußert hat. Sie wollen eine neue Art von Mensch schaffen, einen Massenmenschen, der von seiner traditionellen Identität und seinen Bindungen befreit ist. Sie wollen dies durch die Demontage christlich-konservativer Werte, durch die Demontage von Religion, Familie, nationaler Identität und nun auch Geschlechtsidentität sowie durch Massenmigration erreichen.

DAS ZIEL IST ES, EINE MISCHKULTUR ZU SCHAFFEN, INDEM MAN MIGRANTEN NACH EUROPA IMPORTIERT.

Die Linke in Ungarn unterstützt Soros bei diesem sogenannten Menschenversuch und arbeitet sogar aktiv mit ihm zusammen. Nacheinander haben sie die Regenbogenflagge, das Symbol der Homosexualität, auf öffentlichen Gebäuden gezeigt, sie haben mit LGBTQ-Organisationen gegen das Kinderschutzgesetz demonstriert und sie haben sich mit der ihnen zuneigenden linksliberalen Presse zusammengetan, um ein falsches Narrativ zu verbreiten, das die Gesetzgebung auf der internationalen Bühne, auch in den EU-Institutionen angreift. Und wie Origo.hu wiederholt berichtet hat, ist dies auch eine persönliche Angelegenheit von Alexander Soros, dem Sohn und designierten Nachfolger von George Soros.

„Das Märchenland ist für alle da“

Die größte Gefahr besteht natürlich für Kinder, die anfällig sind für die scheinbar harmlose Sensationslust von Märchenbüchern wie dem skandalumwitterten „Das Märchenland ist für alle da“ vom letzten Jahr. Wie wir wissen, wurde das Buch im September 2020 von der bereits erwähnten Labrisz Lesbenvereinigung veröffentlicht.



Das Buch hat eine große Kontroverse ausgelöst. Péter Takács, ein klinischer Psychologe, sagte zum Beispiel, dass die Transgender-Bewegung eine gewisse Grenze überschritten habe, da sie als Aggression gegen Kinder angesehen werden könne. Es ist erwähnenswert, dass zusätzlich zu den politischen und ideologischen Debatten einige Publikationen, die man kaum des Rechtsextremismus „bezichtigen“ kann, wie Élet és Irodalom, das Buch als „peinlich“, voller logischer Fehler und schlechter Sätze bezeichneten.

Aus dem Jahresbericht 2020 des Vereins Labrisz geht hervor, dass das Lektorat, das Korrektorat, die Lehrpläne und andere Kosten für die siebzehn Märchen des Buches von der von Ungarn nach Deutschland umgezogenen Soros-Stiftung mit rund 4,1 Millionen Forint finanziert wurden. Man kann also mit Sicherheit sagen, dass „Das Märchenland ist für alle da“ auch ein Soros-Projekt ist, das speziell auf die ideologische Umerziehung von Kindern abzielt.

DIE IMBTQ-ORGANISATIONEN WAREN EMPÖRT, ALS DIE REGIERUNG DIES IM JUNI DIESES JAHRES IN DAS GESETZ ZUM SCHUTZ VON KINDERN (GEGEN PÄDOPHILE) DIEFOLGENDEFORMULIERUNG AUFNAHM: „LMBTQ-INHALTE UND -LEBENSSTILE DÜRFEN IN SCHULEN NICHT AN KINDER UNTER 18 JAHREN WEITERGEGEBEN WERDEN“

Genau an diesem Punkt knüpfen das neu verabschiedete Kinderschutzgesetz und der Skandal um das Buch „Das Märchenland ist für alle da“ an, denn der der Publikation beiliegende Unterrichtsplan für Lehrer richtet sich speziell an Kinder im Alter von 6–12 Jahren, unter denen LGBTQ-Aufklärung verbreitet werden soll. Diese Altersgruppe ist extrem verletzlich und noch nicht in der Lage, einige der Informationen, die sie erhalten, auf die gleiche Weise zu filtern und zu interpretieren wie Jugendliche oder junge Erwachsene. Diese Schwachstelle wird von der LGBTQ-Lobby ausgenutzt.

Das Buch „Das Märchenland ist für alle da“ für alle war ursprünglich als Unterkategorie dieser Altersgruppe gedacht, denn der ursprüngliche Untertitel des zugehörigen Aktivitätenplans lautete „Aktivitätenpläne für Vorschullehrer und Grundschullehrer“. Dies wurde später in „Aktivitätspläne für Lehrer“ geändert, wobei die Altersgruppe der Vorschulkinder weggelassen wurde – vermutlich wegen des erwarteten Skandals. Nichtsdestotrotz wären für Kinder ab 10 Jahren Themen wie die Homo-Ehe in einer Schulstunde behandelt worden. In der „Geschichte“ „Be lucky, Batboy!“ erhält der sogenannte „Facilitator“, der die Sitzung leitet, die Anweisung: „F beginnt eine Diskussion über die Homo-Ehe im In- und Ausland, warum ist sie erlaubt/verboten?“.

Aber noch spezifischer ist die Aufgabe, die mit der Geschichte „Der Prinz heiratet“ verknüpft ist, für kleine Kinder, einen „Werbespot/Slogan/Werbung“ über die Hochzeit eines schwulen Prinzen zu machen. Letzteres ist eine Aufgabe für Kinder im Alter von 6–8 Jahren. Darüber hinaus wird natürlich auch über „Mädchen als Jungen“ und „Jungen als Mädchen“ im Rahmen der Transgender-Sensibilisierung diskutiert.

WÄHREND DIE LMBTQ-LOBBY ALSO GEGEN DIE AUFNAHME IHRER AKTIVITÄTEN IN DAS KINDERSCHUTZGESETZ PROTESTIERT, SETZT SIE IHR SOROS-GELD EIN, UM KINDER IN DEN GENDERWAHN ZU VERWICKELN.

Der Westen ist bereits mit LGBTQ-Propaganda überschwemmt. In westlichen Ländern steht der Extremismus zunehmend im Vordergrund der LGBTQ-Propaganda, die eine zentrale Agenda der Linken ist. Auch die Sensibilisierung von Kindern wird von klein auf angestrebt, wobei die Unternehmenswelt und die (linke) Kulturpolitik oft willige Partner sind. In vielen Fällen in Übersee ist die LGBTQ-Sensibilisierung dank der Intervention verschiedener Lobbygruppen sogar in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen worden und wird sogar in abstrakte Fächer wie Mathematik eingeschmuggelt. Das Bildungsportal Welcomingchools.org zum Beispiel setzt sich dafür ein, dass Regenbogenfamilien auch in Textaufgaben einbezogen werden.

Das im Ausland wachsende Phänomen, dass LGBTQ-Lobbygruppen dafür eintreten, dass selbst ein nur wenige Jahre altes Kind von seinen Eltern als transgender behandelt werden sollte, wenn es auch nur einen Moment lang nicht seinem biologischen Geschlecht entspricht, ist nach Ansicht vieler Experten äußerst schädlich. Diese Kreise versuchen auch, es für Jungen unter zehn Jahren normal zu machen, als Transvestiten in Frauenkleidern auf die Bühne zu gehen. In den USA sind Transgender-Camps für Vorschulkinder keine Seltenheit mehr. Gleichzeitig werden Kinder zunehmend mit Werbung bombardiert, die LGBTQ-Propaganda enthält. Selbst die Werbung, in der ein homosexuelles männliches Paar versucht, ein Kind, das sie gemeinsam aufziehen, zum Mittagessen zu überreden, hat eine Welle des Protests ausgelöst, aber auch in der an Minderjährige gerichteten Werbung wird die Sexualität immer deutlicher. Und dann ist da noch das Thema der Geschlechtsumwandlungsoperationen bei Kindern.

Ein weiteres Symptom für die wachsende LGBTQ-Sensibilisierung: Während beispielsweise der US-Unterhaltungskanal Nickelodeon im vergangenen Jahr dementierte, im Vorschulprogramm Werbung für die linksextreme, gewalttätige Organisation Black Lives Matter und für die Rechte von Schwulen gezeigt zu haben, zeigte bereits im Juni dieses Jahres ein Fernsehunterkanal anlässlich der „Pride“ einen Zeichentrickfilm speziell über den Gay Pride March. In der Sendung, die sich an junge Kinder richtete, sang eine Transvestitin, Nina West, die für ihre skandalösen Auftritte mit pornografischen Elementen bekannt ist, über das idyllische Glück von schwulen, transgender und nicht-binären Paaren und Familien.

Erweiterndes Akronym

Das Akronym LGBT ist eine Sammelbezeichnung für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und transsexuelle Menschen. Das Akronym wird ständig erweitert und es sind mehrere Varianten gleichzeitig in Gebrauch. Meistens wird der Buchstabe Q hinzugefügt, um das englische Wort queer zu bezeichnen, das sich auf die Unentschiedenheit der Geschlechtsorientierung bezieht. Darüber hinaus werden auch sexuelle Orientierungen unterschieden, die in der wissenschaftlichen Literatur nicht anerkannt sind, wie z. B. Pansexualität oder Omnisexualität. Der Begriff LGBT hat seine Wurzeln im Amerika der 1960er Jahre, als diese sexuellen Minderheiten begannen, sich in Lobbygruppen zu organisieren. Heute hat sich die LGBT-Bewegung zu einer Lobby-Organisation entwickelt, die weit über eng gefasste Themen der Schwulenrechte hinausgeht, und die Ideen, die sie vertritt, sind nun fest in der Agenda der internationalen Linken verankert. Die extremeren Stränge der LGBT-Lobby setzen sich für kontroverse Themen ein, wie z. B. die Genehmigung von nicht konformen Operationen für Kinder.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Die EU droht Ungarn mit einem Vertragsverletzungsverfahren, Budapest schlägt zurück: „Wir werden nicht zulassen, dass LGBT-Aktivisten unsere Schulen und Kindergärten betreten“

08. 07. 2021



Die Kommission hatte Ende Juni ein erstes Schreiben an die ungarischen Behörden gesandt, um ihre „rechtlichen Bedenken“ gegen den Text zu äußern, der die „Werbung“ für Homosexualität an Minderjährige verbietet.

Am Mittwoch, den 7. Juli, drohte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, mit der Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn, falls es sein homophobes Gesetz zum Verbot der „Förderung“ von Homosexualität an Minderjährige, das am Donnerstag in Kraft treten soll, nicht rückgängig macht. „Wenn Ungarn die Situation nicht korrigiert, wird die Kommission ihre Befugnisse als Hüterin der Verträge nutzen“, erklärte die EU-Verantwortliche vor dem Europäischen Parlament in Straßburg.

Quelle: [Francetvinfo](#)

Ungarn hat am Mittwoch einen Antrag der EU-Kommission und vieler Europaabgeordneter abgelehnt, ein kürzlich in Budapest verabschiedetes Gesetz zu streichen, das Schulen die Verwendung von Material verbietet, das Homosexualität und unterschiedliche Geschlechtsidentitäten darstellt oder fördert.

Viktor Orbán besteht darauf, dass das neue Gesetz dem Schutz der Kinder dient und nicht diskriminierend ist. Sein Kabinettschef bekräftigte diese Position am Mittwoch und versicherte, dass Budapest „nicht gewillt“ sei, auf die „vergeblichen“ Bemühungen Brüssels, „LGBTQ-Aktivisten den Zutritt zu unseren Schulen und Kindergärten zu ermöglichen, positiv zu reagieren.“

Quelle: [Yahoo](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Viktor Orbán besuchte einen Zeitungskiosk, um zu sehen, wie es um die Pressefreiheit in Ungarn steht

09. 07. 2021



Viktor Orbán ging zum Kiosk, um zu sehen, wie es der ungarischen Presse geht und hat die verlorene Pressefreiheit wiedergefunden - Foto: Facebook

Viktor Orbán besuchte einen klassischen Zeitungskiosk, um regierungskritische Zeitungen zu kaufen und bewies damit, dass die Organisation von George Soros falsch liegt und die Situation der Pressefreiheit in Ungarn völlig normal ist.

„Ungarn ist auf die Liste der Feinde der Pressefreiheit gesetzt worden; federführend dabei war eine Organisation, die von Onkel Soros geleitet wird“, erklärte der Ministerpräsident den Grund für seinen Besuch am Zeitungskiosk.

„Ich dachte, ich schaue mal, welche regierungskritischen Zeitungen man in einem klassischen Zeitungskiosk finden kann“, sagte der Ministerpräsident, und dann kaufte er auf Anraten des Verkäufers Exemplare von Hócipó, Élet és Irodalom, Magyar Narancs, HVG, Népszava und 168 Óra. Nach Angaben des Verkäufers seien noch jede Menge weitere „regierungskritische Medien“ vorhanden.

Auf die Frage, wie viele davon verkauft werden, antwortete der Verkäufer:

„Nun, die Leute haben die meisten seit Wochen nicht mehr angerührt.“

„Die Pressefreiheit ist in einem traurigen Zustand, dass sie so vielerorts nicht beachtet wird“, bemerkte der Ministerpräsident mit nicht wenig Ironie und bestellte dann einen Kaffee „barfuß“, womit er andeutete, dass er nichts darin haben wolle, sondern ihn lieber schwarz trinke.


MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER


29) Orbán mit ganzseitigem, EU-kritischem Inserat in der „Presse“

07. 07. 2021



**ÜBER DIE ZUKUNFT DER
EUROPÄISCHEN UNION
UNGARNS VORSCHLÄGE**

1. Brüssel errichtet einen Superstaat, zu dem niemand die Ermächtigung gegeben hat. Wir sagen Nein zu dem europäischen Imperium.
2. Die Integration ist ein Mittel und kein Selbstzweck. Deshalb muss man aus den Grundlagenverträgen der Europäischen Union die Zielsetzung der „immer engeren Einheit zwischen den Völkern Europas“ streichen.
3. Die Entscheidungen sollen die gewählten führenden Politiker und nicht die NROs treffen! Wir sagen Nein zur Auslagerung des Rechtsstaates.
4. Die Kraft der europäischen Integration geben die gemeinsamen wirtschaftlichen Erfolge. Wenn wir gemeinsam nicht erfolgreicher sein können als jeder für sich selbst, dann ist dies das Ende der Europäischen Union.
5. Das kommende Jahrzehnt wird das Zeitalter gefährlicher Herausforderungen sein: Die massenhafte Migration und Pandemien drohen. Wir müssen die europäischen Menschen schützen.
6. Wir müssen die europäische Demokratie wiederherstellen. Das Europäische Parlament hat sich als Sackgasse erwiesen: Es vertritt ausschließlich die eigenen ideologischen und institutionellen Interessen. Man muss die Rolle der nationalen Parlamente vergrößern.
7. Serbien muss als Mitgliedsstaat in die Europäische Union aufgenommen werden.



Viktor Orbán

Ungarns Premier fordert „Wiederherstellung europäischer Demokratie“ und warnt vor „massenhafter Migration und Pandemien“

Der ungarische Regierungschef Viktor Orbán macht im Ausland Stimmung gegen die EU. In einem ganzseitigen Inserat in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ (Mittwoch) kritisiert Orbán, dass Brüssel einen „Superstaat“ errichten wolle, zu dem niemand die „Ermächtigung“ gegeben habe. Belgische Zeitungen haben es laut Berichten abgelehnt, die Anzeige zu veröffentlichen.

Hier das Inserat im Volltext:

REGIERUNG UNGARNS

ÜBER DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

UNGARNS VORSCHLÄGE

1. Brüssel errichtet einen Superstaat, zu dem niemand die Ermächtigung gegeben hat. Wir sagen Nein zu dem europäischen Imperium.
2. Die Integration ist ein Mittel und kein Selbstzweck. Deshalb muss man aus den Grundlagenverträgen der Europäischen Union die Zielsetzung der „immer engeren Einheit zwischen den Völkern Europas“ streichen.
3. Die Entscheidungen sollen die gewählten führenden Politiker und nicht die NROs treffen! Wir sagen Nein zur Auslagerung des Rechtsstaates.
4. Die Kraft der europäischen Integration geben die gemeinsamen wirtschaftlichen Erfolge. Wenn wir gemeinsam nicht erfolgreicher sein können als jeder für sich selbst, dann ist dies das Ende der Europäischen Union.
5. Das kommende Jahrzehnt wird das Zeitalter gefährlicher Herausforderungen sein: Die massenhafte Migration und Pandemien drohen. Wir müssen die europäischen Menschen schützen.
6. Wir müssen die europäische Demokratie wiederherstellen. Das Europäische Parlament hat sich als Sackgasse erwiesen: Es vertritt ausschließlich die eigenen ideologischen und institutionellen Interessen. Man muss die Rolle der nationalen Parlamente vergrößern.
7. Serbien muss als Mitgliedsstaat in die Europäische Union aufgenommen werden.

Viktor Orbán

Quelle: Die Presse, Printausgabe vom 7. 7. 2021

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Erklärung zum Schutz der Nationen und der christlichen Traditionen

03. 07. 2021



Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

Die Führer von sechzehn politischen Parteien in der Europäischen Union, darunter Fidesz und Polens Recht und Gerechtigkeit (PiS), gaben am Freitag eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Ideale der EU unterstützen, aber einen europäischen Superstaat ablehnen. Lesen Sie den vollständigen Text hier:

„Die Debatte über die Zukunft Europas, die gerade begonnen hat, darf die Stimmen der Parteien nicht ausschließen, die Bürger vertreten, die den europäischen Traditionen verbunden sind und sich für die Freiheit der Nationen und die Traditionen der europäischen Völker einsetzen.

Die bewegte Geschichte Europas war von vielen Unglücken geprägt, besonders im letzten Jahrhundert.

Im Angesicht von Aggressorstaaten haben Völker und Staaten zur Verteidigung ihrer Souveränität und territorialen Integrität unvorstellbares Leid erfahren müssen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten einige europäische Länder jahrzehntelang mit der totalitären Unterdrückung durch die Sowjetunion zu kämpfen, bevor sie ihre Unabhängigkeit wiedererlangten.

Diese Unabhängigkeit, das atlantische Bündnis von EU und NATO und der Frieden zwischen den kooperierenden Nationen ist für viele Europäer eine große Errungenschaft, die ein dauerhaftes Gefühl der Sicherheit und ideale Bedingungen für die Entwicklung bietet. Der Integrationsprozess hat wesentlich dazu beigetragen, zeitlose Strukturen der

Zusammenarbeit zu schaffen, den Frieden zu erhalten und das Verständnis und die guten Beziehungen zwischen den Staaten zu entwickeln. Diese Arbeit sollte fortgesetzt werden, da sie einen Meilenstein darstellt.

Die Serie schwerer Krisen der letzten zehn Jahre hat jedoch die europäische Zusammenarbeit erschüttert und ist dadurch ins Stocken geraten, vor allem weil die Nationen das Gefühl haben, dass sie langsam der Ausübung ihrer Souveränitätsrechte beraubt werden.

Die Europäische Union bedarf einer grundlegenden Überarbeitung, denn anstatt Europa und sein Erbe zu verteidigen, anstatt die freie Entfaltung der Völker Europas zu gewährleisten, ist sie heute zu einer Quelle von Problemen, Ängsten und Unsicherheit geworden.

Die EU wird zunehmend zu einem Instrument extremistischer Kräfte, die Europa kulturell und religiös umgestalten und letztlich ein Europa ohne Nationen aufbauen wollen. Ihr Ziel ist es, einen europäischen Superstaat zu schaffen, europäische Traditionen zu zerstören oder abzuschaffen, grundlegende soziale Institutionen und moralische Prinzipien zu verändern.

Es gibt legitimen Widerstand gegen die Nutzung von politischen Strukturen und Gesetzen zur Schaffung eines europäischen Superstaates und einer neuen Gesellschaftsordnung. Dies ist ein Zeichen für das gefährliche und gewalttätige Social Engineering, das wir in der Vergangenheit gesehen haben. Die moralischen Exzesse der EU-Institutionen haben in den letzten Jahren zu einer gefährlichen Tendenz zur Auferlegung eines ideologischen Monopols geführt.

Wir sind davon überzeugt, dass die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nationen die Tradition ist, der Respekt vor der Geschichte und der Kultur der europäischen Staaten, der Respekt vor dem jüdisch-christlichen Erbe Europas und die gemeinsamen Werte, die unsere Nationen vereinen, und nicht ihre Zerstörung. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, dass die Familie die Grundeinheit unserer Nationen ist. In einer Zeit, in der Europa mit einer niedrigen Geburtenrate und einer alternden Gesellschaft vor einer ernststen demografischen Krise steht, muss eine familienfreundliche Politik die Antwort sein und nicht die Massenmigration.

Wir glauben, dass die Souveränität in Europa von den Nationen Europas ausgeübt wird, jetzt und in Zukunft. Diese Nationen haben die Europäische Union gegründet, damit sie durch die Union effektiver handeln können, um bestimmte Ziele zu erreichen, als es einzelne Mitgliedstaaten könnten. Die Befugnisse der EU sind jedoch durch das Prinzip der Dekonzentration definiert: Alle Befugnisse, die nicht der Union übertragen werden, gehören den Mitgliedstaaten, wobei das Subsidiaritätsprinzip zu beachten ist.

In den letzten Jahrzehnten haben die Institutionen der Europäischen Union die europäischen Verträge immer wieder neu interpretiert, mit dem Ergebnis, dass sich die Grenzen dieser Kompetenzen zu erheblichen Nachteilen für die Mitgliedstaaten verschoben haben. Dies ist unvereinbar mit den Grundwerten der Union und schwächt das Vertrauen der europäischen Nationen und ihrer Bürger in die EU-Institutionen. Um diesen Prozess aufzuhalten und umzukehren, muss das bestehende Prinzip der Dekonzentration durch die Schaffung eines Katalogs unantastbarer Zuständigkeiten der EU-Mitgliedstaaten und die Einrichtung eines geeigneten Mechanismus zum Schutz nationaler Zuständigkeiten durch die Einschaltung nationaler Verfassungsgerichte oder gleichwertiger Institutionen ergänzt werden. Jeder Versuch, die nationalen Verfassungsorgane den europäischen Organen

unterzuordnen, schafft Chaos, untergräbt die Absicht der Verträge, stellt die tragende Rolle der Verfassungen der Mitgliedstaaten in Frage, während die daraus resultierenden Zuständigkeitsstreitigkeiten faktisch durch die brutale Durchsetzung des Willens der politisch stärkeren Einheiten entschieden werden. Das zerstört die Grundlagen für das Funktionieren Europas als Gemeinschaft freier Nationen.

Wir glauben, dass der Konsens der Weg bleiben muss, um einen gemeinsamen Standpunkt in der Union zu erreichen. Jüngste Versuche, dieses Verfahren zu umgehen oder die Institution des Konsenses abzuschaffen, drohen bestimmte Länder vom Entscheidungsprozess auszuschließen und damit die Union in eine spezielle Oligarchie zu verwandeln. Dies würde zu einer faktischen Blockade der nationalen Verfassungsorgane, wie Regierungen und nationale Parlamente, führen und damit die nationale Entscheidungsfindung auf die Zustimmung zu bereits von anderen getroffenen Entscheidungen beschränken.

Der Wille zur Zusammenarbeit ist in den Mitgliedsstaaten nach wie vor überwältigend, und ein Geist der Gemeinschaft und Freundschaft durchdringt die Nationen und Gesellschaften unseres Kontinents. Dies ist unsere wahre Quelle der Stärke. Eine reformierte Union kann aus dieser Ressource schöpfen, während eine Union, die Reformen ablehnt, sie nur verschleudern würde.

Deshalb appellieren wir an alle Parteien und politischen Gruppierungen, die unsere Ansichten teilen – lassen Sie dieses Dokument die Grundlage für eine gemeinsame kulturelle und politische Arbeit sein, unter Berücksichtigung der Rolle der aktuellen politischen Gruppierungen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Union erneuern, für die Zukunft Europas.“

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) „Fidesz hat sich dem Aufruf angeschlossen“ (Video)

03. 07. 2021



Viktor Orbán - Foto: Facebook

Fidesz veröffentlichte ein Video von der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung

Ein Video, das den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán bei der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung einer Gruppe von Parteien in Europa zeigt, darunter die PiS und die italienische Lega, wurde von Ungarns Regierungspartei Fidesz am Freitag auf ihrem Facebook-Profil gepostet.

„Der Fidesz hat sich diesem Aufruf angeschlossen. Wie es in der Erklärung heißt: Wir wollen, dass dieses gemeinsame Dokument die Grundlage für unsere kulturelle und politische Arbeit ist. Auf diese Weise wollen wir uns an der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union beteiligen.“ – sagte Orbán.

In der Erklärung betonten die Unterzeichner, dass das Ziel ihrer Zusammenarbeit eine tiefgreifende Reform der EU durch eine Rückkehr zu den Ideen ist, die ihrer Gründung zugrunde lagen, mit einer souveränen Rolle der europäischen Nationen. Darüber hinaus stellte die Erklärung den Rückgang des Vertrauens der Bürger der Mitgliedsstaaten in die EU-Institutionen fest, der nach Ansicht der Unterzeichner eine Folge der „Neuinterpretation des Inhalts der Verträge“ ist.

„Um diesen Trend zu stoppen und umzukehren, ist es notwendig, zusätzlich zum bestehenden Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung eine Reihe von unantastbaren Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und einen angemessenen Mechanismus zu deren Schutz zu schaffen, an dem nationale Verfassungsgerichte oder

Organe mit gleichwertigen Befugnissen beteiligt sind. Jeder Versuch, europäische Ämter in Organe umzuwandeln, die Vorrang vor nationalen Verfassungsorganen haben, schafft Chaos, untergräbt den Sinn der Verträge, stellt die grundlegende Rolle der mitgliedstaatlichen Verfassungen in Frage, und die daraus resultierenden Kompetenzstreitigkeiten werden am Ende durch das brutale Aufzwingen des Willens der politisch stärkeren Einheiten auf die schwächeren gelöst. Dies wiederum zerstört die Grundlage für das Funktionieren der europäischen Gemeinschaft als Gemeinschaft freier Nationen“, heißt es in der Erklärung.

Das Dokument wurde am Freitag von der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern gehören der Vorsitzende der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit Jarosław Kaczyński, die Vorsitzende der Fratelli d'Italia Giorgia Meloni, der Vorsitzende von Spaniens Vox Santiago Abascal, der Vorsitzende von Fidesz Viktor Orbán, der Vorsitzende der Lega Matteo Salvini, die Vorsitzende des Rassemblement National Marine Le Pen und ein Dutzend weiterer Mitte-Rechts-Parteien aus Bulgarien, Österreich, Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, den Niederlanden, Litauen und Rumänien.

Quelle: [TYGODNIK SOLIDARNOŚĆ](#)

(Transkript und Übersetzung der Rede von Viktor Orbán, erstellt von UNSER MITTELEUROPA:)

Néhány hónappal ezelőtt a franciák elnöke összeurópai vitát indított az Európai Unió jövőjéről. Hosszú hetek sőt hónapok előkészítő munkájának végén a mai napon a legnagyobb lengyel kormányzó párt elnöke Kaczyński elnök úr aláírt egy deklarációt s arra szólította fel Európa hasonló módon gondolkodó pártjait hogy csatlakozzanak hozzá. Ez a deklaráció Európai Unió jövőjéről szól. A nemzetek a családok és a hagyományos keresztény értékek megvédéséről szól. A Fidesz csatlakozott ehhez a felhíváshoz ahogyan a deklaráció mondja azt akarjuk hogy ez a közös dokumentum legyen kulturális és politikai munkánk alapja így kívánunk részt venni az Európai Unió jövőjéről szóló vitában.

Vor einigen Monaten hat der französische Präsident eine gesamteuropäische Debatte über die Zukunft der Europäischen Union initiiert. Nach wochen-, ja monatelanger Vorbereitung hat der Vorsitzende der größten polnischen Regierungspartei, Präsident Kaczyński, heute eine Erklärung unterzeichnet, in der er gleichgesinnte Parteien in ganz Europa auffordert, sich ihm anzuschließen. In dieser Erklärung geht es um die Zukunft der Europäischen Union. Es geht um die Verteidigung von Nationen, Familien und traditionellen christlichen Werten. Der Fidesz hat sich diesem Aufruf angeschlossen, wie es in der Erklärung heißt, wollen wir, dass dieses gemeinsame Dokument die Grundlage für unsere kulturelle und politische Arbeit ist, und deshalb wollen wir an der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union teilnehmen.

<https://www.facebook.com/FideszHU/videos/3992714217464595/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) „Die Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakei waren noch nie so gut“

02. 07. 2021



Viktor Orbán und Eduard Heger · Foto: Facebook

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán empfing am 29. Juni seinen slowakischen Amtskollegen Eduard Heger im ehemaligen Karmeliterkloster in Ofen (*Buda*). Dieses Treffen bot den beiden Regierungschefs die Gelegenheit, eine sehr positive Gesamtbilanz der letzten zehn Jahre der slowakisch-ungarischen Beziehungen zu ziehen.

Eine „fantastische Erfolgsgeschichte“

„Wir haben eine Bilanz der letzten zehn Jahre unserer Zusammenarbeit gezogen [...] Mit einer gewissen Bescheidenheit muss man aber sagen, dass unsere Beziehungen noch nie so gut waren wie heute“, erklärte Viktor Orbán am Ende des Treffens und zählte einige der großen Projekte auf, die zwischen den beiden Ländern realisiert wurden, wie die Brücke von Komorn (*Komárom/Komarno*) bzw. die Autobahn zwischen Miskolc und Kaschau (*Košice*).

„Nach Deutschland und Österreich ist die Slowakei unser wichtigster Handelspartner. Der Umsatz beträgt zehn Milliarden Euro. In diesem Jahr ist er bereits um mehr als 9% gestiegen. Wir sind sehr froh, dass slowakische Investoren in Ungarn präsent sind“,

fuhr er fort. „Bis 2023 werden sechs neue Grenzübergänge eröffnet. Seit Mai sind die Stromnetze der beiden Länder miteinander verbunden. Die Gasfernleitungen sind miteinander verbunden und wir arbeiten an einer Erweiterung. Das große Projekt ist nun, dass unsere Hauptstädte durch eine Hochgeschwindigkeitsbahn verbunden werden.“

„Gute nachbarschaftliche Beziehungen“

Der slowakische Ministerpräsident, der auch betonte, dass *„Ungarn ein wichtiger Handelspartner für die Slowakei ist“*, dankte seinerseits Ungarn für die Hilfe während der

Pandemie: „Sie haben uns Ärzte geschickt, als wir sie brauchten. [...] Das sind Sachen, die von guten nachbarschaftlichen Beziehungen zeugen“, und betonte seine Offenheit gegenüber der ungarischen Minderheit in der Slowakei – einem traditionell sensiblen Thema zwischen beiden Ländern: „Es ist mir wichtig, der Ministerpräsident aller Bürger und Volksgruppen zu sein. Dies ist einer der Bereiche, in die ich mich einsetzen möchte, damit sich alle Bürger der Slowakischen Republik in der Slowakei zu Hause fühlen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Bischof Andreas Laun zum ungarischen Anti-Gender-Gesetz: Orbáns Kritiker sollten sich schämen!

08. 07. 2021



Viktor Orbán · Bildquelle: PCh24.pl

Bischof Andreas Laun, Weihbischof im Ruhestand von Salzburg, verteidigte den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban. Es geht um die Kritik, die auf den Fidesz-Chef für den Gesetzentwurf gegen LGBT-Propaganda und Pädophilie fiel.

Alle in der Umgebung sagen, Ungarn habe Grundrechte und -freiheiten verletzt, erklärte Bischof Laun auf [Kath.net](https://www.kath.net). „Allerdings ist mir noch nicht aufgefallen, dass irgendein Kritiker deutlich gemacht hat, worum es im Gesetz wirklich geht und welche Rechte in Gefahr sind!“ – schrieb der Bischof wörtlich. „Der allgemeine Glaube ist klar: Orbán ist schlecht und für die Union unerträglich, man muss ihm sein Geld wefnemen und ihn bestrafen, wenn es möglich ist“, fügte er hinzu.

„Orbán mit leeren Vermutungen zu verleumden und Anschuldigungen ohne Argumente zu wiederholen, ist ein Skandal, für den man sich schämen muss. Orbáns Politik entspricht der von Papst Benedikt geforderten Humanökologie. Wenn Politiker darüber nachdächten,

würden sie daraus schließen, dass Orbán nicht verfehmt, sondern ihm gedankt werden sollte! Dies gilt auch für den Klerus und seine Propaganda mit Hilfe von Regenbogenfahnen,“ bemerkte der Hierarch.

Die Rede von der Europäischen Union als gesetzesbasierter Institution sei in einer Situation, in der Abtreibung in Europa als Menschenrecht gilt, unseriös.

Quelle: [Kath.net](https://www.kath.net) / [PCh24.pl](https://www.pch24.pl)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

34) George Soros' Sohn steht hinter Mark Ruttes anti-ungarischen Angriffen

01. 07. 2021



Mark Rutte · Bildquelle: Magyar Nemzet

Seit Wochen gibt es einen konzertierten Angriff auf Ungarn wegen seines Gesetzespakets zum Schutz von Kindern vor Pädophilen. Der niederländische Premierminister Mark Rutte machte eine beispiellose und empörende Aussage, als er sagte, dass Ungarn in die Knie gezwungen werden sollte. Im Hintergrund ziehen wohl das Soros-Imperium und die ihm angeschlossenen Tarnorganisationen die Fäden“, berichtet

[Origo.hu.](https://www.origo.hu)

Das ungarische Parlament hat das Anti-Pädophilen-Paket am 15. Juni verabschiedet. Nach dem neuen Gesetz wird ein durchsuchbares Register mit Namen von Pädophilen erstellt,

sie werden von bestimmten Arbeitsplätzen verbannt, die Strafe für pädophile Verbrechen wird strenger, es gibt keine leichten Strafen und in qualifizierten Fällen keine Bewährung, und die Verjährungsfrist für die schwersten pädophilen Verbrechen wird verlängert.

Das Anti-Pädophilen-Gesetz wurde sofort von der gesamten europäischen Gender-Lobby angegriffen; auf zahlreichen Kanälen wurden in den letzten Wochen provokante Angriffe auf Ungarn und die Ungarn gestartet.

In Deutschland wurde vor dem Spiel zwischen der ungarischen und der deutschen Nationalmannschaft versucht, die Allianz-Arena in Regenbogenfarben zu beleuchten, Regenbogenfahnen wurden an die Fans verteilt und die ungarische Hymne wurde ausgebuht, während ein Aktivist mit einer Regenbogenfahne auf das Spielfeld lief. Die deutsche Polizei tat ihr Bestes, um die ungarischen Fans zu schikanieren und Ungarns Konsuln durften nicht in die Nähe des Stadions.

Die Angriffe begannen schon vor der Verabschiedung des Pädophilengesetzes, als klar wurde, dass die ungarische Nationalmannschaft bei den Spielen der Europameisterschaft nicht wie viele andere Mannschaften aus mittel- und osteuropäischen Ländern vor dem Anpfiff knien würde, weil sich zum einen die Politik nicht in ein Sportereignis mischen sollte und zum anderen Ungarn nie Sklaven gehalten hat und nie eine Kolonialmacht war, so dass der Protest für Ungarn unverständlich ist.

Die jüngste Erklärung des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte, in der er von der Notwendigkeit sprach, Ungarn in die Knie zu zwingen, ist beispiellos und empörend. Premierminister Viktor Orbán reagierte auf die Worte Ruttés in seinem sozialen Netzwerk und betonte, dass „das ungarische Volk nur vor Gott, seinem Land und seiner Angebetenen kniet“.

Aber Rutte handelt nicht aus eigenem Antrieb und auch nicht allein. In den letzten Wochen haben getarnte zivile Organisationen, die von dem einwanderungsfreundlichen Spekulanten George Soros finanziert werden, mit bereitwilliger Hilfe der heimischen Linken eine Hetzkampagne gegen Ungarn betrieben. Soros' pseudo-zivile Organisationen haben begonnen, das Kinderschutzgesetz als homophobes Gesetz auszugeben, obwohl es sich nicht im Geringsten gegen Homosexuelle richtet und nicht einmal für Menschen über 18 gilt, schreibt [Origo.hu](https://www.origo.hu).

Es ist jedoch erwähnenswert, dass Mark Rutte, der jetzt gegen das Anti-Pädophilen-Gesetz wettort, derselbe Politiker ist, der zuvor Pädophilie und Zoophilie legalisieren wollte, d.h. er glaubt, dass es akzeptabel ist, sexuelle Beziehungen mit Kindern und Tieren zu haben.

Allerdings scheint er nun ein Problem damit zu haben, dass die ungarische Regierung das Recht und die Möglichkeit, über die sexuelle Erziehung der Kinder zu entscheiden, in die Hände der Eltern legt und die Rechte der Minderjährigen schützt.



alexsoros/Instagram

Mark Rutte hat enge Verbindungen zum Soros-Imperium. In den letzten Jahren ist er mehrfach mit dem Sohn von George Soros aufgetreten.

Für Alex Soros sind die Angriffe auf das Anti-Pädophilen- und Kinderschutzgesetz und die LGBTQ-Propaganda ebenso eine persönliche Angelegenheit wie die Pro-Immigrationsaktionen von George Soros.

Soros-Organisationen führen die Angriffe auf das ungarische Pädophilengesetz an

Die Hetzkampagne gegen Ungarn wurde nicht vom niederländischen Premierminister gestartet. Die Angriffe werden von Gerald Knaus angeführt, einer von Soros' vertrautesten und langjährigsten Figuren. Knaus wurde wieder aktiv, als er auf Twitter die UFEA angriff, weil diese aus politischen Gründen verboten hatte, die Münchner Arena während des Fußballspiels Deutschland-Ungarn in Regenbogenfarben zu beleuchten.

Auch Amnesty International wurde zu einem der Organisatoren der Angriffe gegen die Ungarn. So stellte sie am 18. Juni an der ungarisch-slowakischen Grenze Schilder mit der dreisprachigen (ungarisch, englisch, russisch) Aufschrift „LGBTQI Freedom Zone“ auf (und das in einem Land, in dem die Slowakei im Gegensatz zu Ungarn gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nicht anerkennt).

Eine weitere Soros-Organisation ist in letzter Zeit ebenfalls in den Vordergrund getreten. Auf der Website der Civil Liberties Union for Europe haben Israel Butler und Valentin Toth einen Artikel in der Rubrik „Training“ veröffentlicht.

Darin wiesen sie Aktivisten und Journalisten an, welche Begriffe sie in Bezug auf das Gesetz verwenden sollten. Von diesem Zeitpunkt an durften linke Journalisten das Gesetz nicht mehr beim Namen nennen – nämlich Anti-Pädophilie.

Die Website der Organisation ist auch voll von Hetze gegen das ungarische Anti-Pädophilen-Gesetz, mit mehreren Beiträgen zu diesem Thema. Auch ihre ungarische Mitgliedsorganisation, die Gesellschaft für bürgerliche Freiheiten (TASZ), spielt eine große Rolle bei der Propaganda. Erwähnenswert ist auch Human Rights Watch, die eine regelrechte internationale Fake-News-Kampagne gestartet haben, und das Ungarische Helsinki Komitee hat von Anfang an Fake-News über das Anti-Pädophilen-Gesetz verbreitet.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

35) Viktor Orbán: Einheit in Vielfalt – das ist die Zukunft der EU



Foto: Facebook / Viktor Orbán

Auf der letzten Sitzung des Europäischen Rates sind die Ministerpräsidenten der Regenbogenfahne in Phalanx aufmarschiert. Sie wollten klarsehen, ob es die Einheit der Werte noch gibt? Die Debatte ähnelte auf gespenstische Weise jener vom Juni 2015, die wegen der nach Europa drängenden Invasion der Migranten ausgebrochen war. Beide waren moralisch schwierige, politisch wichtige und intellektuell schöne Diskussionen.

Die Antwort ist in beiden Fällen die gleiche: Es gibt die Einheit der Werte nicht, und deshalb gibt es auch keine politische Einheit.

Die Liberalen sind in beiden Fällen davon ausgegangen, dass es sich hier um Fragen handelt, auf die nur eine, der liberalen Meinungshegemonie entsprechende Antwort gegeben werden kann.

Die Antwort der nicht liberalen Demokraten war, dass entsprechend des Meinungspluralismus hier unterschiedliche Antworten existieren, und dazu hat jeder Staat und jedes Volk das Recht, und die Europäische Union kann nur auf Grundlage des Prinzips von „in Vielfalt geeint“ zusammengehalten werden.

Nach Ansicht der Liberalen besitzt ein jeder das Recht zur Migration, dazu, das Gebiet der Europäischen Union zu betreten, auch dann, wenn er über ein nicht unmittelbar gefährliches, sondern sicheres drittes Land ankommt. Das Recht auf Migration sei im Wesentlichen ein Menschenrecht.

In der jetzigen Debatte, in der es um die sexuelle Erziehung der Kinder geht, muss man nach Ansicht der Liberalen jene sensibilisierenden Veröffentlichungen den Kindern in die Hand geben, die sie über die Heterosexualität, die Homosexualität, die Aufgabe des biologischen Geschlechts und über Operationen zur Geschlechtsumwandlung aufklären können. Nach Ansicht der Liberalen ist das ein Menschenrecht der Kinder, die Entscheidung der Eltern kann nicht ausschließlich sein, hierbei besitzen die staatlichen Institutionen eine Rolle, ja sogar den Vorrang.

Ohne elterliche Zustimmung, ohne staatliche Beschränkungen kann man die Kinder sensibilisieren.

Nach Ansicht der nicht liberalen Demokraten ist die sexuelle Erziehung des Kindes das Recht der Eltern, und hierbei dürfen ohne ihre Zustimmung weder der Staat noch die Parteien sowie auch die NROs und Regenbogenaktivisten eine Rolle spielen.

Die Regenbogenländer haben das Recht über die auf eine binäre, Mann-Frau, Mutter-Vater Ordnung sich gründende gesellschaftliche Einrichtung hinauszugehen. Früher waren auch sie so, aber wohl überlegt und ihre Absichten in den Rang der staatlichen Politik erhebend sind sie in eine andere Dimension übergetreten.

Dieses ihr Recht kann ein anderer Staat nicht in Frage stellen. Besonders, da Deutschland die Rolle des Flaggschiffs auf sich genommen hat. Ob es klug ist, erneut mit Armbinde zu demonstrieren und im Münchner Fußballstadion während der ungarischen Nationalhymne mit einer Regenbogenfahne auf das Spielfeld zu rennen, darin bin ich mir nicht sicher. Doch bin ich mir darin sicher, dass über die Erziehung der deutschen Kinder die Deutschen entscheiden müssen. Und auch darin, dass über die Erziehung der ungarischen Kinder nur die Ungarn entscheiden dürfen, mit Sicherheit nicht die Deutschen, die Niederländer oder die Belgier.

Ob es besser ist, in der binären oder in der Regenbogenwelt zu leben, und warum das so ist, da argumentieren beide Seiten aufgrund ihrer eigenen Meinungen. Ein jeder hat seine eigene Wahrheit.

Doch aus der Perspektive des internationalen Rechtes, des Rechts der EU und der Charta der Grundrechte ist der richtige Zustand unstrittig. Die Migration ist kein Menschenrecht und die Art und Weise der sexuellen Erziehung des Kindes ist auch nicht das Menschenrecht des Kindes. So ein Menschenrecht gibt es nicht. Stattdessen gibt es Artikel 14 der Charta der Grundrechte über das Recht der Eltern, ihren Kindern die entsprechende Erziehung zu sichern.

Wenn wir die Europäische Union zusammenhalten wollen, müssen die Liberalen die Rechte der nicht Liberalen respektieren. In Vielfalt geeint. Das ist die Zukunft.

Viktor Orbán
Ungarischer Ministerpräsident

Übersetzung durch das Büro für internationale Kommunikation der ungarischen Regierung.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

36) Die Familienpolitik der ungarischen Regierung

Von Szabolcs Ritó

05. 07. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Seit elf Jahren arbeitet die Fidesz-KDNP-Regierung an der Entwicklung einer familienfreundlichen Politik, die von den Führern aller Länder gelobt wird, die die Lösung der demografischen Probleme nicht in der Migration sehen.

Zsuzsanna Márton, Vorsitzende des Verbandes der Familienorganisationen im Karpatenbecken, sprach mit Magyar Nemzet darüber, was die Familienpolitik der Regierung Orbán für die ungarischen Familien im Ausland bedeutet, und sagte auch, dass sie das ungarische Anti-Pädophilen-Gesetz, das die Rechte der Eltern zum Schutz der Kinder stärkt, voll unterstützen.

- Für uns ist das Familienunterstützungssystem der ungarischen Regierung, das 2018 über die Grenzen hinaus ausgeweitet wird, von größter Bedeutung, sagte Zsuzsanna Márton, Vorsitzende des Verbands der Familienorganisationen des Karpatenbeckens. Sie betonte,

dass Familien mit ungarischer Staatsangehörigkeit, die außerhalb der Grenzen Ungarns leben, das Köldökzinór-Programm bis zu sechs Monate nach der Geburt ihres Kindes beantragen können.

- Zsuzsanna Márton betonte, dass die im Ausland lebenden ungarischen Familien nicht im Stich gelassen werden, und dass Ungarn auch den Familien in den annektierten Gebieten zur Seite steht. Sie wies darauf hin, dass die familienfreundliche Politik Ungarns einzigartig ist und zunehmend von den Führern der Nachbarländer anerkannt wird.

Es ist klar, dass in Ungarn und den Nachbarländern die Migration nicht als reproduktive Lösung gesehen wird, aber sie versuchen auch, das richtige Familienförderungsmodell zu finden. Er erinnerte auch daran, dass die ungarische Regierung vor zehn Jahren den Grundstein für Subventionen wie das staatliche Wohnungsbauförderprogramm und die Wohnungsrenovierungsförderung gelegt habe und dass die Rabatte den Familien vieler ungarischer Mitgliedsorganisationen geholfen hätten, ein geeignetes Zuhause zu finden.

Wir fragten die Präsidentin der Organisation auch nach dem Anti-Pädophilen-Gesetz, das in den letzten Wochen hitzige politische Debatten ausgelöst hat, und sie sagte, dass sie jedes gesetzliche Instrument, das Kinder schützen soll, als Wert ansehe – sei es die Regulierung oder Einschränkung der Medien, der Propaganda oder die Gewährleistung der Sicherheit von Arbeitsplätzen, an denen die körperliche, geistige und moralische Entwicklung unserer Kinder durch eine missbrauchende Person geschädigt werden könnte.

Zsuzsanna Márton betonte, dass sie die Ansicht nur unterstützen kann, dass ungeeignete Inhalte für unsere Kinder solche sind, die Sexualität als Selbstzweck darstellen, die Abweichung von der Identität des Geburtsgeschlechts betonen, Geschlechtsumwandlung und Homosexualität fördern und darstellen.

Sie glaubt, dass unsere Nation auf der effektiven Institution der Familie gegründet ist, die sowohl die ganze Familie als auch die Familie einer Mutter oder eines Vaters umfasst, die ihr Kind allein aufziehen müssen.

In Bezug auf die Sensibilisierungsaktivitäten der LGBTQ-Lobby wies die Vorsitzende des Verbandes auch darauf hin, dass wir als Eltern auf die Herausforderung des 21. Jahrhunderts vorbereitet sein müssen, wenn wir LGBTQ-Menschen auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder in einem Einkaufszentrum in Gesellschaft unserer Kinder begegnen.

- Wir müssen unsere eigenen Antworten haben. Wir müssen jedoch deutlich machen, dass es das Recht der Eltern ist, dieses Thema anzusprechen. Und das Gesetz ist nicht gegen sie, sondern zu unserer Verteidigung“, betonte sie.

Dabei müssen die christlich-konservativen Kräfte ihr Engagement deutlicher zeigen als bisher.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

37) Álvaro Peñas: Wir müssen die Geschichte akzeptieren und den Toten auf allen Seiten Tribut zollen

Von Leo Marić

07. 07. 2021



Das Buch "Lebendig begraben: Huda Jama, Titos schrecklichstes Verbrechen)" und dessen Autor, Álvaro Peñas · Bildquelle: Vokativ

*Der spanische Publizist **Álvaro Peñas**, der Roman Lejaks Buch über Titos Verbrechen auf Spanisch veröffentlicht hat, erzählt Vokativ.hr über die Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Spanien und erklärt, warum er sich für mitteleuropäische Themen interessiert.*

Álvaro Peñas ist ein spanischer Publizist und Experte für Politik und Geschichte Mittel- und Osteuropas. Er schreibt für die Zeitung El Correo de España und arbeitet an mehreren Radio Ya- Programmen. Er ist Autor zahlreicher Interviews mit führenden rechten Politikern aus Europa, darunter kürzlich ein [Interview mit Janez Janša](#), dem Premierminister der Republik Slowenien. Im Mai 2021 veröffentlichte Peñas die spanische Ausgabe von Roman Lejaks Buch über Huda Jama mit dem Titel [Enterrados Vivos: Huda Jama, el peor crimen de Tito](#) (Lebendig begraben: Huda Jama, Titos schrecklichstes Verbrechen).

LEO MARIĆ: Sie haben kürzlich ein Buch von Roman Lejāk über die Verbrechen der jugoslawischen Kommunisten im Jahr 1945 übersetzt und veröffentlicht. Was hat Sie an diesem Thema interessiert und Sie dazu bewogen, es den spanischen Lesern zu präsentieren?

ÁLVARO PEÑAS: Ich habe mich zuerst mit diesem Thema wegen eines anderen Verbrechens von Tito beschäftigt, den sogenannten [Foibe-Massakern](#), die Tausende von Italienern das Leben kosteten. **Giorgia Meloni**, Vorsitzende der Partei der **italienischen Brüder**, reagierte im August 2020 auf die Entdeckung einer neuen **Foibe** mit 250 Opfern und drückte ihre Empörung darüber aus, dass ein Großteil der italienischen Linken diese Verbrechen herunterspielt oder leugnet. Das veranlasste mich, einen Artikel darüber zu schreiben, und die Geschichte war wirklich eine Überraschung. Italien brauchte 60 Jahre, um öffentlich seiner Opfer zu gedenken, was erst 2004 geschah. Die sozialistische Regierung von Giuseppe Saragata verlieh Tito 1969 sogar den höchsten italienischen Orden. Die italienische Linke gab zu, dass ihre Unterstützung für Titos Regime ein Fehler war, begann jedoch bald, die Verbrechen zu leugnen, herunterzuspielen oder zu rechtfertigen und erklärte, dass die Ehrung der Opfer ein Angriff auf den antifaschistischen Partisanenkampf sei. Tatsächlich ist die Zerstörung von Denkmälern für Opfer in Italien ein trauriger Alltag. Mein Artikel fand großen Anklang, und ich wurde zu einem Fernsehsender eingeladen, um über dieses und andere Verbrechen der jugoslawischen Kommunisten zu sprechen.

Als ich mich auf diese Aufführung vorbereitete, stieß ich auf das Buch von Leljak. Ich habe die [englische Ausgabe gekauft](#) und die Geschichte hat mich beeindruckt. Dies veranlasste mich, mit **Roman Leljak** in Kontakt zu **treten**, der mir seinen Film über Huda Jama und andere historische Dokumentationen über Nachkriegsereignisse zur Verfügung stellte. Ich übersetzte ein paar Kapitel und schickte sie an Alvaro Romer, den Direktor der Zeitung *El Correo de España* und des GUS-Verlags. Wir waren uns beide einig, dass es eine Geschichte war, die erzählt werden musste, und das Buch war geboren.

Im Westen ignorierte kommunistische Verbrechen

Gibt es Reaktionen des spanischen Publikums auf das Buch?

Bisher sind die meisten Reaktionen in der Art: „Wie ist es möglich, dass wir davon nichts wussten?“ Leider, und das ist in Westeuropa sehr verbreitet, wird in den Mainstream-Medien sehr wenig über kommunistische Verbrechen geschrieben, und in in vielen Fällen ein romantisches und revolutionäres Bild des Kommunismus, dessen Ikone **Che Guevara** ist. Was Polen gerade getan hat, Ches Bilder zu verbieten, wäre in Spanien undenkbar.

Die spanische Linke und sogar einige Monarchisten (z. B. die [Karlistenpartei](#)) sind seit langem vom Titoismus fasziniert und sehen darin den „dritten Weg“ zwischen dem sowjetischen Kommunismus und dem westlichen liberalen Kapitalismus. Ist das immer noch so oder gibt es heute ein größeres Bewusstsein für titoistische Verbrechen?

Tatsächlich ist der Charakter von Tito im spanischen politischen Diskurs überhaupt nicht präsent. Unsere kommunistischen Minister verherrlichen Lenin offen oder posieren mit T-Shirts mit den Symbolen der DDR. Titos Verbrechen sind der spanischen Öffentlichkeit völlig unbekannt. Anlässlich seines 40. Todestages im Jahr 2020 schrieb beispielsweise die linke Zeitung [El País](#) über **Titos Nostalgie** und die großen Erfolge des jugoslawischen Sozialismus. Seine Verbrechen nahmen nur eine Zeile in dem Artikel ein, lobten das Modell, das Jugoslawien vereinte, und stellten Tito als wohlwollenden Diktator dar und erwähnten sogar seine Erfolge bei Frauen. Das ist einer der Gründe, warum das Buch **Lebendig gebraben** veröffentlicht wurde, alles zu tun, um dieses Image zu ändern, um Tito dort zu platzieren, wo er hingehört, unter die Balkan-Henker.

Spanien war auch Zeuge kommunistischer Gräueltaten während des spanischen Bürgerkriegs in den 1930er Jahren, und die spirituellen Nachkommen der Kommunisten regieren das Land noch heute. Wie steht die spanische Linke zu kommunistischen Verbrechen in Spanien und anderen Ländern?

Die spanische Linke verabschiedete mit Unterstützung der liberalen Rechten ein [Gesetz zum historischen Gedächtnis](#), um alles zu löschen, was mit **Francisco Franco** zu tun hatte, und beabsichtigte, ein Gesetz zum demokratischen Gedächtnis zu verabschieden, aber es wurde vor Gericht wegen Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung abgelehnt. Dieses Gesetz sollte es illegal machen, irgendetwas Positives über das Franco-Regime zu erwähnen, wie den Bau von Sozialwohnungen oder die Schaffung einer Mittelschicht.

Was den **Spanischen Bürgerkrieg** angeht, spricht die Linke nicht über die Verbrechen der republikanischen Seite, die heruntergespielt oder geleugnet wurden (während die der nationalistischen Seite bis zum *Überdruss* übertrieben wurden), und lobt tatsächlich viele der Verantwortlichen für diese Verbrechen. Im vergangenen Monat [rechtfertigte](#) der spanische Ministerpräsident, der Sozialist Pedro Sánchez, [den Charakter von Francisco Largo Caballero](#) und sagte, dass „er so gehandelt hat, wie wir es heute gerne tun würden.“ Largo Caballero war als „spanischer Lenin“ bekannt und verantwortlich für solch brutale Repression, dass sogar Stalin von ihm verlangte, gemäßiger zu werden, natürlich nicht aus humanitären Gründen, sondern weil diese Repression die mögliche Unterstützung Frankreichs und Großbritanniens für die republikanische Seite im Krieg bedrohte.

Von einer Regierung mit solchen Referenzen, deren Mitglieder den Realsozialismus öffentlich verteidigen (wie Yolanda Díaz, die dritte stellvertretende Premierministerin, die argumentierte, dass Kommunismus Demokratie und Gleichheit bedeutet), kann nicht erwartet werden, dass sie von Kommunisten in Spanien oder einem anderen Land begangene Verbrechen verurteilen. Ganz zu schweigen von der staatlichen Unterstützung separatistischer Parteien wie der politischen Nachfolgerin der marxistisch-leninistischen Terrororganisation **ETA**, die für fast 1.000 Tote verantwortlich ist, mit dem letzten Mord im Jahr 2009, vor knapp 12 Jahren.

Gegensätzliche Erinnerungskulturen

Obwohl Kroatien und Spanien auf gegenüberliegenden Seiten des europäischen Kontinents liegen, erleben wir beide bis heute, fast ein Jahrhundert nach dem Krieg, einen blutigen Bürgerkrieg, gegensätzliche Erinnerungskulturen und polarisierte Gesellschaften. Wo ist der Ausgang? Sind die jüngeren Generationen in Spanien eher geneigt, mit dem Erbe des spanischen Bürgerkriegs zu brechen?

Die einzige Lösung für diese Polarisierung besteht darin, die Geschichte zu akzeptieren, sie ohne politische Hindernisse zu analysieren und den Toten auf allen Seiten Tribut zu zollen. Dies ist äußerst schwierig, wenn es politische Parteien gibt, die diese Polarisierung nutzen und wie in Spanien versuchen, die Geschichte neu zu schreiben, um die Gegenwart zu rechtfertigen.

Ein großes Problem der jüngeren Generationen ist die völlige Unkenntnis der eigenen Geschichte nach unzähligen gescheiterten Bildungsreformen. Der an Schulen gelehrt Geschichtsunterricht ist durchdrungen von linker Propaganda und Unsinn wie inklusiver Sprache. Als Ergebnis haben wir, dass die Vorstellung vom spanischen Bürgerkrieg immer noch dieselbe ist wie vor 80 Jahren, mit den üblichen Klischees über die *gute Linke* und die *böse Rechte*.

Aber in Spanien haben wir auch ein sehr positives Phänomen der Verteidigung der Geschichte und des Kampfes gegen die „schwarze Legende“, eine Version unserer Geschichte, die von unseren Feinden während des spanischen Reiches erfunden wurde und die die Linke enthusiastisch umarmte. Viele junge Leute sind interessiert und wollen die spanische Geschichte kennenlernen, was notwendig ist, wenn wir als Nation eine Zukunft haben wollen.

Ich werde jetzt eine Frage als „advocatus diaboli“ stellen. Das Franco-Regime in Spanien – obwohl es für weniger schwere Verbrechen verantwortlich war als die kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa und obwohl es den spanischen Bürgern mehr politische und wirtschaftliche Freiheiten gewährte als die kommunistischen Regime seinen eigenen – war dennoch ein autoritäres Regime und kostete sicherlich einigen seiner politischen Gegner das Leben. Meine Frage ist: Gab es in Spanien eine Lustration ehemaliger Francoisten, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, oder wurden sie nicht angerührt, wie es bei kommunistischen Kriminellen in Mittel- und Osteuropa der Fall ist? Verteidigt die postfrankoistische Rechte darüber hinaus das politische, soziale und wirtschaftliche Erbe des Franco-Regimes oder akzeptiert sie das Konzept des Umgangs mit der (frankoistischen) Vergangenheit?

Während des Übergangs zur Demokratie wurde 1976 **ein Amnestiegesetz verabschiedet**, das auch alle Mitglieder terroristischer Organisationen wie der ETA aus dem Gefängnis entließ. Ein Jahr später wurde für alle politisch motivierten Handlungen und Verbrechen, die zwischen dem 18. Juli 1936, dem Beginn des Bürgerkriegs, und dem 15. Dezember 1976 begangen wurden, eine Generalamnestie erklärt. Aber auch die spanische Linke befürwortete diese Amnestie.

Während des Franco-Regimes war das **Tal der Gefallenen** das beste Beispiel für Versöhnung, wo zahlreiche Opfer auf beiden Seiten des Bürgerkriegs begraben wurden.

Die spanische rechte Partei, die direkt aus dem Franco-Regime hervorgegangen ist, ist die Volkspartei (*Partido Popular*, PP), die als Volksallianz (*Alianza Popular*, AP) von Politikern gegründet wurde, die zuvor Francos Minister waren. Trotzdem unterstützte die Volkspartei das linke Gesetz zum historischen Gedächtnis und verurteilte das Franquismus. Kein Wunder, schließlich unterstützen sie am Ende immer die linke Politik. Auf der anderen Seite haben wir die **VOX**-Partei, die keine Position zum Franco-Regime hat, aber die linke Auferlegung einer **sektiererischen Geschichte** nicht akzeptiert .

Europäische Wurzeln am stärksten in Mittel- und Osteuropa

Schließlich verarbeiten Sie regelmäßig politische Geschichten aus Mittel- und Osteuropa. Warum? Was reizt Sie an unserer Region?

Dort liegt jetzt das wahre Wesen Europas. Westeuropa hat sich dem Wettlauf um Selbstzerstörung angeschlossen und folgt blind der globalistischen Agenda: Masseneinwanderung, Abtreibung, Genderideologie, Klimahysterie usw. Gegen diesen Wahnsinn gibt es überall mehr oder weniger Widerstand, aber in Mittel- und Osteuropa In den europäischen Ländern ist der Widerstand am größten; es gibt diejenigen, die selbst an der Macht gegen diese Agenda sind. Die einzige Hoffnung für Europa besteht darin, zu seinen Wurzeln zurückzukehren, und das ist die Region, in der diese Wurzeln am stärksten sind, wo sie am tiefsten sind.

Ich habe viele Städte in Mittel- und Osteuropa besucht, es sind immer noch europäische Städte. Osijek (Esseg) zum Beispiel ist eine kroatische Stadt, Maribor (Marburg) ist eine slowenische Stadt, Budapest ist eine ungarische Stadt, Warschau ist eine polnische Stadt. In vielen westeuropäischen Städten fehlt es jedoch an Identität. Das alte Europa verschwand, um durch Multikulturalismus und politische Korrektheit ersetzt zu werden.

Diejenigen, die Westeuropa an den Rand des Abgrunds gebracht haben, wollen dasselbe im Rest Europas tun, und deshalb ist es so wichtig, die politischen und kulturellen Kämpfe zu kennen, die in all diesen Ländern stattfinden. Es ist sehr wichtig, diese Realität den Menschen näher zu bringen, die von den Lügen der Mainstream-Medien bombardiert werden. Die illegale Einwanderung kann gestoppt werden, wie es die **Visegrád-Gruppe** und Slowenien getan haben. Es ist möglich, die Geburtenrate erfolgreich zu fördern, wie dies in Ungarn der Fall ist. Leben kann geschützt werden, wie es in Polen der Fall ist. Es gibt Hoffnung und eine echte Alternative zu dem Modell, das uns als einziges und unvermeidliches vorgestellt wird. Wir Westeuropäer können viel von unseren Brüdern in Mittel- und Osteuropa lernen.



Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem kroatischen Blog [VOKATIV](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

38) Herr Kommissar Timmermans, Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden!

Von Janez Remškar

13. 07. 2021



Frans Timmermans · Foto: Twitter

„Demokratie ist nicht nur Wahlen und Mehrheiten.“ Ein Artikel mit dieser Überschrift, über einem Bild von Kommissar Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, einem gestandenen Politiker der niederländischen Sozialdemokraten, wie er von dem „unabhängigen“ Journalisten Peter Žerjavič, von der noch „unabhängigeren“ Zeitung Delo, geschrieben wurde, erschien auf der Titelseite von Delo am 10. Juli 2021. Timmermans' Meinung zu einem Foto von Mitgliedern der slowenischen Sozialdemokraten neben einem Richter zusammen mit dem Symbol des Kommunismus, dem roten Stern. Ich zitiere: „Persönliche Angriffe und Diffamierung von Richtern und Mitgliedern des EU-Parlaments, indem man Fotos zeigt und andeutet, dass sie etwas Unangemessenes tun oder dass es bedeutet, dass man dem Justizsystem nicht trauen kann oder dass es korrupt ist, stellt meiner Meinung nach eine Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung dar“ (Ende des Zitats). Später fügte er noch dezidiert hinzu, dass dieser „Versuch der Diskreditierung ein Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit ist“.

Entschuldigen Sie, Herr Timmermans. Was soll das heißen? Ungeachtet der Tatsache, dass Sie von einem slowenischen Journalisten als erfahrener Politiker bezeichnet werden, kann ich Ihnen sagen, dass Sie offensichtlich keine Ahnung haben, was unter dem Symbol des roten Sterns alles für die Demokratie inakzeptabel, um nicht zu sagen grausam, gelaufen ist.



Die Richter Slavko Gazvoda und Matjaž Štok aus Maribor (Marburg) beim Picknick der Sozialdemokraten · Foto: Twitter

Hiesige Politiker und Richter haben unter diesem Symbol und mit diesem Symbol gehandelt. Sie wissen es vielleicht sogar, aber es ist Ihnen egal. Das möchte ich Ihnen auch gerne persönlich sagen. Ich bin ein Mann, der im früheren System Sloweniens in der Opposition war. Ich als Arzt (aber nicht nur ich) war schockiert von der Botschaft der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) unter dem Symbol des roten Sterns in ihrer Unteroffiziersschule in Belgrad 1974, als es hieß, dass Allende in Chile 1973 einen Fehler gemacht hatte, indem er nicht alle politischen Gegner tötete.

Ja, das ist genau das, was uns unter und im Namen des roten Sterns von den Hütern des Kommunismus über „Demokratie“ erzählt und damit gelehrt wurde. Ich hatte die Gelegenheit, die Erfahrungen eines Gefangenen auf der „Nackten Insel“ zu hören (eines „Zweimotorigen“ – das ist der Code für diejenigen, die zweimal auf dieser Gefängnisinsel waren), nämlich meines Lehrers in der Pathophysiologie der Atmung; dort wurde Umerziehung unter dem roten Stern praktiziert. Als Abgeordneter, Mitglied von Demos (Demokratische Opposition Slowenien) in der Staatsversammlung der Republik Slowenien 1990–1992, und mobilisiert im Krieg gegen die JVA-Soldaten, die den roten Stern trugen, wurde ich von eben diesen Soldaten mit dem Tod bedroht. Ich sage Ihnen, dass Sie keine Ahnung haben, wovon Sie reden, und Sie sollten sich schämen. Sie mögen gebildet sein, aber leider haben Sie in einem Land gelebt, das keine Erfahrungen mit dem Kommunismus gemacht hat. Es ist wahr, dass Ihre Vorfahren durch den Kolonialismus viel Elend verursacht haben. Das ist ein anderes Thema, und auch Sie können diese Befleckung nicht vermeiden.

Genauso wenig wie die slowenischen Kommunisten mit dem roten Stern einer historischen Verurteilung für ihre Taten entgehen können. Und deshalb ist der rote Stern kein Symbol einer demokratischen Partei und kann es auch nicht sein. Ansonsten hat die slowenische Nation in der Geschichte nie über ihre eigenen Grenzen hinaus gegriffen, wir haben nie nach fremden Gütern gegriffen. Leider haben wir einen Bruderkrieg unter uns erlebt, angeführt von den Kommunisten, den Revolutionären mit dem roten Stern, die nach dem Vorbild der kommunistischen Revolution in der Sowjetunion ein diktatorisches Regime mit

massenhaften Liquidierungen politischer Gegner während und nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet haben. Herr Timmermans, wissen Sie davon? Es ist mehr als offensichtlich, dass Sie sich entweder Ihres Fehlers nicht bewusst sind oder, wie viele Sozialdemokraten in diesem Land, die immer noch den Kommunismus verherrlichen, nur dem Namen nach ein Sozialdemokrat sind. Selbst Ihre Wünsche, auf eine gute Ratspräsidentschaft für Slowenien zu hoffen, und Ihre danach folgenden Aussagen überwiegen nicht Ihre Überlegungen und Ihre Aussagen, die einen völligen Mangel an Verständnis für die politische Situation in diesem Land zeigen. Natürlich ist es jedem, auch mir, klar, dass Richter Mitglieder von politischen Parteien sein können. Es ist auch klar, dass sie unterschiedliche Weltanschauungen haben können. Es muss ihnen und Ihnen aber klar sein, dass das Auftreten von Richtern und Parteimitgliedern unter oder mit den Symbolen eines totalitären Regimes inakzeptabel ist. Ich frage mich allerdings, wie Sie die Anhänger des Nationalsozialismus und Faschismus in Europa sehen, wenn sie mit bekannten Symbolen wie dem Hakenkreuz auf der Straße auftreten. Mich würde interessieren, was Sie im Lichte all dessen von der Resolution des EU-Parlaments halten, in der totalitäre Systeme verurteilt werden. Unser Parlament hat unter Mitwirkung unserer Kommunisten, jetzt Sozialdemokraten, die den roten Stern nicht ablehnen, diese Resolution abgelehnt. Verzeihen Sie, Herr Timmermans, aber Sie haben völligen Unsinn erzählt, der nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun hat. Noch weniger ist es eine Verleumdung der Richter, denn sie haben getan, was sie getan haben, und damit deutlich gezeigt, wie sehr ihnen die Demokratie am Herzen liegt. Sie wollen und arbeiten dafür, dass der rote Stern in Slowenien wieder zur Macht kommt, und damit alles, was daran unglücklich und inakzeptabel ist.

Richtig, Kommissar Timmermans: „Demokratie ist nicht nur Wahlen und Mehrheiten.“ Demokratie sollte eine ehrliche, am Menschen orientierte Politik sein, eine Politik, die weiß, wie man redet, eine Politik, die heilige Werte hat, die von der europäischen Geschichte hervorgebracht wurden, und nicht bloß eine profitorientierte Politik, wie sie von ziemlich vielen Sozialdemokraten und ihren Anhängern betrieben wird, die gleichzeitig behaupten, „mit ganzem Herzen“ für die Rechte der Arbeitnehmer zu kämpfen. Das haben wir schon im Kommunismus gesehen. Aber das wissen Sie eben nicht. Immer mehr Menschen in Slowenien sehen, trotz der überwiegend links dominierten Medien, dass in Slowenien die Worte der Sozialisten eine Sache sind, aber die Taten eine andere. Und das sollten Sie, wenn Sie ehrlich wären, als „erfahrener sozialdemokratischer Politiker“ ebenfalls wissen und kritisch hinterfragen bzw. sich darüber informieren. Aber Sie glauben blind den Worten „unabhängiger“ linksliberaler Journalisten, Journalisten, die schreiben, was immer ihnen in den Kopf kommt, auch wenn es Unwahrheiten sind. Solche Journalisten gibt es in Slowenien und in ganz Europa. Diese Leute vergessen aber in der Regel nicht zu sagen, dass sie sich unterdrückt, unfrei und sogar bedroht fühlen.

Wem wollen Sie etwas vormachen, Herr Timmermans? Wir haben viele Politiker Ihresgleichen unter den hiesigen Nachfolgern der Kommunisten, die nur ihren Namen geändert haben, obwohl sie nach wie vor den Roten Stern verherrlichen.



Janez Remškar ist Arzt und Kolumnist.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

39) Slowenien übernimmt zum zweiten Mal die EU-Ratspräsidentschaft

04. 07. 2021



Janez Janša · Foto: KPV

PM Janša: „Resilienz, Erholung, strategische Autonomie der EU sind Teil unserer Prioritäten für die nächsten sechs Monate“

Am 1. Juli 2021, übernahm Slowenien zum zweiten Mal seit seinem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2004 die EU-Ratspräsidentschaft. Die Europäische Kommission und ihre Präsidentin, Ursula von der Leyen, besuchten Slowenien zu diesem Anlass und nahmen an einer Pressekonferenz teil, auf der Janez Janša eine Rede hielt.

„Wir freuen uns besonders, dass der Beginn unserer Präsidentschaft mit dem historischen Moment zusammenfällt, in dem Slowenien den 30. Jahrestag seiner Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit feiert. Gerade in diesen Tagen, vor 30 Jahren, kämpften wir noch um unser Leben, unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und auch um die europäische Zukunft Sloweniens, und es wurden Opfer gebracht. Es ist eine besondere Ironie oder ein Lächeln der Geschichte, dass wir genau 30 Jahre später, in diesen Tagen, über unsere gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas und die Lösung konkreter offener Fragen sprechen

... Diejenigen von uns, die damals an den Wendepunkten in Slowenien beteiligt waren, wissen, dass wir uns nicht vorstellen konnten, dass Slowenien in 30 Jahren so weit gekommen sein würde, und dass der Unterschied trotz der Schwierigkeiten, die wir zu Hause und in Europa haben, enorm und beispiellos ist ... Es ist also eine ganz andere Zeit, und wir beginnen deshalb auch mit großer Freude unsere Verantwortung, wenn es darum geht, zum zweiten Mal in unserer Geschichte den Rat der Europäischen Union zu führen ...“

Wir veröffentlichen einige der Höhepunkte der Rede von Premierminister Janez Janša:

„Wir freuen uns, dass die gesamte Europäische Kommission heute in Slowenien zu Gast ist, denn es ist ein optimistisches Zeichen, dass unser Kampf gegen die Epidemie erfolgreich ist, obwohl wir wegen der Möglichkeit einer vierten Welle sehr wachsam und aufmerksam sind. Dennoch gibt es eine Öffnung des öffentlichen Lebens und den Beginn von physischen Begegnungen in ganz Europa, auf die wir uns freuen, ...“

Zu Beginn des letzten Jahres standen wir vor einem großen Test, und die Slowenen wissen, was ein Test ist. Kein Land der Welt war auf die Epidemie vorbereitet. Wir alle wissen, womit wir damals konfrontiert waren, und wir alle wissen heute, wenn wir einen Schlusstrich unter die Ereignisse der letzten 15 Monate ziehen, dass diese Ereignisse gezeigt haben, dass die EU in der Zwischenzeit Teil der Lösung gewesen ist und dass wir in der Zwischenzeit zwei große, wichtige Durchbrüche erzielt haben. Das erste ist eine Einigung darüber, wie wir uns gemeinsam von der Epidemie erholen werden, und dank der Europäischen Kommission, die rechtzeitig mit einem anderen Ansatz als bei der Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert und es ermöglicht hat, die Rahmenbedingungen zu erweitern und die europäische Wirtschaft dem Sturm zu trotzen, konnten wir auf nationaler Ebene Maßnahmen ergreifen, die das Potenzial und die Gesundheit der Wirtschaft, der öffentlichen Dienste und der Menschen im Allgemeinen bewahrt hat, und dass wir in einer Situation, in der wir einen Rückgang des BIP gesehen haben, in der wir viel geopfert haben, aber in der wir nicht davon sprechen, dass wir niedergebrannt sind, von Erholung sprechen können ...

Es ist ein echtes Wunder, dass in so kurzer Zeit ein Impfstoff hergestellt werden konnte. Ohne die Anreize und die Finanzierung durch die Europäische Kommission wäre dies nicht möglich gewesen, dies wäre nicht erreicht worden. In diesen beiden Schritten sehen wir die Gründe, aus denen die EU gegründet wurde. Gemeinsam sind wir stärker bei der Bewältigung dieser Herausforderungen ... Widerstandsfähigkeit, Erholung, strategische Autonomie für die EU sind Teil unserer Prioritäten für die nächsten sechs Monate. Während des portugiesischen und des deutschen Ratsvorsitzes wurde in dieser Hinsicht viel getan. Wir sind beiden Ländern auch dankbar, dass wir einige dieser Prioritäten in das Programm aufnehmen konnten, das bereits zu Beginn des letzten Jahres aufgestellt wurde. Vor wenigen Stunden habe ich auch eine Botschaft von Präsident Costa aus Portugal erhalten, der sich ebenfalls für die Zusammenarbeit bedankt und uns Glück für die nächsten 6 Monate wünscht, und auch wir danken Portugal, zumal wir in den letzten Tagen gemeinsam mit der Kommission einige Durchbrüche erzielt haben, zum Beispiel bei der gemeinsamen Agentur für Asyl, bei der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik ...

Die Konferenz über die Zukunft Europas ist auch unsere gemeinsame Herausforderung, und Slowenien wird sein Möglichstes tun, um sicherzustellen, dass diese Debatte offen und inklusiv ist, nicht nur zwischen den europäischen Institutionen, den nationalen Regierungen, sondern auch unter Einbeziehung der Regionen, der lokalen Gemeinschaften, der zivilen Organisationen, der Europäer als solche ...

In den nächsten sechs Monaten wird die EU die Frage der Erweiterung als strategisches Abkommen über eine Reihe offener Fragen wieder aufgreifen. Ich teile nachdrücklich den

ersten Traum der Gründerväter: ein freies, unversehrtes Europa, das mit sich selbst und mit seiner Nachbarschaft in Frieden lebt. Für uns ist die EU-Erweiterung eine strategische Antwort auf eine Reihe von Herausforderungen, denn im letzten Jahrzehnt, als die EU-Erweiterung wegen der erwähnten Krisen nicht im Vordergrund stand, sondern wir eine Schrumpfung, einen Brexit erlebt haben, haben wir gesehen, dass, wenn die EU nicht expandiert, es jemand anderes tut, und das ist kein Raum für die Ausweitung der Freiheit, für den Schutz der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, zum größten Teil ...

Wir freuen uns, dass es in den nächsten sechs Monaten ein Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs mit den Staats- und Regierungschefs der westlichen Balkanstaaten und im Dezember mit denen der Östlichen Partnerschaft geben wird. Wir wollen, dass konkrete Dilemmata bis dahin gelöst werden, und daran werden wir arbeiten, aber wir wollen auch, dass die EU-Erweiterung als strategische Antwort auf strategische Dilemmata bestätigt wird und dass wir wieder einen Konsens darüber erreichen ...

Ich freue mich auch, dass die Validierung der nationalen Konjunktur- und Resilienzpläne gut vorankommt. Ich danke der Kommission für ihre zügige Arbeit, ich danke auch dafür, dass sie die Frage der Erholung nach der Epidemie mit der Frage der Reformen und des grünen und digitalen Übergangs verknüpft hat ...

Kein Land war darauf vorbereitet, und ich denke, wir hatten großes Glück, dass zu dieser Zeit Ursula von der Leyen, die von Haus aus Ärztin ist, an der Spitze der Europäischen Kommission stand und die Gefahr kannte, der wir ausgesetzt waren. Sie hatte auch die Erfahrung, Verteidigungsministerin zu sein, was ein Ressort ist, das wir in Regierungen haben, um in einer Krise reaktionsfähig zu sein. Meine Frau ist auch Ärztin, und ich wurde jeden Morgen direkt über die Geschehnisse im Gesundheitsbereich und die Vorschläge informiert, und ich war sehr froh, dass von der europäischen Ebene ein ähnlicher praktischer Ansatz zur Bekämpfung der Epidemie kam ...“

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

40) Der slowenische Ministerpräsident ist in Brüssel nicht willkommen

04. 07. 2021



Janez Janša · Foto: Facebook

Gemäß Artikel 16 Absatz 9 des Vertrags über die Europäische Union wechselt der Vorsitz im Rat der Europäischen Union alle sechs Monate zwischen den Mitgliedsstaaten. Diese Regel, die allen EU-Ländern einmal alle 13 Jahre ein Mitspracherecht in Brüssel einräumt, führt manchmal zu Kohabitationen, in denen sich die Protagonisten nicht viel (Nettes) zu sagen haben.

Janez Janša, ein Viktor Orbán nahestehender Konservativer

Das ist nun seit zwei Tagen der Fall, denn Slowenien hat soeben den Vorsitz der Europäischen Union für die zweite Jahreshälfte nach Deutschland und Portugal übernommen, bevor die Reihe an Frankreich und dann an die Tschechische Republik kommt. Der konservative slowenische Ministerpräsident Janez Janša – seit März 2020 wieder an der Macht in Laibach (*Ljubljana*) – steht allerdings nicht gerade im Ruh der Unantastbarkeit bei den aktuellen Führungsgremien der Europäischen Union, denn ihm wird u.a. – abgesehen von dessen Nähe zu seinem ungarischen Amtskollegen Viktor Orbán – vorgeworfen, ein „Populist“ zu sein, „die Pressefreiheit einzuschränken“, „das Justizsystem durcheinander zu bringen“ usw., kurzum, alles, was den ungarischen und polnischen „Liberalisierungsverderbern“ bereits vorgeworfen wird.

„Wir sind der Europäischen Union nichts schuldig“

Man nimmt ihm auch übel, dass er sagt, was er von den Brüsseler Behörden hält, wie er es zum Beispiel im vergangenen Mai tat, als er auf Twitter erklärte:

„Wir sind der Europäischen Union nichts schuldig [...] Wir haben vor 30 Jahren für unsere Freiheit und für unsere Demokratie gekämpft.“

Einige warnten deshalb vor der „Gefahr“, einen solchen Unruhestifter nach Brüssel kommen zu lassen. So prophezeite die Vizepräsidentin des Europaparlaments, Katarina Barley (SPD), die [von der Welt zitiert](#) wurde, eine „herausfordernde Zeit“ und forderte, dem slowenischen Regierungschef „keine Bühne für seine demokratieverachtende Rhetorik und Politik zu bieten“, während die Organisation Reporter ohne Grenzen befürchtet, dass Janša versuche, „die Bemühungen zur Stärkung der Medienfreiheit in Europa zu behindern.“ In diesem Geisteszustand ist alles gut, um sich über die kleinsten Dinge aufzuregen.

Das heikle Thema der “kommunistischen Richter“

Dies war gestern beim Eröffnungstreffen der slowenischen Ratspräsidentschaft in Brdo (nordwestlich von Laibach) der Fall, wo Janez Janša, der heftig angegriffen wurde, weil er es gewagt hatte, die Befangenheit bestimmter Richter aus der kommunistischen Ära zu kritisieren – [ein Problem, mit dem auch Polen konfrontiert ist](#) –, den Gipfelteilnehmern ein Foto zeigte, das slowenische Richter in Gesellschaft sozialdemokratischer Politiker zeigt. Herr Janša sieht dies als Beweis für politische Absprachen, die sich die europäischen Führer nicht vorstellen wollen. Unter dem Vorwand dieser Meinungsverschiedenheit weigerte sich der sozialdemokratische Vizepräsident der Europäischen Kommission, der Niederländer Frans Timmermans, am Ende des ersten Gipfeltreffens der slowenischen Ratspräsidentschaft einfach, sich auf das traditionelle „Familienfoto“ zu stellen, und erklärte der Presse:

„Ich konnte einfach nicht auf demselben Podium stehen wie Ministerpräsident Janša nach seinem inakzeptablen Angriff und der Diffamierung von zwei Richtern und zwei Europaabgeordneten“

von der S&D-Fraktion im Europaparlament. *„Er stellte ihre Integrität in Frage, weil sie im selben Bild waren. Die richterliche Unabhängigkeit und die Achtung der Rolle der gewählten Abgeordneten sind die Eckpfeiler der Rechtsstaatlichkeit, ohne die die EU nicht funktionieren kann. Wir dürfen nie aufhören, diejenigen herauszufordern, die sie angreifen.“*

Slowenien verzögert Ernennung eines stellvertretenden Staatsanwalts bei der Europäischen Staatsanwaltschaft

Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen, die es sehr auffällig vermied, mit dem slowenischen Ministerpräsidenten zu sprechen, kritisierte ihrerseits sehr, dass Slowenien es bisher versäumt hat, einen stellvertretenden Staatsanwalt für die Europäische Staatsanwaltschaft zu ernennen: *„Dies ist ein entscheidendes Element, um das Geld der Steuerzahler zu schützen. Es ist eine wichtige Institution. Es ist sehr gut, dass Slowenien beigetreten ist, und jetzt muss Slowenien sein Versprechen einhalten und handeln, denn ich denke, es ist jetzt Zeit und richtig, dass es einen stellvertretenden Staatsanwalt ernenne [...].“*

Ich zähle auf den Premierminister, dass er dringend Namen vorlege.“

Tatsächlich findet Janez Janša die Haltung der europäischen Staatsanwältin Laura Codruța Kövesi „zu politisch“ und antwortete Ursula von der Leyen in diesem Punkt auf kryptische Weise:

„Slowenien ist ein Mitglied der Europäischen Union und Sie sollten sich daran gewöhnen.“

Bei einer solchen Stimmung gleich am ersten Tag und angesichts der Tatsache, dass viele Mitglieder der Europäischen Kommission es planen, in naher Zukunft einen ernsthaften Streit mit Ungarn und Polen zu führen, zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die slowenische EU-Ratspräsidentschaft eine stürmische und wenig konsensfähige sein wird.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

41) Sloweniens EU-Ratspräsidentschaft startete mit starkem Gegenwind

Von Judi Tamara (Brüssel)

01. 07. 2021



Wiederaufbau nach der Katastrophe, der westliche Balkan, die Konferenz zur Zukunft Europas – die slowenische EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli beginnt, wird in den nächsten sechs Monaten viel zu tun haben. Die Bemühungen Sloweniens werden etwas von der Tatsache überschattet, dass die europäische Linke mit ihrer anhaltenden Kritik an der Rechtsstaatlichkeit sich nun auch um die Institution der EU-Präsidentschaft besorgt zeigt.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass die slowenische EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli mit noch mehr Aufmerksamkeit als sonst beginnt. Laibach ist seit 17 Jahren Mitglied der Europäischen Union und hat zum 30. Jahrestag der slowenischen Staatlichkeit zum zweiten Mal die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union inne. Wie bei den beiden vorangegangenen EU-Ratspräsidentschaften, der deutschen und der portugiesischen, werden die Slowenen in den nächsten sechs Monaten einen starken Fokus auf die Corona-Epidemie legen. Die wirtschaftliche Erholung vom Virus, die Umsetzung des EU-Rettungsfonds in Höhe von 750 Milliarden Euro, die Verabschiedung der nationalen Konjunkturprogramme und die Auszahlung der Vorfinanzierung werden unter ihrer Führung zu den Prioritäten gehören. [Wie von der Präsidentschaft angekündigt](#), wird auch die Reihe der Konferenzen über die Zukunft Europas im Mittelpunkt stehen: Alle Stimmen müssen in der EU-weiten Konsultation gehört werden. – „Nationale Kulturen sind kein Hindernis für die europäische Kultur. Wir sind Europäer, gerade weil wir Slowenen sind,“ sagte Ministerpräsident Janez Janša in einer Botschaft, die auf der offiziellen Website der Präsidentschaft veröffentlicht wurde, während er auch die eher kontroversen Themen des europäischen Lebensstils, der Rechtsstaatlichkeit und der Gleichberechtigung als eine dritte Priorität nannte. Es kann vorhergesagt werden,

dass die Slowenen in Brüssel einen schweren Stand haben werden, da sie in der Regel neben Polen und Ungarn zu den am meisten kritisierten Ländern auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit gehören.

Das Programm der Ratspräsidentschaft ist aber gelinde gesagt nicht kompromisslos: Die EU müsse alle Mitgliedsstaaten und Bürger gleich behandeln, sagt der rechte Regierungschef: „Wir wollen eine Union, die auf der Menschenwürde und der Achtung der Menschenrechte basiert, und dazu gehört auch die Meinungsfreiheit, auch wenn sie zunehmend bedroht ist“, sagt Janša.



Viktor Orbán und Janez Janša · Bildquelle: Magyar Nemzet

Das gute Verhältnis zwischen Viktor Orbán und Janez Janša ist ein Dauerthema in der europäischen Presse. Negative Artikel darüber erschienen schon lange vor dem Amtsantritt der slowenischen Präsidentschaft, praktisch seit Jahresbeginn, in der Brüsseler Presse.

Zum Beispiel darüber, wie Janša [bestimmte Journalisten behandle](#), oder dass die Präsidentschaft präventiv die Gemüter über ihr Programm beruhigt. In letzterem Zusammenhang räumt der [Politico-Artikel](#) auch Viktor Orbán eine prominente Rolle ein, der laut dem Blatt ein Freund des ungarischen Ministerpräsidenten ist und erklären muss, warum er während seiner Präsidentschaft die Agenda des Rates nicht im Sinne Budapests gestaltet. Der Autor der linken italienischen Tageszeitung [Corriere della Sera](#) zeigte sich am Mittwoch noch „beunruhigt“ darüber, dass mit dem slowenischen Ministerpräsidenten jemand die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, der auf dem recht hitzigen EU-Gipfel der vergangenen Woche das ungarische Gesetz gegen Pädophilie unterstützt hatte.

Gestern wurde auch ein offener Brief veröffentlicht, in dem vier (!) Abgeordnete des Europäischen Parlaments eine Verschärfung des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus gegen Slowenien forderten, gerade als es im Begriff ist, die EU-Präsidentschaft zu übernehmen. In dem Brief an die Europäische Kommission – der auch vom Brüsseler Kritiker der ungarischen Regierung, Daniel Freund, zur Kenntnis genommen wurde – argumentieren sie, dass Premierminister Janša keinen Respekt vor der Presse oder der Justiz hat und bisher nicht einmal ein Mitglied der Europäischen Staatsanwaltschaft ernannt hat.

Es sei aber auch daran erinnert, dass die slowenische Regierung die Kritik rechtzeitig vorweggenommen hat: Gleich zu Beginn des Fake-News-Krieges wurde ein Brief nach Brüssel geschickt, in dem die Eurokraten, die Slowenien kritisierten, zu einer Erkundungsmission eingeladen wurden. Der Einsatz wurde wegen mangelndem Interesse abgesagt...

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

42) Linke Hysterie über die slowenische EU-Ratspräsidentschaft

Von Peter Truden

30. 06. 2021



Antifa-Anhänger greifen Polizisten vor dem slowenischen Parlament an · Foto: STA

Die zweite EU-Ratspräsidentschaft unter der Führung der Regierung von Janez Janša sorgt für wachsende Hysterie in der Linken. Waren im letzten Jahr die Angriffe auf die Mitte-Rechts-Regierung eher durchdacht und sehr gut vorbereitet, sogar orchestriert mit den Mainstream-Medien wie dem nationalen TV Slowenien, ist die Nervosität auf der Linken, nachdem klar wurde, dass Janša doch die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen würde, sehr groß. Die Linke greift zu immer gewalttätigeren Mitteln.

Das Konstrukt der Masken und Atemschutzmasken, die Irreführung über die „Erhöhung der Beamtengehälter“, die breit angelegte Propagandakampagne, dass wir im Herbst und Winter die härtesten Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 in der Europäischen Union hatten, und die Liste geht weiter. Doch jede Woche, je näher wir dem 1. Juli kommen, wächst die Hysterie, während gleichzeitig die Überzeugungskraft der politischen Konstrukte mit ihr abnimmt.

Die Opposition als der berüchtigte Informbüro

Neulich haben Abgeordnete der Opposition den Kulturausschuss einberufen, um über die politisch einseitige Finanzierung der Medien in der Ausschreibung des Kulturministeriums für 2021 zu diskutieren. Was sie dort sagten, lässt das Blut eines jeden Menschen, dem das Recht auf Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit heilig ist, kalt werden. Nach dem Vorbild des ehemals berüchtigten sowjetischen Informbüros lasen die Abgeordneten der Opposition Artikel von Medien, die ihnen nicht gefielen, und entschieden, welche davon eine Finanzierung verdienten und welche nicht. So etwas hat der slowenische Parlamentarismus

noch nie gesehen. Mitglieder der liberalen Parteien, die schon Monate zuvor über ihre Stellvertreter in den EU-Medien falsche Warnungen vor politischem Druck auf die slowenischen Medien verschickt hatten, übernahmen die Rolle der obersten Sowjets, die für die Medienpropaganda im Tempel der Demokratie verantwortlich sind, und begannen, die Medien nach ihrer Qualität, ihrem Inhalt und ihrer Glaubwürdigkeit zu bewerten. Die fünf promovierten Medienwissenschaftler, die die Projekte der Ausschreibung bewerteten, wurden als politisch voreingenommene SDS-Sympathisanten verunglimpft. Die konservativen Medien, die das Geld in der Ausschreibung 2021 bekamen, hatten es schon einmal bekommen – nur mussten sie dann vor einem Verwaltungsgericht Recht bekommen, weil die vorherigen Kommissionen sie völlig willkürlich und politisch schlecht bewertet hatten und die Medienausschreibungen in den Vorjahren ideologisch homogen linkslastig gewesen waren. Und solche Ausschreibungen sind offenbar die einzigen, die in Slowenien erlaubt sind. Ausschreibungen, die Qualität belohnen und daher von Natur aus pluralistischer sind, werden sofort als politisch voreingenommen angegriffen. Um Ihnen eine Vorstellung von der korrekten Wahrnehmung zu geben, möchte ich hinzufügen, dass die der Linken unsympathischen Medien, die aus der Medienausschreibung Mittel erhielten (Domovina.je, Demokracija, Nova24TV, Časnik), geringe Beträge erhielten – maximal 20.000 €, während die Radiosender, die für den Tycoon Martin Odlazek von besonderem Interesse sind, jeweils 100.000 € erhielten, insgesamt fast eine halbe Million, und die Oppositionsabgeordneten stören sich nicht daran, weil sie wissen, was sie von Odlazek erwarten können. Wie weit die Hysterie geht, sieht man daran, dass die linke Europaabgeordnete Violeta Tomić ganz kompromisslos gelogen hat und sagte, dass nur die Medien, „die auf die eine oder andere Weise mit dem SDS verbunden sind“, die Mittel bekommen haben. Ein solches Maß an Verzweiflung hat die linke Politik noch nie gezeigt. Lügen wie die, dass die meisten Mitglieder der Expertenkommission ehemalige SDS-Mitglieder sind, werden zivil- und strafrechtlich verfolgt.

Was sie der Regierung vorwerfen, haben sie selbst getan

Das Dilemma ist zweigeteilt – der ideologisch-ökonomische tiefe Staat will nicht zulassen, dass ihr Antichrist zweimal die slowenische EU-Ratspräsidentschaft innehat. Auf der anderen Seite stehen die liberalen Parteien, die wissen, dass der tiefe Staat sie bereits aufgegeben hat und intensiv nach ihren Nachfolgern sucht, und ihre einzige Überlebenschance darin besteht, so schnell wie möglich Neuwahlen zu erzwingen, bevor der nächste Liebling der Überganglinken genug Pilger vor dem Magistrat versammelt, um eine Koalitionsmehrheit zu sichern. Das würde natürlich bedeuten, dass Marjan Šarec im Jahr 2022 wieder Leute auf Dorffesten unterhält, Alenka Bratušek zum Arbeitsamt geht, um finanzielle Unterstützung zu bekommen, und Igor Zorčič vielleicht einen Job als Praktikant im Büro seiner Frau annimmt.

Indem er Unterschriften von den Präsidenten staatlicher Institutionen für eine Petition über angeblichen politischen Druck auf sie sammelte, ist Tomaž Vesel wirklich in die Politik eingestiegen, obwohl er offiziell immer noch der Vorsitzende des höchsten Aufsichtsorgans des Landes ist – was auf seine Art und Weise erschreckend für die Rechtsstaatlichkeit im Land ist, aber auch erklärt, warum er es so eilig hatte, den Bericht über den Kauf von Schutzausrüstung zu veröffentlichen, der den Ruf des Rechnungshofs gründlich beschädigt hat. Seine Petition sollte offiziell die „Leidenschaften besänftigen“, aber in Wirklichkeit ist sie ein klares politisches Pamphlet, das die platten Behauptungen der Opposition, ihrer Medien und der Akademiker, die sich um die Überganglinken scharen, zusammenfasst. Tomaž Vesel hat keinen besonders guten Sinn für Ironie. Er ist seit 2013 Präsident des Rechnungshofs. Was ist in der Zwischenzeit passiert? Der Angriff von Miro Cerar auf die Glaubwürdigkeit und das juristische Wissen des Obersten Gerichtshofs, als dieser ihn beim Referendum über die zweite Eisenbahnlinie brüskierte. Die unmissverständliche Botschaft

von Marjan Šarc, dass die staatlichen Medien nicht in Medien werben sollten, die ihm nicht gefallen. Minister Bandelli drohte dem Bürgermeisterkandidaten von Komno, Erik Modic, dass der Staat der Gemeinde keine Gelder geben würde, wenn er nicht so handeln würde, wie er es sich wünscht. Šarc's Sekretärin Brane Kralj rief die Vorsitzende des Aufsichtsrates von Uradni List an und teilte ihr unmissverständlich mit, dass der Staat die Ernennung von Igor Šoltes zum Direktor erwarte, und verlangte sogar, dass ihm das Personalverfahren unter Umgehung des SDH persönlich gemeldet werde. Diskreditierung des Verfassungsgerichts durch die sozialistischen und liberalen Parteien, die sich weigerten, die Entscheidung über die Angleichung der Finanzierung des öffentlichen Programms der staatlichen und privaten Schulen umzusetzen. Šarc's kompromisslose Ersetzung von Direktoren durch inkompetente Mitarbeiter. Alenka Bratušek's selbsternannte Euro-Kommissarin beschimpfte daraufhin Štefanec's KPK, als diese die Affäre untersuchte. Črnčec schlug SOVI, und die Koalitionspartner verdächtigten ihn sogar, sie zu stalken. Vesel hat das alles miterlebt. Aber nicht ein einziges Mal begann er mit der Unterschriftensammlung über unzulässige Eingriffe in staatliche Einrichtungen. Mit der aktuellen Petition hat er jedoch fröhlich in die Hundepfeife geblasen und seinen sozialistischen Herren gesagt: „Ich gehöre euch, macht mit mir, was ihr wollt, lasst mir nur die 250.000 Euro, die ich von der FIFA bekomme.“ Veselov's bescheidene Bereitschaft dürfte aber im Moment Alenka Bratušek, Marjan Šarc und die Abtrünnigen vom SMC am meisten beschäftigen.

Währenddessen kämpft die Regierung immer noch mit dem internationalen Engagement slowenischer Aktivisten, das sich in den letzten Monaten in einer Reihe ausländischer Artikel voller alternativer Wahrheiten von heimischen Logos manifestiert hat, und nun ist es unseren Kreisen, die sich um eine Interessenvereinigung von Anti-Designern scharen, gelungen, auch internationale Institutionen zu mobilisieren. Schließlich der Europarat mit seiner Kommissarin für Menschenrechte, Dunja Mijatović, die sich erst tagelang die detaillierten Erklärungen der Regierung zu ihren Bedenken über Menschenrechtsverletzungen in Slowenien anhörte, dann alle Erklärungen in einem PDF am Ende ihrer Botschaft vergrub und ein politisches Pamphlet schrieb, für das sich kein politischer Freitagradler schämen würde. Unter anderem wirft sie der Regierung vor, die STA abzuschöpfen (obwohl Regierungsvertreter tagelang die komplexe Situation bezüglich der Agentur erklärten) und die Pandemie zu nutzen, um die Rechte auf Meinungsäußerung von Regierungsgegnern und politischer Opposition zu beschneiden. Und das, obwohl die Maßnahmen ähnlich oder milder waren als in anderen EU-Ländern und trotz der Tatsache, dass bei den illegalen Freitagspetitionen im Laufe eines Jahres niemand zu Schaden kam, ungeachtet der manchmal aggressiven Gewalt der Demonstranten.

Die linke Elite will eine erfolgreiche Präsidentschaft verhindern

Die Regierung wird die EU-Ratspräsidentschaft also so begrüßen, wie sie es bei der letzten getan hat – mit heimischen Holzscheiten unter den Füßen. Mit Lügen über die politische Finanzierung der Medien und Anschuldigungen über Phantomdruck auf staatliche Institutionen – aber ohne jeden empirischen Beweis, im Gegensatz zu früheren Regierungen, wo Druck durch konkrete Telefonanrufe und E-Mails nachgewiesen wurde. Aus der 571-Petition wurde die FIFA 4 – die Unterstützung so vieler Institutionen konnte Vesel sichern. Slowenien ist ein Gefangener der Besitzstandswahrung einer Elite, genau wie 2008, und diese Elite wird alles tun, um eine erfolgreiche Präsidentschaft zu verhindern. An diesem Punkt ist es das Beste für die Regierung, sie zu überstimmen und mit der Arbeit fortzufahren. In die Geschichte geht nur harte Arbeit ein, und billiger Aktivismus wird vergessen – die erste slowenische EU-Ratspräsidentschaft war ein Vorbild für alle anderen neuen Mitgliedsstaaten, und das Gesetz, das zur Unterzeichnung der Petition 571 führte, ist heute noch in Kraft.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

43) „Pride“ ist auch in Kroatien nicht willkommen

07. 07. 2021



Bildquelle: Radio Szent Korona

Am Wochenende hielten LGBTQP-Organisationen und Einzelpersonen ihren jährlichen Marsch in Zagreb ab. Die Veranstaltung läuft in der kroatischen Hauptstadt seit einem Jahrzehnt fast ununterbrochen, doch in diesem Jahr zeigten die Patrioten des Landes ihre Ablehnung der sorosistischen Unterwanderung der Gesellschaft und zeigten offen ihren Widerstand. Nach Presseberichten wurden mehrere „Pride“-Marsch-Teilnehmer geschlagen und bespuckt, andere wurden beschimpft und eine Regenbogenfahne wurde angezündet. Der Widerstand gegen „Pride“ ging auch nach dem Ende deren Marsches am Samstagabend weiter, wobei Patrioten den Homosexuellen klar machten, dass sie in Kroatien nicht willkommen sind.

Die linksliberalen Medien waren schnell dabei, Sündenböcke in Form von zwei Politikern, Nikola Grmoja und Bozo Petrov, zu finden, die sich bei zahlreichen Gelegenheiten gegen die gewalttätige LGBTQP-Lobby ausgesprochen haben. Diese haben sich jedoch von den Aktionen der Patrioten distanziert und rufen ihrerseits zu rechtlichen Schritten auf.

Quelle: [Radio Szent Korona](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

44) Ungarn hat Interesse an Serbiens EU-Beitritt

Von Éva Harangozó

30. 06. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

- Ceterum censeo, Serbien muss aufgenommen werden, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán letzte Woche auf der Konferenz „30 Jahre Freiheit“, als er über den Beitritt des Westbalkanlandes zur Europäischen Union sprach und fügte hinzu, dass die EU ein größeres Interesse an der Mitgliedschaft des Landes hat als die Serben selber.

Die Experten sind sich einig, dass es für Ungarn aus mehreren Gründen wichtig wäre, wenn Serbien so bald wie möglich Mitglied der Europäischen Union wird. Auf eine Frage von *Magyar Nemzet* betonte Tibor Órdógh, außerordentlicher Professor an der Nationalen Universität für den öffentlichen Dienst, dass gutnachbarschaftliche Beziehungen und sicherheitspolitische Erwägungen Faktoren sind, die Ungarns Unterstützung für den Beitritt des Balkanstaates ausmachen. Der Balkan-Experte wies auch darauf hin, dass die Priorität der ungarischen Regierung darin besteht, die Situation der ungarischen Minderheiten auf dem Westbalkan zu verbessern. Der Forscher betonte auch, dass:

wenn Serbien ein Mitgliedsstaat würde, könnten insbesondere die Probleme im Zusammenhang mit der Migrationssituation auf EU-Ebene stabilisiert werden.

Das Problem ist nur, dass, wie Außenminister Péter Szijjártó kürzlich feststellte, viele westeuropäische Mitgliedsstaaten die EU-Integration des Westbalkans nur verbal befürworten. Allerdings wies der Außenminister bei einem Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg auch darauf hin, dass die EU, wenn sie nicht rechtzeitig handelt, die Region verlieren könnte, genau wie Großbritannien. Er sagte auch, dass Serbien (und die anderen Westbalkanländer Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Nordmazedonien und Albanien) wirtschaftlich viel vom EU-Beitritt zu gewinnen hätten. Nicht unerheblich ist auch, dass es mehrere Mächte gibt, die um die Region konkurrieren, darunter China und Russland.

In den letzten Jahren wurde Ministerpräsident Viktor Orbán mehrmals von Serbiens Präsident Aleksandar Vučić empfangen.

Im Mai dieses Jahres gab das Europäische Parlament (EP) einen Länderbericht über Serbien heraus, in dem es sagte, dass Belgrad, um seine Beitrittsambitionen zu verwirklichen, Reformen einleiten müsse, auch in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, da dies Kernwerte sind, die den Grundstein der EU bilden und im Mittelpunkt des Erweiterungs-, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses stehen. Auch der Fidesz hat auf den Länderbericht reagiert und erklärt, das Dokument sei auffallend einseitig und kritisch gegenüber der rechtskonservativen Regierung Serbiens. Sie glauben, dass der Bericht des EP über Serbien nicht dazu dient, den Beitrittsprozess zu beschleunigen und die gegenseitige Achtung und Wertschätzung zwischen der EU und Serbien zu fördern.

Serbien braucht keine ideologischen Berichte, sondern fachliche und finanzielle Unterstützung, um so schnell wie möglich den Anschluss an die Europäische Union zu finden.

- erklärte die ungarische Regierungspartei.

Die Studie 2019 des Instituts für Außenpolitik und Internationale Wirtschaft zum EU-Beitritt Serbiens unterstreicht, dass es einen vorrangigen Bereich des Prozesses gibt, und zwar die regionale Zusammenarbeit. Wie sie schrieben, versuchte der derzeitige serbische Präsident Aleksandar Vučić, bereits als Premierminister in den Jahren 2014–2015, Serbien in den Mittelpunkt der regionalen Zusammenarbeit zu stellen. Péter Zakar, Präsident des Forschungszentrums der Südregion, betonte auf eine Frage von *Magyar Nemzet*:

„In Serbien haben sich Vučić und die Regierung in Belgrad kürzlich als europafreundlich umprogrammiert“.

Seit 2012 sei ein Prozess der Annäherung zwischen der ungarischen und der serbischen Regierung zu beobachten, sagte er und fügte hinzu, dass Budapest und Belgrad zum Beispiel gemeinsam der unschuldigen Menschen gedachten, die 1941 und 1944 im Zweiten Weltkrieg getötet wurden.

Allerdings ziehen sich die Beitrittsverhandlungen nun schon so lange hin, dass die Aussicht auf einen EU-Beitritt für die Serben immer unattraktiver wird: Laut einer Umfrage im letzten Jahr unterstützen nur noch 35 Prozent der serbischen Bevölkerung eine EU-Mitgliedschaft Serbiens, verglichen mit 47 Prozent vor drei und 51 Prozent vor sechs Jahren. Laut der Studie war die Unterstützung für die EU zwischen 2000 und 2005 am höchsten, als eine Mehrheit der Einwohner glaubte, dass die EU-Mitgliedschaft den Lebensstandard verbessern und helfen würde, Korruption und organisiertes Verbrechen zu reduzieren. Die Umfrage fügt hinzu, dass das Vertrauen in die EU zunächst im Jahr 2006 sank, als sich Montenegro von Serbien trennte, und dann, als der Kosovo 2008 seine Unabhängigkeit erklärte, was von den EU-Ländern akzeptiert wurde.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

45) Die „offene Gesellschaft“ wird in Albanien durchgesetzt

Von Álvaro Peñas

01. 07. 2021



Sali Berisha & George Soros · Bildquelle: *El Correo de España*

Wie der slowenische Sender [Nova24t](#) berichtet, haben die USA einem ihrer ehemaligen Verbündeten, Sali Berisha, die Einreise verboten. Berisha war von 1992 bis 1997 Präsident von Albanien und von 2005 bis 2013 Premierminister. Der Staatssekretär Antony Blinken rechtfertigte sich am 19. Mai in einem Tweet: „Die korrupten Handlungen des ehemaligen albanischen Präsidenten Sali Berisha haben die Demokratie in Albanien untergraben. Ich erkläre Berisha und seine engsten Familienangehörigen öffentlich als nicht einreiseberechtigt in die Vereinigten Staaten. Wir stehen gemeinsam mit unseren Partnern in Albanien gegen Korruption ein.“ Mit anderen Worten: Der ehemalige Verbündete der Vereinigten Staaten ist korrupt, und aus diesem Grund dürfen weder er, noch seine Frau, noch seine beiden Kinder einen Fuß auf amerikanischen Boden setzen.

Nach dieser Nachricht bat der republikanische Kongressabgeordnete Lee Michael Zeldin das Außenministerium am 7. Juni um Erklärungen zu diesen Korruptionsvorwürfen. Blinken verteidigte seine Entscheidung vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Kongresses, indem er sagte, Berisha habe sich der „Veruntreuung öffentlicher Gelder schuldig gemacht, indem er sich in öffentliche Prozesse eingemischt hat, einschließlich der Nutzung seiner Macht zu seinem eigenen Vorteil und zur Bereicherung seiner politischen Verbündeten und Familienmitglieder auf Kosten des Vertrauens der albanischen Öffentlichkeit in ihre Regierungsinstitutionen und Amtsträger.“ Er lieferte jedoch keine Beweise und stellte fest, dass er „nichts Konkretes mit dem Komitee zu teilen“ habe, und lud den Republikaner ein, sich an das Büro für Rechtsangelegenheiten zu wenden, um mehr Informationen zu erhalten. Zeldin fragte Blinken speziell, ob er in Kontakt mit dem Philanthropen George Soros gestanden habe, was der Staatssekretär verneinte, obwohl er betonte, dass er nicht jeden in seinem Ressort ausschließen könne.

Warum die Erwähnung des allgegenwärtigen Soros? Berisha sagte verschiedenen Medien, dass sein Veto in den USA auf eine Desinformationskampagne von Gruppen

zurückzuführen sei, die von George Soros finanziert und unterstützt werden, und kündigte eine Klage gegen Blinken vor einem europäischen Gericht an. Dies ist nicht das erste Mal, dass Berisha mit dem Finger auf Soros zeigt, und ihre Beziehung reicht weit zurück. Als Antwort auf den deutschen Europaabgeordneten Knut Fleckenstein, der behauptete, die Vorwürfe gegen Soros seien ein Märchen, erklärte der ehemalige albanische Präsident 2017: „Meine Behauptungen, dass George Soros und seine Mafia eine große Bedrohung für die albanische Demokratie sind, basieren auf authentischen Dokumenten. Meine Aussagen im albanischen Parlament gegen die mafiösen Aktionen von Soros und seinem Netzwerk in Albanien basieren auf Fakten, die älter sind als die aktuellen Diskussionen in den USA über die Aktivitäten des führenden Spekulanten des Planeten“.



Sali Berisha · Bildquelle: *El Correo de España*

Berisha kam aus den Reihen der Partei der Arbeit Albaniens (der kommunistischen Partei) und war nach dem Sturz des Regimes eine der treibenden Kräfte der Demokratischen Partei. 1992 wurde er Präsident des Landes, musste aber 1997 nach der durch die „Pyramidenfonds“ verursachten Krise, die zum Ruin von Tausenden von Albanern führte, zurücktreten. Im Jahr 2005 wurde er Premierminister mit dem Versprechen, „die Korruption zu bekämpfen“, und es war während dieser neuen Amtszeit, dass er eine Beziehung zu George Soros aufnahm. Im Jahr 2008, während seines Besuchs des Davos-Forums, demselben Forum, das Pablo Casado zum „jungen Weltführer“ und zur „Stimme einer neuen Generation“ gewählt hat, traf sich Berisha mit Soros, den er als „großen Freund der Albaner und Albaniens“ bezeichnete. Laut der Pressestelle des damaligen Premierministers „sprach Premierminister Berisha während des Gesprächs mit Herrn Soros über den Fortschritt der Reformen in Albanien und präsentierte die Errungenschaften im Bereich Bildung, Kultur und Gesundheit.“

In einem Schritt, der sich in vielen anderen Ländern wiederholt hat, unterhielt Soros jedoch nicht nur Beziehungen zur Regierung, sondern auch zur sozialistischen Opposition, die Berisha im Dezember 2013 besiegte. Angeführt von Edi Rama, einem Politiker, der seine Karriere ebenfalls in der albanischen Arbeiterpartei begann, bis er 1991 der sozialistischen Partei beitrug, gewannen die Sozialisten die absolute Mehrheit und der neue Premierminister zeigte viel offener seine Beziehung zu Soros und der Open Society. Auf einer Pressekonferenz im Januar 2017 erklärte der Exekutivdirektor der „Open Society Foundation Albania“, Andi Dobrushki, dass das Netzwerk stolz darauf sei, bei der Reform des Justizsystems geholfen zu haben: „Es gibt umfangreiche Dokumente, die unsere Beteiligung an der Reform des Justizsystems belegen, und wir sind stolz darauf, daran beteiligt gewesen zu sein. Dies ist eine reformistische Unterstützung von 96% der Albaner. Gemeinsam mit der US-Botschaft und der EU-Delegation in Tirana haben wir den gesamten Prozess finanziell unterstützt“. Die sozialistische Regierung verfolgte eine „neoliberalere“ Politik als die Demokratische Partei, die den Anweisungen des Internationalen Währungsfonds folgte, und gewann 2017 erneut die Wahlen. Die Demokratische Partei prangerte die Kontrolle der Medien und der Justiz durch die Sozialisten an und erklärte, dass Soros eine zwielichtige, korrupte Clique finanziere, die die Kontrolle über die Regierungsinstitutionen übernommen habe und eine gefährliche Agenda für Albanien verfolge, so Berisha. Aus diesem Grund boykottierte er zusammen mit den anderen Oppositionsparteien die Kommunalwahlen im Juni 2019, die von Wahlbeobachtern der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) als nicht repräsentativ kritisiert wurden. Der albanische Präsident Ilir Meta, der 2017 mit Unterstützung der Sozialisten gewählt wurde, beschuldigte Premierminister Edi Rama, sich auf die Hilfe des organisierten Verbrechens zu verlassen, um die Kommunalwahlen zu gewinnen und sprach von einem Soros-Komplott, um das Land zu kontrollieren. Am 14. April dieses Jahres stimmten die albanischen Parlamentarier über eine Resolution gegen Präsident Ilir Meta wegen angeblicher Verletzung der Verfassung ab, ein Amtsenthebungsverfahren, das vom Obersten Gerichtshof bestätigt werden muss und seine Entlassung aus dem Amt bedeuten würde. Bei den Wahlen am 25. April siegten erneut die Sozialisten in einer Wahl, die der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Lulzim Basha, als „Maskerade“ bezeichnet hat. Inmitten all dieser politischen Umwälzungen ist Albanien weiterhin ein Land mit endemischer Korruption und laut EUROPOL eine der Hauptquellen des Drogenhandels in der EU. Nichtsdestotrotz plant es, den Prozess des EU-Beitritts bis zum Ende des Jahres voranzutreiben, und es wird nicht an Unterstützung fehlen.



Edi Rama mit George und Alexander Soros -
Bildquelle: El Correo de España

Das albanische Modell ist ein perfektes Beispiel für das Modell der offenen Gesellschaft: eine Regierung und eine Opposition im Dienste derselben globalistischen Interessen (obwohl die albanische Opposition sich endlich entschlossen hat, die Karten neu zu mischen), absolute Kontrolle der Medien, Kontrolle der Justiz und die Beherrschung der Zivilgesellschaft durch alle möglichen NGOs, die bestimmen, ob eine Regierung „demokratisch“ ist oder nicht. Ein sehr ähnliches Modell wie das, auf auch auf Spanien zusteuert, denn schließlich scheinen der albanische Premierminister und Pedro Sánchez viele Gemeinsamkeiten zu haben.

El Correo de España Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

46) Anti-Rassismus-Wahn im Fussball: EM-Sieger Italien „zu weiß“ und „rechts“

16. 07. 2021



Presidenza della Repubblica/Wikimedia

Der Anti-Rassismus-Wahn der Linken hat seit einiger Zeit auch den Spitzensport und hier besonders den Fussball fest im Griff. Denn ganz in kommunistischer Manier, muss auch der Sport vollkommen politisch gemacht werden. Nicht nur müssen nun Kampfbegriffe wie „Diversity“ und „Respect“ regelmäßig zur Schau gestellt und erwähnt werden, auch sexuelle Minderheiten werden durch die „Regenbogen-Propaganda“ mittlerweile in den eigentlich

unpolitischen Fussball getragen. Trauriger Höhepunkt die kürzlich zu Ende gegangene Europameisterschaft und das beherrschende Thema der „Homo-Fahne“ und ihr Verbot dort.

Italiens Fussball-Mannschaft zu weiß

Doch auch der EM-Sieger Italien bekommt nun sein politisch korrektes Fett weg. [In der Wirtschaftszeitung Economist](#) beschwert sich ein Autor über die politischen und sozialen Signale, die der Sieg Italiens nun setzen würde. Immerhin sei die Mannschaft eine „rein weiße“, keinen einzigen Schwarzen hätte es im 26-Mann starken EM-Kader gegeben:

„The most striking aspect of Italy's 26-man squad before it took to the pitch was that, alone among the main contenders, it did not include a single player considered as being of colour.“

Dass Italiens Mannschaft (noch) nicht der eines afrikanischen Staates zum Verwechseln ähnlich sieht, was die Hautfarbe und Herkunft ihrer Spieler betrifft, scheint den linken Zeitgenossen Sauer aufzustoßen. Anders als bei allen anderen teilnehmenden europäischen Nationalmannschaften (!) und besonders etwa Frankreich, Holland, Belgien oder England, wo mittlerweile ein Großteil der Spieler aus Afrika stammt, setzt man in Italien (noch) auf Spieler aus dem eigenen Land.

Der Sieg Italiens bedeute aber auch einen Auftrieb für die rechten Strömungen und die Rechtspopulisten im Allgemeinen in dem Land am Mittelmeer. Immerhin würde der Sieg jetzt im Sinne des Nationalismus schamlos ausgeschlachtet...

Großbritannien geht gegen „Online-Rassisten“ vor

Wie immer ist man in Großbritannien bereits einen Schritt weiter, wenn es um die Entrechtung der autochtonen Bürger zwecks politischer Korrektheit und Multikulturalismus geht. Denn dort werden mittlerweile Menschen (insgesamt vier) verhaftet, nur weil sie sich angeblich im Internet rassistisch geäußert haben. Anlassfall waren angeblich rassistische Attacken gegen schwarze Nationalspieler, nachdem diese im EM-Finale die entscheidenden Elfmeter verschossen.

Der britische Premier Boris Johnson ging sogar noch einen Schritt weiter und kündigte an, dass „Online-Rassisten“ künftig keine Fussballspiele mehr in Großbritannien besuchen werden dürfen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

47) Salvini: „Ich habe die Charta der Souveränisten unterschrieben, aber ich bleibe bei Draghi“

Von L. Monticelli (La Stampa)

07. 07. 2021



Matteo Salvini · https://de.wikipedia.org/wiki/Matteo_Salvini

Matteo Salvini verteidigte sich gegen Vorwürfe von Mitte-Links, er wolle die Regierung Draghi mit seinem Festhalten an der „Charta der Werte“ der europäischen Souveränisten schwächen. „Europa muss bei der Einwanderung mithelfen. Wenn Reformen Italien schaden, werden sie nicht meine Unterstützung haben“, erklärte der Lega-Chef. Salvini dementiert auch angebliche Spannungen mit G. Giorgetti, der immer an einem Bündnis mit der EVP interessiert gewesen sei. „Giorgetti beschäftigt sich mit der Wirtschaft, aber das Verständnis zwischen uns ist total“, versichert der Lega-Chef. Lorenzo Fontana, der innerhalb der Liga für Außenpolitik zuständig ist, erklärte, dass es das Ziel seiner Partei sei, eine zweite Fraktion in Brüssel zu schaffen, um mehr Gewicht zu haben. Aber Antonio Tajani (Forza Italia) warnte: „Sie sollten bedenken, dass man nur mit der EVP gewinnen kann“. Giorgia Meloni, Chefin der Fratelli d'Italia und Vorsitzende der Europäischen Konservativen, hat ihrerseits die Charta unterzeichnet, will aber nicht in dieselbe Fraktion wie Salvini und Le Pen eintreten.“

Quelle: [Lionel Baland](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

48) Draghi will 4 islamische Länder in der EU

07. 07. 2021



Mario Draghi · Bildquelle: VoxNews

Albanien, Kosovo, Mazedonien und Bosnien. Der historische „Rest der Türkei“ in Europa. Und Mario Draghi möchte, dass sie der EU beitreten, damit ihre Bürger noch einfacher als heute nach Italien und Mitteleuropa einreisen können.

„Die EU muss sich darüber im Klaren sein, dass das Endziel der vollständige Beitritt aller Länder der Region zu Europa ist“. Dies ist die Hauptpassage von Draghis Rede auf dem Berliner Gipfel zum Westbalkan (Albanien, ehemaliges Jugoslawien, etc.)

Europa muss „politische Klugheit und strategischen Weitblick“ zeigen, so Draghi. „Die Integration dieser Länder ist der einzige Weg, die Region zu stabilisieren und ihren demokratischen Übergang zu festigen“, sagte er. Draghi blickte „auf die Fortsetzung der gemeinsamen Bemühungen, die Integration der westlichen Balkanstaaten in die EU zu beschleunigen.“

Zwei der oben genannten Länder sind Länder mit einer islamischen Mehrheit. Die anderen beiden sind fast zur Hälfte islamisch.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

49) Francesco Giubilei: Eine Kultur der Auslöschung würde alles monochrom machen

Von György Kerékgyártó

06. 07. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Italienischer politischer Analyst sieht die Zukunft Europas in einer vielfältigen Tradition

Wir müssen dem Monochromatismus und der Ausbreitung des Individualismus widerstehen, um den Reichtum und die Vielfalt Europas zu bewahren, sagte der italienische Politologe Francesco Giubilei in der Sonntagsnachrichtensendung von Kossuth Radio und meinte, dass eine intellektuelle Revolution den Kontinent, der unter den aktuellen Trends leidet, verändern könnte.

Es sind nicht die ganzen Massen, die beherrscht werden müssen, sondern die Kanäle, durch die die Massen beeinflusst werden können. Dies wurde von einer kleinen Gruppe internationaler und europäischer intellektueller Eliten realisiert, die stetig an Einfluss in Schulen, Universitäten und den Medien gewonnen haben, sagte der italienische Politologe Francesco Giubilei in der Sonntagsnachrichtensendung von Kossuth Radio. Giubilei, der Vorsitzende der konservativen Stiftung Fondazione Tatarella und Gastdozent am Mathias Corvinus Collegium (MCC), erklärte, dass diese Art von Einfluss dieser engen Gruppe erlaubt, das europäische Denken leicht und schnell zu formen. Und das führt zu Uniformität, zu mangelnder Vielfalt. Wenn man durch die Straßen von Mailand geht, sehe man fast das Gleiche wie in jeder anderen europäischen Stadt.

Ein paralleles Problem ist die Ausbreitung des Individualismus. Wir verlieren langsam den Sinn für menschliche Beziehungen, für das Zusammensein mit der Familie, für das Bestehen in einer Kirchengemeinschaft. Der Analyst sagte, dass sich eine Kultur der Abschaffung ausbreite, die Europa bereits ernsthafte Probleme bereite.

Giubilei sagte, dass er und seine Kollegen bei der Fondazione Tatarella, die auch als Forschungsgruppe und Medienplattform tätig ist, der Meinung sind, dass die Vielfalt Europas bewahrt werden muss, indem man einfach anerkennt, dass Vielfalt kein Problem, sondern ein Zeichen von Reichtum ist. Aber um dies zu tun, fügte er hinzu, muss man die Fakten berücksichtigen, was in der europäischen Gemeinschaft heute nicht in Mode ist. Als Beispiel nannte er die Geschichte Mitteleuropas, die eine gemeinsame Geschichte vieler Sprachen, Kulturen und Religionen ist, und vieler Länder, die an ihren eigenen Traditionen festhalten. Er sagte, dass die Vielfalt verstanden werden muss und nicht ausgelöscht werden darf.

Früher oder später wird eine Revolution gegen die unterdrückende Macht ausbrechen. Kann das in Europa passieren? – war die Frage des Journalisten, auf die Francesco Giubilei antwortete, dass der Kontinent keine Revolution im jakobinischen Sinne brauche, sondern vielmehr eine intellektuelle Revolution, um die vorherrschenden Trends zu brechen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

50) Schweizer „reformieren“ die französische Sprache

09. 07. 2021



Genf/Genève - Bildquelle: Unsplash / Courseur

Die französischsprachige Schweiz will die französische Sprache den Fähigkeiten ihrer Schüler und Neuankömmlinge anpassen, vor allem aber die französische Sprache den Anforderungen der politischen Korrektheit unterwerfen.

Die Schweizer haben sich vorgenommen, „[die französische Sprache zu rektifizieren](#)“. Die Initiative wurde von der Interkantonalen Konferenz für das öffentliche Bildungswesen (CIIP) der Westschweiz ergriffen und wird ab 2023 in französischsprachigen Schulen in Kraft treten.

Eine ärgerliche Entscheidung

„Rektifizieren“ bedeutet nach der Definition des [Dictionnaire de la langue française](#) von É. Littré, „gerade machen“, „begradigen“, „korrigieren“. Was ist also falsch an Französisch, dass es einer solchen Behandlung unterzogen werden müsste? Ist es fehlerhaft? Ist das falsch? Das Verb, das die Schweizer gewählt haben, um ihren sprachlichen Kreuzzug zu definieren, ist, gelinde gesagt, seltsam; manche mögen es sogar beleidigend finden.

Neo-Französisch im Schweizer Stil ist vor allem ein Bekenntnis zur politischen Korrektheit

Was wollen die Schweizer? Wie fast alle anderen wollen sie ihren Schülern das Leben so leicht wie möglich machen – wobei sie sich das unglückliche Beispiel der Pädagogen ausländischer Bildungssysteme zu eigen machen und deren Ehrgeiz übernehmen, Generationen von Ungebildeten, ja Analphabeten zu produzieren. Anstrengung muss aus der Schule verbannt und das Lernen auf ein striktes Minimum reduziert werden, das wiederum von Jahr zu Jahr schrumpft

Eine Sprache zu vereinfachen bedeutet zunächst, sie zu verarmen, dann zu verdummen und schließlich das Denken derer auszutrocknen, die sie benutzen. Dies ist sicherlich ein Ziel, aber es ist kriminell. Sprache ist keine Peinlichkeit, die man aufhellen muss, um sie erträglich zu machen. Es an den Grad der Faulheit derjenigen anzupassen, die es lernen, ist die absurdeste Idee überhaupt. Sollen wir die Methode zur Berechnung der Festigkeit von Gebäuden oder Brücken vereinfachen, damit diese den Studenten zu Gefallen ist? Eine Sprache muss erobert werden; man muss sie lange belagern, um schließlich das Recht zu haben, ihre Mauern zu durchdringen und den Sieg zu genießen. Den Schülern die sorgfältig abgerundeten Ruinen der Zitadelle anzubieten, bedeutet, ihnen die schädliche Illusion zu geben, dass alles einfach ist und alles möglich ist.

Etymologie, die im Kopf weh tut, lebe wohl!

Die CIIP hat verordnet, dass bestimmte Vereinbarungsregeln geändert werden, dass Akzente und Bindestriche entfernt werden, dass die Schreibweise einer bestimmten Anzahl von Wörtern vereinfacht wird, weil „sie kaum noch erklärbar ist“. Die Etymologie liegt also jenseits des Verständnisses und der Assimilationsfähigkeit der Studenten.

Die „Reform“ macht jedoch nicht bei diesen Absurditäten halt. Wir verstehen aus dem CIIP-Text, dass die Schweiz zum Schimmer der Neuen Welt hindrängt. Der Schweizer Neo-Franzose ist vor allem ein Bekenntnis zur politischen Korrektheit. Nach der „Richtigstellung“, so wird uns gesagt, wird die Sprache inklusiver und weniger geschlechtsspezifisch sein. Sie sollte auch die Gleichberechtigung fördern – eine absurde Idee, denn es ist schwer vorstellbar, wie die Gleichberechtigung gefördert werden könnte und wie eine verstümmelte Sprache diese Rolle spielen könnte. Neutrale oder kollektive Formulierungen werden dringend empfohlen, um die Verwendung von Geschlechtern und insbesondere des

Maskulinums zu vermeiden. „Die Lehrkräfte unserer Schulen sind aufgefordert, auf Formulierungen zu achten, die Gleichheit, Vielfalt und Zugänglichkeit von Texten für alle Schüler respektieren.“

Wenn das Wort „Vielfalt“ auftaucht, wissen wir, dass es ein Wunsch ist, nach unten zu nivellieren. Neuankömmlingen soll die Mühe erspart werden, eine Sprache zu lernen, für die sie keine Verwendung haben – wenn sie sie nicht sogar hassen – und die sie zumeist nur rudimentär und sporadisch verwenden werden. Vor allem aber – und das ist das Erstaunliche aus der scheinbar konservativen Schweiz – ist es notwendig, sich den Maßstäben des Gegendenkens, das die Welt heimsucht, anzupassen. Wird es bald eine Säuberung von Bibliotheken und die Entfernung von Statuen geben? Warum nicht? Man kann nie verhindern, dass ein Haus auseinanderfällt.

Quelle: [Causeur](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

51) Frankreich: „Zemmour Président“-Plakate in mehreren Städten

30. 06. 2021



Éric Zemmour & Marine Le Pen · Bildquelle: ReactNieuws

„Zemmour Président“. Anhänger des jüdisch-französischen Autors und Journalisten Éric Zemmour gaben am Montag bekannt, dass sie nach der zweiten Runde der Regionalwahlen Plakate ihres erhofften Präsidentschaftskandidaten mit diesem Slogan an die Wahllokale von tausend Gemeinden geklebt haben.

Mehrere dieser Plakate, die Eric Zemmour in schwarzer Jacke und weißem Hemd zeigen, waren in Paris auf den Hauptboulevards zu sehen.

Französische Medien wie CNews und Le Figaro hatte das Rassemblement National (RN) und Marine Le Pen nach ihrem Fiasko in der ersten Runde der Regionalwahlen, das sich in der zweiten Runde bestätigte, scharf kritisiert.

„In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni war ganz Frankreich mit „Zemmour Président“-Plakaten bedeckt. 500 Aktivisten wurden mobilisiert, 90 Departements und mehr als 1.000 Städte waren betroffen“, so der Verein Les amis d'Éric Zemmour in einer Erklärung.

„Es ist ein Aufruf an Eric Zemmour, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen zu erklären und 40 Jahren politischer Ineffizienz ein Ende zu setzen“, so der Verein. Ihr Sprecher ist Antoine Diers, Mitglied der LR-Partei und Stabschef des Bürgermeisters von Plessis-Robinson im Departement Hauts-de-Seine.

„Dieser Tag nach der Wahl regt uns zum Singen an“, jubelte der Ex-RN-Bürgermeister von Orange Jacques Bompard und twitterte ein Foto der Plakate in seiner Stadt. Bompard ist einer der Initiatoren von „Unterstützungskomitees“ für Éric Zemmour.

Quelle: [Sputniknews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

52) GB wird Länder sanktionieren, die sich weigern, ihre Migranten zurückzunehmen

13. 07. 2021



Boris Johnson und Priti Patel · *Bildquelle: FDS*

Der Asylum Reform Bill (Gesetzentwurf zur Asylrechtsreform) wird der britischen Regierung die Möglichkeit einräumen, Visa für Besucher aus Ländern zu blockieren, die sich weigern, ihre gescheiterten Illegalen oder Straftäter zurückzunehmen.

Das Vereinigte Königreich nimmt nun eine harte Haltung ein. Der Asylum Reform Bill wurde am Dienstag, den 6. Juli, veröffentlicht. Wie der [Guardian](#) am Dienstag berichtete, würde dieser Text dem britischen Innenministerium mehr Macht geben. Insbesondere würde es dem Innenministerium die Macht geben, Länder zu sanktionieren, die ihre Migranten nicht zurücknehmen, oder Ausländer abzuweisen, die illegal in das Vereinigte Königreich gekommen sind – und/oder dort leben. Tatsächlich könnten die Innenministerin Priti Patel und zukünftige Innenminister die Bearbeitung von Visa für Staatsangehörige von Ländern, die nicht „mit der britischen Regierung kooperieren“, blockieren oder verlangsamen, so der Gesetzestext. Wie der Guardian berichtet, könnte die Staatsangehörigkeits- und Grenzklausel des Gesetzentwurfs den Innenminister dazu veranlassen, die Gebühren für Visumsanträge zu erhöhen.

Der Gesetzentwurf wurde von Priti Patel als „die größte Überarbeitung des britischen Asylsystems seit Jahrzehnten“ bezeichnet.

- Asylbewerber, die illegal nach Großbritannien kommen, werden nicht mehr die gleichen Rechte haben wie diejenigen, die auf legalem Weg ins Land kommen. Selbst wenn ihr Asylantrag erfolgreich ist, wird ihnen der vorläufige Flüchtlingsstatus zuerkannt und sie werden auf unbestimmte Zeit abgeschoben.
- Asylbewerber können aus dem Vereinigten Königreich abgeschoben werden, während ihr Asylantrag oder ihre Berufung bearbeitet wird, und können in Offshore-Aufnahmezentren (in Afrika) untergebracht werden.
- Für diejenigen, von denen angenommen wird, dass sie illegal eingereist sind, wird der Zugang zu Sozialleistungen und das Recht auf Familiennachzug eingeschränkt.
- Das Berufungsverfahren und das Gerichtsverfahren werden geändert, um die Abschiebung derjenigen zu beschleunigen, deren Asylanträge abgelehnt werden.
- Der Innenminister wird unter außergewöhnlichen Umständen in der Lage sein, schutzbedürftigen Personen, die sich „in unmittelbarer Gefahr befinden und in ihrem Heimatland gefährdet sind“, Schutz zu gewähren. Es wird angenommen, dass damit einer kleinen Anzahl von Menschen geholfen wird.
- Das System wird „für Menschen, denen der Flüchtlingsstatus aufgrund unbegründeter Beweise zuerkannt wird, viel schwieriger gemacht“ und wird „strenge Altersprüfungen“ beinhalten, um zu verhindern, dass Erwachsene sich als Minderjährige ausgeben. Die Regierung plant, Knochenscans zu verwenden, um das Alter von Migranten zu bestimmen.
- Lebenslange Haftstrafen werden als Höchststrafe für Menschenschmuggler eingeführt.
- Ausländische Kriminelle, die gegen Abschiebeanordnungen verstoßen und nach Großbritannien zurückkehren, könnten mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden, statt wie bisher mit sechs Monaten.

Quelle: [The Guardian](#) / [Valeurs](#)

„Wir werden die Personenfreizügigkeit ein für alle Mal beenden“

„Als Innenminister habe ich eine besondere Verantwortung in diesem entscheidenden Moment unserer nationalen Geschichte und während wir versuchen, die Kontrolle zurückzuerlangen [der berühmte Slogan der Brexiteers]. Wir werden die Personenfreizügigkeit ein für alle Mal beenden!“ An diesem 1. Oktober 2019, bei der jährlichen großen Messe der britischen Konservativen Partei, hält Priti Patel inne. Von der Tribüne aus genießt sie den Applaus vor einem Publikum von Tory-Aktivisten, die sich ihrer

Sache angenommen haben. Die Gegner der rechtsgerichteten Innenministerin werden das zahnlose, triumphierende Lächeln, das sie an diesem Tag trug, nicht so schnell vergessen.

Die 49-jährige Priti Patel, eine Schlüsselfigur in der Johnson-Regierung und überzeugte Brexiteerin, ist die Bête Noire der EU-Nostalgiker, der Linken und der britischen Liberaldemokraten im Allgemeinen.

Quelle: [Le Monde](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

53) Großbritannien will nach Dänemark und Australien seine Asylbewerberzentren nach Afrika verlagern

01. 07. 2021



Das Vereinigte Königreich erwägt ebenfalls die Einrichtung von Offshore-Bearbeitungszentren für Migranten und Asylbewerber, möglicherweise in Afrika. Wie mehrere britische Medien berichten, soll die britische Innenministerin Priti Patel nächste Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

In Europa wird es nach Dänemark das zweite Land sein, das ein solches Gesetz verabschiedet. Das skandinavische Land, das eines der strengsten Einwanderungssysteme auf dem Alten Kontinent hat, ist in Gesprächen mit Ruanda, einem möglichen Gastland für dieses Bearbeitungszentrum in Afrika. Außerdem ist die britische Innenministerin Berichten zufolge in Gesprächen mit Dänemark, um in diesem Punkt zusammenzuarbeiten.

Es ist anzumerken, dass die von Australien eingeführte Praxis der Verlagerung von Asylanträgen bereits von mehreren Menschenrechtsorganisationen und multilateralen Gremien, insbesondere der UN, kritisiert worden ist. „Wir fordern das Vereinigte Königreich (und andere Länder) dringend auf, diese Praktiken zu unterlassen“, sagte Rossella Pagliuchi-Lor, die britische Vertreterin des UNHCR, die vor einigen Monaten vom [Guardian](#)

zitiert wurde. „Diese Verpflichtungen können nicht ausgelagert und übertragen werden, ohne dass es wirksame Schutzmaßnahmen gibt, sowohl im Gesetz als auch in der Praxis.

Quelle: [Fdesouche](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

54) London: Kritik an Kolonialismus und „Transphobie“ auf dem Trafalgar Square

07. 07. 2021



Auf diesem Sockel am Trafalgar Square werden seit 1998 aufeinanderfolgend Kunstwerke präsentiert. | Bild: Fdesouche

Auf dem Londoner Trafalgar Square werden Statuen aufgestellt, die Kolonialismus und „Transphobie“ anprangern

Sechs zeitgenössische Künstler waren im Rennen, um ihre Werke auf dem Trafalgar Square in London auszustellen. Am Ende einer für alle offenen Abstimmung wurden eine antikolonialistische Statue und Abgüsse, die die „transphobischen Morde“ anprangern, zurückgehalten, teilte das Rathaus der britischen Hauptstadt am Montag, 5. Juli, mit. Diese Kreationen werden ab 2022 bzw. 2024 einen der Sockel des Platzes besetzen, wo seit 1998 künstlerische Kreationen aufeinander folgen.

Vertauschte Rollen: Gewaltiger Schwarzer und winziger Weißer

Das erste preisgekrönte Werk mit dem Namen „Antelope“ wurde von dem aus Malawi stammenden und in Oxford lebenden Künstler Samson Kambalu geschaffen. Es reproduziert als Skulptur eine Fotografie aus dem Jahr 1914 des Baptistenpastors John Chilembwe, der 1915 am Ursprung eines gescheiterten Aufstandes gegen das britische Kolonialregime in Malawi stand.

Der Protagonist trägt einen Hut, was für Afrikaner damals gegenüber Weißen verboten war. Er wird überlebensgroß dargestellt und überragt den Missionar John Chorley, um „die verborgenen Geschichten der Unterrepräsentierten in der Geschichte des britischen Empire, in Afrika und darüber hinaus“ hervorzuheben, heißt es in der Pressemitteilung des Rathauses.

Gesichter von 850 Transgender-Menschen

Im Jahr 2024 wird diese Skulptur den „850 Improntas (850 Imprints)“ von Teresa Margolles weichen. Die mexikanische Künstlerin zeigt Abgüsse der Gesichter von 850 Transgender-Menschen aus London und Umgebung, die meisten von ihnen sind Sexarbeiterinnen.

Die Gipsmasken werden wie ein „Tzompantli“ angeordnet, eine Struktur, in der die Schädel von Gefangenen oder Opfern von Opferungen in Mesoamerika gestapelt wurden. Diese Arbeit, die auf die Ermordung dieser Menschen vor allem in Lateinamerika hinweist, betont „die Freiheit und die Rechte aller Menschen“, betonte der Künstler in der Presseerklärung.

Fliege und Drohne evozieren „Arroganz und drohenden Kollaps“

Der vierte Sockel beherbergt bis September 2022 die Skulptur der britischen Künstlerin Heather Phillipson mit dem Titel „The End“, die eine riesige Kirsche darstellt, die über einem Hügel aus Schlagsahne, einer Fliege und einer Drohne hängt und „Arroganz und drohenden Kollaps“ evoziert, berichtet das online-Portal fuzzyskunk.com.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

55) Eine neue islamisch inspirierte Partei in Schweden

12. 07. 2021

Your party in Sweden
Partiet Nyans

” This is an investment for a brighter future for everyone in Sweden and Europe ”
Mikail Yüksel
Party Leader

TARGET
3 MILLION SEK

VISIT OUR WEBSITE FOR MORE INFORMATION ABOUT DONATIONS

WWW.PARTIETNYANS.SE

Bildquelle: MPI

Während der alte Kontinent mit den christlichen Kirchen an der Spitze in einem Regenbogen apokalyptischer Dekadenz versinkt, dringt der erobernde Islam immer weiter vor.

In West- und Nordeuropa vermehren sich islamisch inspirierte Parteien, die den fortschreitenden Aufstieg muslimischer Minderheiten widerspiegeln.

Schweden gehört seit kurzem zum kleinen, aber wachsenden Club der europäischen Länder, die sich einer Partei von Muslimen für Muslime rühmen können. Hier, im Land der Wikinger, das in den kommenden Jahrzehnten von einem ethno-religiösen Paradigmenwechsel betroffen sein könnte, verspricht die Halbmond- und Sternpartei eine Debatte und ist ein Vorbote des kommenden Wandels.

„Ein türkischstämmiger Schwede“, so Inside Over, „zwingt Schweden, eine Realität zu akzeptieren, die nicht länger ignoriert werden kann: den Aufstieg der islamischen Minderheit. Bestehend aus etwa 810.000 Menschen (von denen 100.000 türkischer Herkunft sind), oder 8,1 % der Gesamtbevölkerung, und demographisch unaufhaltsam, denn bis 2050 könnten aus 8,1 % 11,1–30,6 % werden, sucht die islamische Gemeinschaft in Schweden einen Sprecher, der ihre Ansprüche gegenüber der Regierung verteidigt. Dieser Sprecher könnte in Mikail Yüksel gefunden worden sein, dem jungen Anführer von Nyans, einer Partei, die vor zwei Jahren gegründet wurde, um alle zu repräsentieren, sich aber das Recht vorbehält, einigen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, den „Schweden zweiter Klasse“, d.h. denjenigen mit muslimischem Glauben und/oder arabischer, nahöstlicher und afrikanischer Abstammung.“

2001 in Schweden angekommen, gründete Yüksel 2019 Nyans, eine Partei, die verhindern will, „dass Schweden ein weiteres Frankreich wird.“ Doch Schweden kennt bereits seine periodischen Unruhen in den Ghettos und den Krieg der Drogenbanden, wie in Frankreich.

Um zu verhindern, dass die skandinavische Nation zu einem neuen Frankreich wird, ist es nach Yüksels Meinung notwendig, die heutigen Gemeinsamkeiten in der Migrationsfrage anzuerkennen, d.h. eine echte Integration, eine Reform des Wohlfahrtsstaates gegenüber den vergessenen Menschen in den Vorstädten, die Kriminalisierung von Islamophobie und Afrophobie und die Umwandlung von Muslimen und Afro-Schweden in staatlich anerkannte Minderheiten. Außerdem scheint die Partei auch in der Außenpolitik klare Vorstellungen zu haben: gemäßigt pro-europäisch, entschieden pro-palästinensisch.

Inside Over, das sich mit der Figur beschäftigt, sagt, dass, obwohl „Yüksel immer jeden Vorwurf zurückgewiesen hat, ein *longa manus* des türkischen tiefen Staates zu sein, und sagte, er habe Nyans gegründet, um denen eine Stimme zu geben, die keine haben,“ [...] „scheinen einige Fakten und Ereignisse auf das Gegenteil hinzudeuten. Denn wenn es auch richtig ist, dass ein Hinweis noch keinen Beweis ergibt, so gibt es in Yüksels Fall viele Indizien: wegen seiner Nähe zu den Grauen Wölfen, denen sein Vater angehört, zum Austritt aus der Zentrumspartei gezwungen, Dauergast in der türkischen Mainstream-Presse, darunter die islamistische Yeni Şafak und die regierungsnahen Daily Sabah, und Gewinner einer Werbekampagne im Heimatland, tauchten im Juli dieses Jahres Plakate zur Unterstützung Nyans auf türkischen Straßen auf.“

Die nächsten Parlamentswahlen finden im Jahr 2022 statt und werden Nyams' Aufstieg zeigen. Yüksel möchte mindestens 4 % oder etwa 23.000 Stimmen bekommen, aber eine Prognose über die mögliche Tendenz kann erst am Ende dieses Jahres gemacht werden. Tatsächlich startete Yüksel Anfang Juli ein funktionierendes und vorbereitendes Fundraising für Nyans' Wahlkampf und setzte sich zum Ziel, drei Millionen Kronen, knapp 300 Tausend Euro, zu sammeln. „Wie und wann die Spendensammlung endet – ob positiv und früh aufgrund einer hohen Wahlbeteiligung oder negativ und spät aufgrund einer niedrigen Wahlbeteiligung – wird extrem aufschlussreich für Nyans Anziehungskraft auf die neuen Schweden sein“, kommentiert der Reporter von Inside Over.

Außerdem“, so Inside Over weiter, „sollte das Gewicht von Nyans Leistung auf nationaler Ebene nicht überschätzt werden. Denn in Frankreich beispielsweise erzielen islamistische Parteien bei Parlamentswahlen vernachlässigbare Prozentsätze, konkurrieren aber bei lokalen Veranstaltungen sehr gut mit den großen traditionellen Parteien – eine Folge der territorialen Verwurzelung und der neuen ethno-religiösen Geografien der französischen Stadtteile.

„Nicht zuletzt sollte ein mögliches Verbot von Nyans nicht von vornherein ausgeschlossen werden, wenn es zu effektiven Verbindungen mit der Türkei käme. Die schwedischen Behörden haben gezeigt, dass sie die Schritte der Familie Yüksel verfolgen und diese kennen; darüber hinaus missbraucht die türkische regierungsfreundliche Presse die Berichterstattung über den Fall Nyans. Sollte der junge Politiker die unsichtbare rote Linie überschreiten, könnte aus den Hallen der Macht in Stockholm ein peremptorischer und unwiderruflicher Stopp kommen.“

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER